



Rechnungshof

Bericht des Rechnungshofes 2011

Dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgelegter
23. Bericht



Beschlossen vom Rechnungshof in seiner Sitzung der Allgemeinen Versammlung vom 31. Oktober 2012

INHALTSVERZEICHNIS

Gesetzliche Grundlage	6
Übermittlung der Rechnungslegung	6
1. KAPITEL 1 – BEMERKUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG 2011	7
2. KAPITEL 2 - HAUPTVERWALTUNG	12
2.1. Bilanz	12
2.1.1. Aktiva	12
2.1.2. Passiva	19
2.2. Gewinn- und Verlust Rechnung	23
2.2.1. Erträge	27
2.2.2. Aufwendungen	27
2.2.3. Ergebnis des Geschäftsjahres	28
2.3. Rechnung der Haushaltsausführung	28
2.3.1. Einnahmen	28
2.3.2. Ausgaben	34
2.3.3. Haushaltsergebnis	56
BERICHT ÜBER DIE ZERTIFIZIERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2011	57
HAUPTVERWALTUNG	57
Verantwortung der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft	57
Aufgabe und Kontrollmodalitäten des Rechnungshofes	57
Schlussfolgerungen des Rechnungshofes	58
A. Allgemeine Buchhaltung und Haushaltsbuchhaltung	58
B. Gesetzmäßigkeit und Regelmäßigkeit	60
3. KAPITEL 3 - DIENSTE MIT GETRENNTER GESCHÄFTSFÜHRUNG	62
3.1. DgG Gemeinschaftszentren	62
3.1.1. Bilanz	63
3.1.2. Gewinn- und Verlustrechnung	64

3.1.3. Rechnung der Haushaltsausführung	66
BERICHT ÜBER DIE ZERTIFIZIERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2011	69
DIENST MIT GETRENNTER GESCHÄFTSFÜHRUNG „GEMEINSCHAFTSZENTREN“	69
Verantwortung des Verwaltungsgremiums	69
Aufgabe und Kontrollmodalitäten des Rechnungshofes	69
Schlussfolgerungen des Rechnungshofes	70
3.2. DgG Medienzentrum	72
3.2.1. Bilanz	72
3.2.2. Gewinn- und Verlustrechnung	73
3.2.3. Rechnung der Haushaltsausführung	73
BERICHT ÜBER DIE ZERTIFIZIERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2011	75
DIENST MIT GETRENNTER GESCHÄFTSFÜHRUNG „MEDIENZENTRUM“	75
Verantwortung des Verwaltungsgremiums	75
Aufgabe und Kontrollmodalitäten des Rechnungshofes	75
Schlussfolgerungen des Rechnungshofes	76
3.3. Dienste mit autonomer Geschäftsführung Unterrichtswesen	im 77
BERICHT ÜBER DIE ZERTIFIZIERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2011	78
DIENSTE MIT AUTONOMER GESCHÄFTSFÜHRUNG UNTERRICHTSWESEN	78
Verantwortung des Verwaltungsgremiums	79
Aufgabe und Kontrollmodalitäten des Rechnungshofes	79
Schlussfolgerungen des Rechnungshofes	80
4. KAPITEL 4 – EINRICHTUNGEN ÖFFENTLICHEN INTERESSES	82
4.1. Belgisches Rundfunk- und Fernsehzentrum	82
4.1.1. Bilanz	82
4.1.2. Gewinn- und Verlustrechnung	83
4.1.3. Rechnung der Haushaltsausführung	84

BERICHT ÜBER DIE ZERTIFIZIERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2011	89
BELGISCHES RUNDFUNK- UND FERNSEHZENTRUM	89
Verantwortung des Verwaltungsgremiums	89
Aufgabe und Kontrollmodalitäten des Rechnungshofes	89
Schlussfolgerungen des Rechnungshofes	90
4.2. Arbeitsamt	91
4.2.1. Bilanz	92
4.2.2. Gewinn- und Verlustrechnung	93
4.2.3. Rechnung der Haushaltsausführung	94
BERICHT ÜBER DIE ZERTIFIZIERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2011	98
ARBEITSAMT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT	98
Verantwortung des Verwaltungsgremiums	98
Aufgabe und Kontrollmodalitäten des Rechnungshofes	98
Schlussfolgerungen des Rechnungshofes	99
4.3. Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in KMU	100
4.3.1. Bilanz	101
4.3.2. Gewinn- und Verlustrechnung	102
4.3.3. Rechnung der Haushaltsausführung	102
BERICHT ÜBER DIE ZERTIFIZIERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2011	105
INSTITUT FÜR AUS- UND WEITERBILDUNG IM MITTELSTAND UND IN KMU	105
Verantwortung des Verwaltungsgremiums	105
Aufgabe und Kontrollmodalitäten des Rechnungshofes	105
Schlussfolgerungen des Rechnungshofes	106
4.4. Dienststelle für Personen mit Behinderung	107
4.4.1. Bilanz	107
4.4.2. Gewinn- und Verlustrechnung	108
4.4.3. Rechnung der Haushaltsausführung	108

BERICHT ÜBER DIE ZERTIFIZIERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2011	113
DIENSTSTELLE FÜR PERSONEN MIT BEHINDERUNG	113
Verantwortung des Verwaltungsgremiums	113
Aufgabe und Kontrollmodalitäten des Rechnungshofes	113
Schlussfolgerungen des Rechnungshofes	114
4.5. Autonome Hochschule in der DG	115
4.5.1. Bilanz	115
4.5.2. Gewinn- und Verlustrechnung	116
4.5.3. Rechnung der Haushaltsausführung	116
BERICHT ÜBER DIE ZERTIFIZIERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2011	119
AUTONOME HOCHSCHULE IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT	119
Verantwortung des Verwaltungsgremiums	119
Aufgabe und Kontrollmodalitäten des Rechnungshofes	119
Schlussfolgerungen des Rechnungshofes	120
5. KAPITEL 5	121
5.1. Modalitäten der Kontrolle des Rechnungshofes	121
5.1.1. Einführung	121
5.1.2. Zielsetzungen der Zertifizierung	121
5.1.3. Vorgehensweise bei der Zertifizierung	121
5.1.4. Interne Kontrolle	121
5.1.5. Wesentlichkeitsschwelle	122
5.1.6. Geprüfte Einrichtungen	122
5.1.7. Mitteilung der Prüfungsbefunde und der Zertifizierung	122

Einführung

Gesetzliche Grundlage

Das Dekret vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft (DHO) hat die allgemeinen Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 über die allgemeinen Bestimmungen bezüglich der Haushalte, der Kontrolle der Subventionen und der Buchhaltung der Gemeinschaften und der Regionen sowie der Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof in ein eigenes Dekret der Gemeinschaft umgesetzt. Am 1. Januar 2010 ist es in Kraft getreten. Seitdem findet es Anwendung auf die Dienste der Hauptverwaltung, die Dienste mit getrennter Geschäftsführung, die Einrichtungen öffentlichen Interesses sowie die durch Dekret geschaffenen Einrichtungen.

Die Regierung erstellt jedes Jahr unter ihrer Verantwortung die Rechnungslegung der Gesamtheit der Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Artikel 38 Absatz 1 DHO). Die Regierung übermittelt den Entwurf der Rechnungslegung dem Rechnungshof vor dem 30. Juni (Artikel 40 DHO). Spätestens am 31. Oktober des Jahres, das auf das Ende des Haushaltsjahres folgt, hinterlegt die Regierung die infolge der Kontroll- und Zertifizierungsarbeiten des Rechnungshofes korrigierte Rechnungslegung im Parlament.

Es ist Aufgabe des Rechnungshofes einen Kontrollbericht vorzulegen, der die Modalitäten¹ seiner Kontrolle beschreibt und aufgrund von abschließenden Feststellungen bezüglich der in Artikel 46 DHO aufgenommenen Punkte mit der Zertifizierung der Konten schließt. Im Laufe des Monats Oktober übermittelt der Rechnungshof dem Parlament, der Regierung und den betreffenden Einrichtungen seine Bemerkungen (Artikel 41 DHO).

Übermittlung der Rechnungslegung

Der Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat mit seinem Brief vom 23. Juni 2012 den Entwurf der Rechnungslegung 2011 dem Rechnungshof fristgerecht vorgelegt. Die Rechnungslegung umfasst die Haushaltsausführungsrechnung, die Bilanz und Ergebnisrechnung der Dienste der Hauptverwaltung und die konsolidierte Haushaltsausführungsrechnung in verdichteter Form gemäß der Norm des Hohen Finanzrates. Nach Abschluss des kontradiktorischen Verfahrens und der infolge der Kontroll- und Zertifizierungsarbeiten des Rechnungshofes vorgenommenen Korrekturen in der Buchführung der Dienste der Hauptverwaltung (Artikel 70 Absatz 2 DHO) ist per Brief vom 22. Oktober 2012 die Abschlussfassung der am 31. Dezember 2011 abgeschlossenen allgemeinen Rechnungslegung der Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft dem Rechnungshof zwecks Zertifizierung übermittelt worden.

¹ Im Anhang werden die Kontrollmodalitäten des Rechnungshofes aufgeführt.

1. KAPITEL 1 – BEMERKUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG 2011

Bemerkungen zur Rechnungslegung 2011

1°) Die allgemeine Rechnungslegung bezieht sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 DHO aufgenommenen Einrichtungen. Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind dieser Bestimmung nicht unterworfen. Die in der Rechnungslegung 2011 anliegenden Angaben bezüglich des Jahresabschlusses des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind deshalb nicht durch den Rechnungshof kontrolliert und zertifiziert worden.

2°) In die Rechnungslegung sind die Eckzahlen der Haushaltsausführungsrechnungen aufgenommen. Diese Zahlen umfassen die Haushaltseinnahmen und -Ausgaben die aus den gegenseitigen Forderungen und Schulden der Einrichtungen resultieren. Die in Artikel 38 DHO erwähnte konsolidierte Haushaltsausführungsrechnung wird durch die Addition der Ausführungsrechnungen erzielt.

3°) Die dem Rechnungshof übermittelte Rechnungslegung berücksichtigt nicht die in den Jahresabschlüssen des BRF und der Dienststelle für Personen mit einer Behinderung vorgenommenen letzten Korrekturen.

4°) Der aufgrund von Artikel 38 DHO vorzulegende konsolidierte Jahresabschluss (ökonomische Buchhaltung) wurde nicht erstellt.

5°) Insoweit die untenstehende zusammenfassende Tabelle den Haushaltseinnahmen und -Ausgaben vom Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht Rechnung trägt, stellt der « konsolidierte » Nettosaldo die Zahlen, die vom Hohen Finanzrat berücksichtigt werden um die Beachtung der Norm in 2011 zu bewerten, nicht vor.

Korrigierte konsolidierte Haushaltsausführungsrechnung

		Ausführung Haushalt 2011	
1. Hauptverwaltung			
MDG			
Einnahmen	Allgemeine Einnahmen		189.027.793,49
	Zweckbest. Einnahmen		7.259.633,52
	Total		196.287.427,01
Ausgaben		VE	AE
	AM	378.115.824,53	194.478.150,61
	Variable Kredite	7.567.212,14	7.383.604,16
	V.M./Z.M.	385.683.036,67	201.861.754,77
Zu finanzierender Bruttosaldo **			-5.574.327,76
Kapitaltilgungen (klassische Anleihen und Leasing)			3.208.657,14
zzgl./abzgl. normneutrale Operationen			77.948,30
Zu finanzierender Nettosaldo ***			-2.287.722,32
Total Bruttosaldo			-5.574.327,76
Total Nettosaldo			-2.287.722,32

2. Dienste mit getrennter Geschäftsführung			
DAG Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft			
Einnahmen			3.567.333,10
Ausgaben		VE	AE
		3.639.338,41	3.693.736,13
Zu finanzierender Bruttosaldo **			-126.403,03
Kapitaltilgungen (klassische Anleihen und Leasing)			0,00
zzgl./abzgl. normneutrale Operationen			0,00
Zu finanzierender Nettosaldo ***			-126.403,03
Medienzentrum			
Einnahmen			358.553,56
Ausgaben		VE	AE
		352.690,05	352.690,07
Zu finanzierender Bruttosaldo **			5.863,49
Kapitaltilgungen (klassische Anleihen und Leasing)			0,00
zzgl./abzgl. normneutrale Operationen			0,00
Zu finanzierender Nettosaldo ***			5.863,49
Gemeinschaftszentren			
Einnahmen			4.379.211,48
Ausgaben		VE	AE
		4.659.798,02	4.659.798,02
Zu finanzierender Bruttosaldo **			-280.586,54
Kapitaltilgungen (klassische Anleihen und Leasing)			0,00
zzgl./abzgl. normneutrale Operationen			160.000,00
Zu finanzierender Nettosaldo ***			-120.586,54
Total Bruttosaldo			-401.126,08
Total Nettosaldo			-241.126,08

3. Einrichtungen öffentlichen Interesses			
---	--	--	--

Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft			
Einnahmen			7.617.326,04
Ausgaben		VE	AE
		11.118.233,64	7.626.841,72
Zu finanzierender Bruttosaldo **			-9.515,68
Kapitaltilgungen (klassische Anleihen und Leasing)			-2.505.786,17
zzgl./abzgl. normneutrale Operationen			0,00
Zu finanzierender Nettosaldo ***			-2.515.301,85
Autonome Hochschule			
Einnahmen			587.688,00
Ausgaben		VE	AE
		563.887,77	563.887,77
Zu finanzierender Bruttosaldo **			23.800,23
Kapitaltilgungen (klassische Anleihen und Leasing)			0,00
zzgl./abzgl. normneutrale Operationen			0,00
Zu finanzierender Nettosaldo ***			23.800,23
Belgisches Rundfunk - und Fernsehzentrum der DG			
Einnahmen			6.445.150,64
Ausgaben		VE	AE
		6.767.252,11	6.767.252,11
Zu finanzierender Bruttosaldo **			-322.101,47
Kapitaltilgungen (klassische Anleihen und Leasing)			0,00
zzgl./abzgl. normneutrale Operationen			0,00
Zu finanzierender Nettosaldo ***			-322.101,47
Dienststelle für Personen mit Behinderung			
Einnahmen			9.229.883,41
Ausgaben		VE	AE
		9.637.616,01	9.637.616,01
Zu finanzierender Bruttosaldo **			-407.732,60
Kapitaltilgungen (klassische Anleihen und Leasing)			0,00
zzgl./abzgl. normneutrale Operationen			0,00
Zu finanzierender Nettosaldo ***			-407.732,60
IAWM			
Einnahmen			3.185.896,84
Ausgaben		VE	AE
		3.334.436,94	3.352.271,19
Zu finanzierender Bruttosaldo **			-166.374,35
Kapitaltilgungen (klassische Anleihen und Leasing)			17.834,25
zzgl./abzgl. normneutrale Operationen			0,00
Zu finanzierender Nettosaldo ***			-148.540,10
Wirtschafts- und Sozialrat der DG			
Einnahmen			275.919,35
Ausgaben		VE	AE
		256.216,01	256.216,01
Zu finanzierender Bruttosaldo **			19.703,34
Kapitaltilgungen (klassische Anleihen und Leasing)			0,00
zzgl./abzgl. normneutrale Operationen			0,00

Zu finanzierender Nettosaldo ***		19.703,34
Total Bruttosaldo		-862.220,53
Total Nettosaldo		-3.350.172,45

"Konsolidierter" Bruttosaldo		-6.837.674,37
"Konsolidierter" Nettosaldo		-5.879.020,85

(Euro)

(**) Negative Zahlen zeigen einen Finanzierungsbedarf für die Gemeinschaft.

(***) Negative Zahlen weisen auf eine Steigerung der Schuld hin.

2. KAPITEL 2 - HAUPTVERWALTUNG

In Anwendung von Artikel 38 DHO erstellt die Regierung jedes Jahr unter ihrer Verantwortung die Rechnungslegung der Hauptverwaltung. Die Jahresabschlüsse umfassen die Bilanz, die Ergebnisrechnung und eine Analyse der Bilanz aus der die Übereinstimmung zwischen den ökonomischen und budgetären Rechnungen sowie die Entwicklung des Schatzamtes und die zusammenfassende Rechnung der Haushaltsverrichtungen hervorgeht.

Der Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat mit seinem Brief vom 23. Juni 2012 den Entwurf des Jahresabschlusses der Dienste der Hauptverwaltung 2011 dem Rechnungshof fristgerecht vorgelegt. Nach Abschluss des kontradiktorischen Verfahrens und der infolge der Kontroll- und Zertifizierungsarbeiten des Rechnungshofes vorgenommenen Korrekturen in der Buchführung der Dienste der Hauptverwaltung (Artikel 70 Absatz 2 DHO) ist per Brief vom 22. Oktober 2012 die Abschlussfassung des Jahresabschlusses der Dienste der Hauptverwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft dem Rechnungshof zwecks Zertifizierung übermittelt worden.

Seit 2005 sind die Rechnungen der Hauptverwaltung in das SAP-System integriert. Der Rechnungshof hat in reeller Zeit einen direkten Zugriff auf diese Rechnungen.

In 2011 belief sich das Bilanztotal auf 121.342.216,13 Euro und die Ergebnisrechnung schließt mit einem Gewinn von 1.816.843,28 Euro ab. Die Einnahmen und Ausgaben der Rechnung der Haushaltsausführung beliefen sich auf 196.287.427,01 Euro bzw. 201.861.754,77 Euro, was in einem Bruttohaushaltsdefizit von -5.574.327,76 Euro resultierte.

2.1. Bilanz

2.1.1. Aktiva

***** A K T I V A *****

ANLAGEVERMÖGEN

	2011	2010
--	------	------

II. IMMATERIELLE ANLAGEN

212110	Konzessionen, Patente, Lizenzen, usw -	1.935,00	0	1.935,00	
212210	Software	5.140,68	3.826,49	1.314,19	34,34%
212310	Datenbanken	6.050,00	12.100,00	-6.050,00	-50,00%
		<u>13.125,68</u>	<u>15.926,49</u>	-2.800,81	-17,59%

III. MATERIELLE ANLAGEN

A. GRUNDSTÜCKE UND BAUTEN

220010	Grundstücke für Verwaltungsgebäude	9.994.530,00	10.625.310,00	-630.780,00	-5,94%
220110	Grundstücke für Schulgebäude	13.106.147,00	12.237.115,00	869.032,00	7,10%
222910	Nicht bebaute Grundstücke	172.234,00	813.777,00	-641.543,00	-78,84%
223010	Verwaltungsgebäude	23.465.656,00	38.621.350,00	15.155.694,00	-39,24%

223110	Schulgebäude	48.181.413,00	45.736.769,00	2.444.644,00	5,35%
		<u>94.919.980,00</u>	<u>108.034.321,00</u>	<u>13.114.341,00</u>	-12,14%
B. ANLAGEN, MASCHINEN & BETRIEBSAUSSTATTUNG					

230010	Installationen	6.482,80	10.066,83	-3.584,03	-35,60%
231010	Maschinen	13.022,71	15.809,89	-2.787,18	-17,63%
232010	Werkzeug	12.038,38	13.716,57	-1.678,19	-12,23%
		<u>31.543,89</u>	<u>39.593,29</u>	<u>-8.049,40</u>	-20,33%
C. EINRICHTUNGSGEGENSTÄNDE UND FAHRZEUGE					

240910	Fahrzeuge – Ankäufe	24.382,23	23.650,52	731,71	3,09%
243910	Informatikmaterial – Ankäufe	60.510,29	78.787,56	-18.277,27	-23,20%
244910	Büromaterial und Mobiliar – Ankäufe	460.888,66	556.646,20	-95.757,54	-17,20%
245910	Material/Mobiliar aller Art – Ankäufe	1.206.033,26	1.110.648,19	95.385,07	8,59%
246910	Bibliothek – Ankäufe	20.253,66	1.048.495,85	-1.028.242,19	-98,07%
247910	Kunstgegenstände – Ankäufe	512.968,22	500.068,22	12.900,00	2,58%
		<u>2.285.036,32</u>	<u>3.318.296,54</u>	<u>-1.033.260,22</u>	-31,14%
D. LEASING UND ÄHNLICHE RECHTE					

250000	Gelände und Gebäude, geleast	31.432.054,42	28.900.059,96	2.531.994,46	8,76%
		<u>31.432.054,42</u>	<u>28.900.059,96</u>	<u>2.531.994,46</u>	8,76%
F. ANLAGEN IM BAU UND ANZAHLUNGEN					

270000	Anlagen im Bau und Anzahlungen	2.783.889,21	590.095,10	2.193.794,11	371,77%
		<u>2.783.889,21</u>	<u>590.095,10</u>	<u>2.193.794,11</u>	371,77%
IV. FINANZANLAGEN					
A. VERBUNDENE UNTERNEHMEN					

1. ANGESCHLOSSENE GESELLSCHAFTEN					
280000	Beteiligungen	915.614,55	967.693,25	-52.078,70	-5,38%
2. FORDERUNGEN					
281000	Forderungen an verbundene Unternehmen	488.074,50	488.074,50	0	0,00%
		<u>1.403.689,05</u>	<u>1.455.767,75</u>	<u>-52.078,70</u>	-3,58%
<u>ANLAGEVERMÖGEN</u>		132.869.318,57	142.354.060,13	-9.484.741,56	-6,66%
UMLAUFVERMÖGEN:					

V. FORDERUNGEN ÜBER 1 JAHR					
B. ANDERE FORDERUNGEN					

		2.450.249,33	1.970.190,33	480.059,00	24,37%

		<u>2.450.249,33</u>	<u>1.970.190,33</u>	480.059,00	24,37%
VII. FORDERUNGEN INNERHALB EINES JAHRES					
A. HANDELSKUNDEN					

400000	Kunden Inland	1.106.999,03	1.200.185,94	-93.186,91	-7,76%
400009	Wertminderungen auf Kunden	-33.778,16	0	-33.778,16	
400600	Kunden Ausland	<u>56.589,20</u>	<u>395.741,30</u>	-339.152,10	-85,70%
		<u>1.129.810,07</u>	<u>1.595.927,24</u>	-466.117,17	-29,21%
B. ANDERE FORDERUNGEN					

404990	Vorschüsse und zinslose Darlehen	570.000,00	500.000,00	70.000,00	14,00%
416000	Sonstige Forderungen	82.002,00		82.002,00	
418000	Gezahlte Kautionen	0	<u>2.500,00</u>	-2.500,00	-100,00%
		<u>652.002,00</u>	<u>502.500,00</u>	149.502,00	29,75%
		1.781.812,07	2.098.427,24	-316.615,17	-15,09%
IX. Flüssige Mittel					
551	Bankkonten	-16.821.501,41	-14.469.545,66	-2.351.955,75	-16,25%
556001	Kassenbuch Ministerium	3.913,49	2.749,53	1.163,96	42,33%
558010	Fondsbewegungen	<u>1.000.000,00</u>	<u>800.000,00</u>	200.000,00	25,00%
		<u>-15.817.587,92</u>	<u>-13.666.796,13</u>	-2.150.791,79	15,74%
X. Abgrenzungsposten					
490000	Vorzutragende Aufwendungen	58.424,08	0,00	58.424,08	
<u>UMLAUFVERMÖGEN</u>		-11.527.102,44	-9.598.178,56	-1.928.923,88	-20,10%
SUMME AKTIVA:		<u>121.342.216,13</u>	<u>132.755.881,57</u>	11.413.665,44	-8,60%

(Euro)

2.1.1.1. Bilanzklasse 2 : Anlagevermögen und langfristige Forderungen

Im Jahr 2011 hat sich das Nettoanlagevermögen der Hauptverwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft um 6,66% verringert. Ende 2011 belief dieses Vermögen sich auf 132.869.318,57 Euro.

- Bilanzunterklasse 22 „Grundstücke und Bauten“

Am 31. Dezember 2011 belief sich der Wert des Anlagevermögens im Konto 22 « Grundstücke und Bauten » auf 94.919.980,00 Euro, eine Minderung um 13.114.341,00 Euro gegenüber dem

Vorjahr (-12,14%). Diese Minderung in der Bilanzunterklasse « Grundstücke und Bauten » ergibt sich hauptsächlich aus dem Transfer in den Konten des DGG « Gemeinschaftszentren » des Anlagevermögens Worriken, das bis Ende 2010 in der Bilanz der Hauptverwaltung verbucht war. Am 1. Januar 2011 belief sich der Wert des übertragenen Anlagevermögens auf 17.685.467,00 Euro². Der negative Effekt dieses Transfers wird teilweise durch den Saldo Anschaffungen/Verkäufe und die Werterhöhungen und Wertminderungen im Laufe des Haushaltsjahres in Höhe von 4.570.878,00 Euro ausgeglichen.

In Anwendung der im Regierungserlass vom 15. Juni 2011 zur Ausführung des DHO vom 25. Mai 2009 erwähnten Buchhaltungsbewertungsvorschriften müssen die Grundstücke und Bauten jedes Jahr auf der Grundlage der durch das Finanzministerium gelieferten Angaben bewertet werden (Vermögensangaben geliefert durch die Kommission für das Vermögensinventar des Staates). Die letzten Vermögensangaben beziehen sich auf eine Bewertung mit Stichtatum 1. Januar 2010, d.h. zwei Jahre vor der Aufstellung der Bilanz 2011. Mit anderen Worten, alle möglichen Werterhöhungen und Wertminderungen sowie die für das vorerwähnte Anlagevermögen vorzunehmenden Abschreibungen der Jahre 2010 und 2011 sind nicht verbucht worden.

Für die eventuell im Jahr 2010 und 2011 getätigten Neuanschaffungen sehen die Bewertungsvorschriften vor, dass, solange das Finanzministerium eine erste Bewertung nicht vorgenommen hat, die Grundstücke und Bauten zu ihrem Anschaffungswert im Konto 27 « Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau » verbucht werden.

Bei den Grundstücken und Bauten zeigen die Aktiva Schulgebäude auf für einen Nettowert von 48.181.413,00 Euro, gegenüber dem Jahr 2010 eine Steigerung um 2.444.644,00 Euro. Der Grund für diese Steigerung liegt in einer Steigerung der Schätzung durch das Finanzministerium des Wertes/m². Das Inventar der Schulgebäude berücksichtigt noch nicht die Folgen des am 21. Dezember 2010 unterzeichneten PPP-Schulenvertrags. Aus buchhalterischer Sicht müssen die betroffenen Schulgebäude während der Laufzeit des Vertrags auf die Buchhaltung des Privatpartners umgebucht werden.

- Bilanzunterklasse 24 „Einrichtungsgegenstände und Fahrzeuge“

Gemäß den neuen Bewertungsregeln müssen fortan die Anschaffungen von Bibliothekbüchern jährlich um 20% abgeschrieben werden. Die in den Aktiva am 1. Januar 2011 noch verbuchten Bücher (1.048.495,85 Euro) sind deshalb um 1.028.242,19 Euro abgeschrieben worden.

- Bilanzunterklasse 25 „Anlagevermögen und Leasings“

Obwohl Anlagevermögen (Grundstücke und Bauten, Fahrzeuge, Maschinen und Werkzeuge) das mittels eines Leasings angeschafft wird aus juristischer Sicht Eigentum der Leasinggesellschaft ist, wurde dieses Vermögen in einem Sonderkonto des Nutzers verbucht.

Am 31. Dezember 2011 belief sich das Anlagevermögen der Hauptverwaltung mittels Leasing auf Netto 31.432.054,42 Euro.

Es umfasst Folgendes:

Verwaltungsgebäude des Ministeriums : 17.816.361,00 Euro

² In den Konten des DGG wurde für das Anlagevermögen 17.685.467,00 Euro verbucht, d.h. 248,00 Euro mehr. Die Differenz ist aber nicht wesentlich.

Verwaltungsgebäude der Regierung Gospert 44 : 7.396.815,96 Euro

Verwaltungsgebäude in St-Vith (DLZ) : 6.218.877,46 Euro

Das erste Gebäude wurde bewertet anhand des durch das Finanzministerium mitgeteilten Wertes, die beiden anderen Gebäude aufgrund ihres Anschaffungswertes.

- Bilanzunterklasse 27 „Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau“

In diesem Konto werden die Neuanschaffungen von Grundstücken und Bauten verbucht bis zum Zeitpunkt einer ersten Bewertung durch das Finanzministerium.

Mit Stichdatum 31. Dezember 2011 wurde hier ein Anlagevermögen von 2.783.889,21 Euro verbucht.

Dieser Betrag setzt sich folgenderweise zusammen:

- Gebäude in Eupen die noch nicht im Inventar des Finanzministeriums aufgeführt worden sind, für den Anschaffungswert von bzw. 112.350,00 und 240.000 Euro;

- Expertisehonorare 2010 für das PPP-Projekt: 238.666,40 Euro ;

- Expertisehonorare 2011 für das PPP-Projekt : 792.743,89 Euro;

- PPP-Kosten 2011 gemäß Vertrag, nämlich :

- Umzugskosten: 1.180.592,00 Euro

- Betriebskosten: 77.684,00 Euro

- Versicherungskosten im Zusammenhang mit dem PPP-Projekt (außerhalb des Vertrags) : 55.328,75 Euro

- Renovierungskosten für die Mediathek von ACF Kelmis : 15.605,00 Euro

- Renovierungskosten für das PMS-Zentrum Eupen : 70.914,17 Euro

- Bilanzunterklasse 28 „Verbundene Unternehmen“

Konto 280 Beteiligungen in verbundenen Unternehmen

Im Laufe des Jahres 2011 sind die Beteiligungen im Europäischen Tourismusinstitut (52.078,70 EUR) verkauft worden. Infolge dieser Verrichtung wurde der Wert der Beteiligungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf 915.614,55 Euro herabgesetzt.

Es handelt sich um die nachstehenden Beteiligungen :

Musikakademie	101.512,40
AGEBBS AG	54.800,00
Euregionale Agentur	1.600,00
Proma AG	605.837,09
Verkehrsamt der Ostkantone	148.736,11
Interkommunale Spa Francorchamps	2.478,94
IP Vogelsang GmbH	650,00
Gesamt	<u>915.614,54</u>

(Euro)

Konto 281 Forderungen an verbundenen Unternehmen.

Diese Forderungen an Unternehmen in Höhe von 488.074,50 Euro sind unverändert geblieben. Es handelt sich ausschließlich um Darlehen an PROMA AG (früher BRF-Media AG).

- Bilanzunterklasse 29 „Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr“

In den 90er Jahren hat die Deutschsprachige Gemeinschaft zugunsten der « Société wallonne du logement » einen Vorschuss in Höhe von 1.978.190,33 Euro (79.800.000 BEF) getätigt zwecks Finanzierung durch diese wallonische Wohnungsgesellschaft von sozialen Wohnungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

2.1.1.2. Klasse 4 : Kurzfristige Forderungen

- Bilanzunterklasse 40 „Forderungen aus Lieferungen und Leistungen“

Die Forderungen aus Kunden Inland und Kunden Ausland beliefen sich Ende 2011 auf 1.129.810,07 Euro, gegenüber dem Jahr 2010 eine Minderung um 466.117,17 Euro.

Die untenstehende Tabelle führt die wichtigsten Forderungen am Ende des Jahres auf :

Wichtigste Forderungen am 31. Dezember 2011Debitoren

CGSP	63.855,05	Gehalt
Selor	39.847,17	Gehalt
SPF Affaires Scientifique	43.731,95	Gehalt
CSC Verviers	11.624,82	Gehalt
Wallonie-Bruxelles International	<u>25.115,62</u>	Gehalt
	<u>184.174,61</u>	
Nationalloterie	104.207,00	Saldo 20% 2011
Wallonische Region	264.761,93	Telecom 2010-2011, Saldo Beschäftigung 2011
Französische Gemeinschaft	188.975,06	FG Unterbringung 2010
Provinz Lüttich	45.000,00	Dépistage

(Euros)

- Bilanzunterklasse 49 « Rechnungsabgrenzungsposten »

In Anwendung von Artikel 24 des Königlichen Erlasses vom 10. November 2009 zur Festlegung des für den Föderalstaat, die Regionen und die gemeinsame Gemeinschaftskommission anwendbaren Buchführungsplans werden Aufwendungen und Erträge, die zwei folgenden Jahre betreffen, in der allgemeinen Buchhaltung pro rata temporis verbucht.

Ende 2011 sind vorzutragende Aufwendungen in Höhe von 58.424,08 Euro verbucht worden.

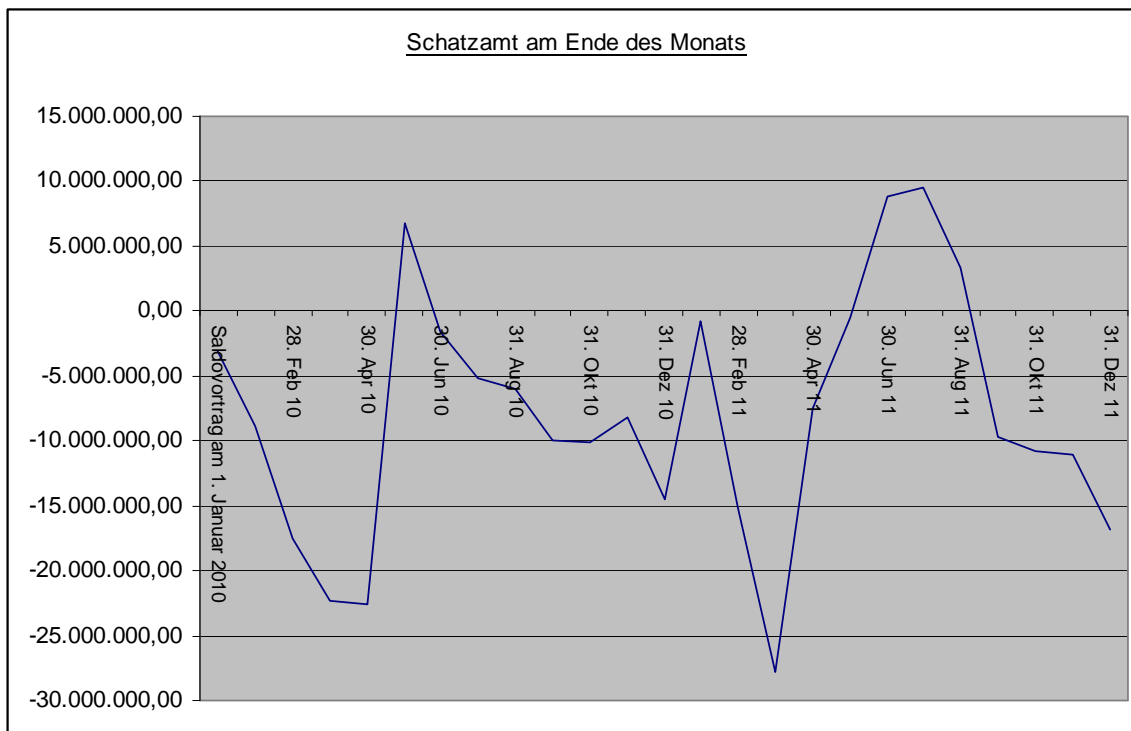
Haushaltsmäßig wurde beschlossen diese Aufwendungen und Erträge zu verbuchen zum Zeitpunkt wo sie fällig sind. Der Königliche Erlass vom 10. November 2009 bietet diese Möglichkeit.

2.1.1.3. Klasse 5 Geldanlagen und flüssige Mittel

Die Bilanz weist am 31. Dezember 2011 Geldanlagen und flüssige Mittel auf für einen negativen Gesamtwert von -15.817.587,92 Euro. Den Vorschuss in Höhe von 1.000.000 Euro an den DGG « Gemeinschaftszentren » außer Betracht gelassen, schliessen die Bankkonten und die Kasse Ende 2011 mit einem Negativstand von -16.817.587,92 Euro³ ab, eine Minderung um 2.150.791,79 Euro im Vergleich zum Vorjahr. Dieser Negativstand ist möglich weil die Deutschsprachige Gemeinschaft bei ihrer Hausbank Dexia Bank über eine ständige Kreditlinie von 50 Mio. Euro verfügte. Aufgrund eines neuen Vertrags mit der Belfius Bank vom 6. Februar 2012 (Dauer zwei Jahre) ist die Kreditlinie auf 100 Mio. Euro erhöht worden.

³ D.h. -16.821.501,41 Euro auf den Bankkonten und 3.913,49 Euro Bargeld.

Das untenstehende Schaubild zeigt die konsolidierte Situation der Bankkonten für die Jahre 2010 und 2011.



2.1.2. Passiva

***** PASSIVA *****

KAPITALRÜCKLAGEN

	2011	2010
--	------	------

I. KAPITAL

A. REINVERMÖGEN

101000 Reinvermögen	<u>-51.112.886,51</u>	<u>-74.341.826,82</u>	23.228.940,31	-31,25%
	<u>-51.112.886,51</u>	<u>-74.341.826,82</u>	23.228.940,31	-31,25%

V. GEWINNVORTRAG AUF NEUE RECHNUNG

	-1.816.843,28	0	-1.816.843,28	
--	---------------	---	---------------	--

V. VERLUSTVORTRAG AUF NEUE RECHNUNG

	0	5.543.473,31	-5.543.473,31	-100,00%
--	---	--------------	---------------	----------

	<u>-52.929.729,79</u>	<u>-68.798.353,51</u>	15.868.623,72	-23,07%
--	-----------------------	-----------------------	---------------	---------

VERBINDLICHKEITEN

VIII. VERBINDLICHKEITEN NACH EINEM JAHR

A. FINANZSCHULDEN

2. DARLEHEN

176100	Darlehen > 1 Jahr	-26.881.042,54	-30.020.771,93	3.139.729,39	-10,46%
--------	-------------------	----------------	----------------	--------------	---------

3. LEASING UND ÄHNLICHE VERPFLICHTUNGEN

176200	Leasing > 1 Jahr	-16.380.507,49	-16.566.214,27	185.706,78	-1,12%
--------	------------------	----------------	----------------	------------	--------

		<u>-43.261.550,03</u>	<u>-46.586.986,20</u>	3.325.436,17	-7,14%
--	--	-----------------------	-----------------------	--------------	--------

IX. VERBINDLICHKEITEN INNERHALB EINES JAHRES

A. AKTUELLER ANTEIL VERBINDLICHKEITEN

INNERHALB EINES JAHRES

422000	Kapitaltilgung auf Leasing	-478.143,82	-608.990,07	130.846,25	-21,49%
--------	----------------------------	-------------	-------------	------------	---------

423000	Kapitaltilgung auf Anleihen	<u>-2.869.454,01</u>	<u>-2.600.367,08</u>	-269.086,93	10,35%
--------	-----------------------------	----------------------	----------------------	-------------	--------

		<u>-3.347.597,83</u>	<u>-3.209.357,15</u>	-138.240,68	4,31%
--	--	----------------------	----------------------	-------------	-------

C. HANDELSCHULDEN

1. LIEFERANTEN

440000	Lieferanten Inland	-9.825.403,12	-4.193.974,05	-5.631.429,07	134,27%
--------	--------------------	---------------	---------------	---------------	---------

440500	Lieferant Ausland	-622.509,37	-137.416,53	-485.092,84	353,01%
--------	-------------------	-------------	-------------	-------------	---------

		<u>-10.447.912,49</u>	<u>-4.331.390,58</u>	-6.116.521,91	141,21%
--	--	-----------------------	----------------------	---------------	---------

E. STEUERN, VERGÜTUNG UND SOZIALVERSICHERUNG

1. STEUERN

451000	Zu zahlende MWST	-114.524,38	-46,36	-114.478,02	246932,74%
--------	------------------	-------------	--------	-------------	------------

453000	Berufssteuervorabzug	-2.786.167,15	-2.758.397,61	-27.769,54	1,01%
--------	----------------------	---------------	---------------	------------	-------

454000	Sozialversicherungsbeiträge ONSS	-2.384.488,06	-2.411.430,06	26.942,00	-1,12%
--------	----------------------------------	---------------	---------------	-----------	--------

455000	Arbeitsentgelte/Gehälter	-33.752,88	199.370,87	-233.123,75	-116,93%
--------	--------------------------	------------	------------	-------------	----------

455500	zeitversetzte Gehälter	-947.950,05	-1.186.091,24	238.141,19	-20,08%
--------	------------------------	-------------	---------------	------------	---------

456000	Urlaubsgeld (Provision)	<u>-4.397.808,49</u>	<u>0</u>	-4.397.808,49	
--------	-------------------------	----------------------	----------	---------------	--

		<u>-10.664.691,01</u>	<u>-6.156.594,40</u>	-4.508.096,61	73,22%
--	--	-----------------------	----------------------	---------------	--------

2. VERGÜTUNG UND SOZIALVERSICHERUNG

459000	Sonstige Sozialabgaben	-437.459,61	-329.843,67	-107.615,94	32,63%
--------	------------------------	-------------	-------------	-------------	--------

459999	Gehaltskosten des Unterrichtswesens	<u>0</u>	<u>-3.336.593,63</u>	3.336.593,63	-100,00%
--------	-------------------------------------	----------	----------------------	--------------	----------

		<u>-437.459,61</u>	<u>-3.666.437,30</u>	3.228.977,69	-88,07%
--	--	--------------------	----------------------	--------------	---------

		-11.102.150,62	-9.823.031,70	-1.279.118,92	13,02%
--	--	----------------	---------------	---------------	--------

F. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN

448010	Rückzahlung an Drittpersonen	-127,05	-6.762,43	6.635,38	-98,12%
--------	------------------------------	---------	-----------	----------	---------

		-127,05	-6.762,43	6.635,38	-98,12%
X. ABGRENZUNGEN					
492000	Anzurechnende Aufwendungen	-253.148,32	0,00	-253.148,32	
		-68.412.486,34	-63.957.528,06	-4.454.958,28	6,97%
SUMME PASSIVA:					
		<u>121.342.216,13</u>	<u>132.755.881,57</u>	11.413.665,44	-8,60%

(Euro)

2.1.2.1. Klasse 1 : Eigenkapital

- Konto 101 „Reinvermögen“

Die Rechnungen 2011 weisen Nettoaktiva in Höhe von 51.112.886,51 Euro auf.

Der Gewinnvortrag 2011 in Höhe von 1.816.843,28 Euro wurde noch nicht zugewiesen. Unter Einbeziehung des Gewinnvortrags beläuft das Reinvermögen sich Ende 2011 auf 52.929.729,79 Euro.

- Bilanzunterklasse 17 Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr

Die direkte Schuld der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr am 31. Dezember 2011 wird auf 43.261.550,03 Euro herabgesetzt.

Im Einklang mit den neuen anwendbaren Buchhaltungsvorschriften wurden die im Laufe des Jahres 2012 tilgbaren Schuldanteile nämlich 478.143,82 Euro für die finanziellen Leasings und 2.869.454,01 Euro für die klassischen Anleihen auf das Konto 422 „Kapitaltilgung auf Leasings < 1 Jahr“ bzw. auf das Konto 423 „Kapitaltilgung auf Anleihen < 1 Jahr“ umgebucht.

Die direkte Schuld der Deutschsprachigen Gemeinschaft am 31. Dezember 2011, einschließlich des Teils der im Laufe des Jahres 2012 tilgbar ist, wurde auf 46.609.174,86 Euro herabgesetzt. Die Minderung um 3.187.195,49 Euro im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich aus der Tilgung der im Jahr 2011 getätigten Anleihen für einen Betrag von 3.208.657,14 Euro und einer Korrektur des Encours der Schuld in Höhe von 21.461,65 Euro damit die Schuld mit der realen Situation am 31. Dezember 2011 übereinstimmen würde.

2.1.2.2. Klasse 4 : Kurzfristige Verbindlichkeiten

Konto 440000 und Konto 440500 « Lieferanten »

Am 31. Dezember beliefen die Verbindlichkeiten aus Lieferungen sich auf 10.447.912,49 Euro, eine Steigerung um 6.116.521,91 Euro im Vergleich zum Jahr 2010 (4.331.390,58 Euro).

Aus der untenstehenden Tabelle geht hervor, dass die Steigerung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen hauptsächlich auf die Steigerung des Encours der Verbindlichkeiten

gegenüber der Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft (+ 5.255.714,98 Euro) zurückzuführen ist. Diese Steigerung hat es der Deutschsprachigen Gemeinschaft ermöglicht teilweise kurzfristig das Defizit 2011 der Gemeinschaft zu finanzieren.

Verbindlichkeiten - Lieferanten – Gemeinden				
	Nr. Kreditoren	2010	2011	Variation
Stadt Eupen	100044	623.766,38	1.122.626,64	498.860,26
Gemeinde Lontzen	100045	33.634,07	1.607.967,95	1.574.333,88
Gemeinde Raeren	100046	92.227,16	427.604,40	335.377,24
Gemeinde Büllingen	100047	39.788,11	1.340.363,49	1.300.575,38
Gemeinde Amel	100048	-	30.608,98	30.608,98
Gemeinde Burg Reuland	100062	83.000,00	2.500,00	-80.500,00
Stadt St-Vith	100066	231.736,27	366.416,03	134.679,76
Gemeinde Butgenbach	100098	25.737,19	217.925,85	192.188,66
Gemeinde Kelmis	100111	-	811.048,90	811.048,90
Autonome Gemeinderegie Eupen	107653	47.243,21	505.785,13	458.541,92
		<u>1.177.132,39</u>	<u>6.432.847,37</u>	5.255.714,98

(Euro)

Konto 45550 Zeitversetzte Gehälter

Der Vertrag des zeitweiligen Lehrpersonals bezieht sich bestenfalls auf das akademische Schuljahr, auf den Zeitraum vom 1. September bis zum 30. Juni. Jedoch die Zahlung der Gehälter dieses Lehrpersonals wird auf 12 Monate verteilt. Die im Voraus verdienten Gehälter (salaires promérités) berechnet auf der Grundlage der Leistungen vom September bis Juni und ausgezahlt in den Monaten Juli und August werden als zeitversetzte Gehälter bezeichnet. Für das LSS müssen die Sozialabgaben berechnet und eingezahlt werden auf der Grundlage der monatlichen Gehälter, einschließlich des im Voraus verdienten Teils der zeitversetzten Gehälter. Bereits in der Zeit wo ETNIC (Französischsprachige Gemeinschaft) noch die Gehälter berechnete, war die LSS-Berechnung der zeitversetzten Gehälter problematisch, was für die Deutschsprachige Gemeinschaft gegenüber dem LSS zu einer erheblichen Schuld geführt hat. Die Deutschsprachige Gemeinschaft und das LSS haben daraufhin zwecks Tilgung der Schuld einen Zahlungsplan vereinbart. Gemäß den Bestimmungen dieses Zahlungsplans müssen die Sozialabgaben für die Jahre 2010 und 2011 erst im Jahr 2012 bezahlt werden. In den Rechnungen 2011 beliefen die LSS-Altlasten für die zeitversetzten Gehälter sich auf 1,5 Mio. Euro. Sie wurden im Konto 454000 LSS verbucht. Im Jahr 2012 wurde die Schuld völlig zurückbezahlt. In Bezug auf die Leistungen für die Periode September-Dezember 2011 beliefen die zeitversetzten steuerpflichtigen Gehälter (Nettogehälter zuzüglich des Steuervorabzugs) sich Ende 2011 auf 947.950,05 Euro.

Konto 456000 Rückstellung für Urlaubsgeld

Ende 2011 belief sich der Saldo der angelegten Rückstellung auf 4.397.808,49 Euro. Diese Rückstellung wurde infolge einer Bemerkung des Rechnungshofes im Jahr 2011 erstmals angelegt. Für die Buchung in der allgemeinen Buchhaltung gibt es aber kein entsprechendes Pendant in der Haushaltsbuchhaltung wo die Verbuchung der Ausgaben zum Zeitpunkt der Auszahlung des doppelten Urlaubsgeldes stattfindet.

2.2. Gewinn- und Verlust Rechnung

***** GUV - RECHNUNG *****

	2011	2010		
I. OPERATIVE ERTRÄGE				
A. UMSATZ	-10.172,39	-174.539,66	164.367,27	-94,17%
D. SONSTIGE OPERATIVE ERTRÄGE				
740000 Subsidien EU	-1.791.177,90	-2.261.547,10	470.369,20	-20,80%
740001 Subsidien Föderal	-151.083.144,82	-138.372.208,98	-12.710.935,84	9,19%
740002 Subsidien Gemeinschaften	-188.975,06	-100.528,52	-88.446,54	87,98%
740003 Subsidien Region Wallone	-39.058.833,24	-36.971.322,92	-2.087.510,32	5,65%
740004 Subsidien Euregio Maas-Rhein	-374.316,70	-35.621,97	-338.694,73	950,80%
740005 Subsidien Provinz	-45.000,00	-45.000,00	0,00	0,00%
745001 Schuleinschreibgebühren	-1.361.653,99	-1.369.864,40	8.210,41	-0,60%
745002 Prüfungsgebühr	-2.652,00	-2.252,00	-400,00	17,76%
746000 Miete Immobilien	-122.112,50	-82.440,70	-39.671,80	48,12%
746010 Nebenkosten Immobilien	-8.177,00	-18.362,91	10.185,91	-55,47%
748000 Hotelprämie	-545.175,70	-78.663,06	-466.512,64	593,05%
748001 Prämie für Ferienwohnungen	-937	0	-937,00	
748100 Telefon - Rückforderung an Dritte	-1.354,51	-3.014,20	1.659,69	-55,06%
748101 Allgemeine Rückforderungen an Dritte	-556.830,41	-335.851,60	-220.978,81	65,80%
748102 Kinderzulagen - Rückforderungen an Dritte	-77.498,69	-80.160,24	2.661,55	-3,32%
749000 Lohnrückforderungen - Beamte und definitiv	-434.012,87	-657.876,42	223.863,55	-34,03%
749001 Lohnrückforderungen - zeitweiliges Personal	-187.228,73	-190.682,18	3.453,45	-1,81%
749002 Kraftstoff - durch Personal zu erstatten	-1.662,60	-1.415,43	-247,17	17,46%
749003 Hospitalia - durch Personal zu erstatten	-15.278,29	-17.252,18	1.973,89	-11,44%
749004 Essensgutscheine - durch Pers. zu erstatten	-100.293,35	-67.598,64	-32.694,71	48,37%
749005 Allgemeine Kosten- durch Pers. zu erstatten	-3.065,89	-3.362,42	296,53	-8,82%
749100 Eintritte, Tickets	-4.512,00	-234	-4.278,00	1828,21%
	<u>-195.963.893,25</u>	<u>-180.695.259,87</u>	-15.268.633,38	8,45%
Operative Erträge	-195.974.065,64	-180.869.799,53	-15.104.266,11	8,35%
II. OPERATIVE AUFWENDUNGEN				
A. HANDELSWAREN, ROH- UND HILFSSTOFFE				
1. KÄUFE	3.538.752,30	3.012.267,59	526.484,71	17,48%
2. BESTANDSVERÄNDERUNGEN				
699999 Ausgaben - Nicht aufgeschlüsselt	0	583.653,95	-583.653,95	-100,00%
	<u>3.538.752,30</u>	<u>3.595.921,54</u>	-57.169,24	-1,59%
B. DIENSTLEISTUNGEN UND ANDERE LIEFERUNGEN				

610 Mieten und Mietnebenkosten	508.507,07	525.072,89	-16.565,82	-3,15%

611	Unterhalts- und Reparaturkosten	2.846.012,36	2.404.748,41	441.263,95	18,35%
612	Laufende Unkosten (Energie, Nebenkosten, Büromaterial)	658.089,07	661.461,05	-3.371,98	-0,51%
613	Telefon- und Portokosten	225.178,82	237.923,88	-12.745,06	-5,36%
614	Versicherungen	204.686,86	282.585,02	-77.898,16	-27,57%
615	Repräsentationskosten und Beiträge	814.873,95	889.580,84	-74.706,89	-8,40%
616	Transport- und Reisekosten	476.231,53	467.732,21	8.499,32	1,82%
617	Interimpersonal	0	668,15	-668,15	-100,00%
618	Sitzungsgelder	65.366,16	50.042,51	15.323,65	30,62%
619	Honorare und diverse Gebühren	1.493.209,88	1.050.604,26	442.605,62	607.998,64
		<u>7.292.155,70</u>	<u>6.570.419,22</u>	721.736,48	10,98%

C. VERGÜTUNG, SOZIALVERSICHERUNGSKOSTEN UND RENTEN

620200	Arbeitsentgelte Beamte / definitives Lehrpersonal	53.639.384,03	53.980.500,99	-341.116,96	-0,63%
620201	Arbeitsentgelte zeitweiliges Personal	23.037.661,62	22.256.955,82	780.705,80	3,51%
620210	Urlaubsgeld Beamte / definitives Lehrpersonal	3.098.621,92	2.818.577,02	280.044,90	9,94%
620211	Urlaubsgeld zeitweiliges Personal	1.239.548,57	941.419,90	298.128,67	31,67%
620220	Jahresendprämie Beamte / definitives Lehrpersonal	1.783.756,12	1.695.060,66	88.695,46	5,23%
620221	Jahresendprämie zeitweiliges Personal	735.635,33	793.213,26	-57.577,93	-7,26%
620500	Anwesenheitsgelder eigenes Personal	0	1.792,07	-1.792,07	-100,00%
620600	Rückstellung Urlaubsgeld (Veränderung)	4.397.808,49	0	4.397.808,49	
621000	Arbeitgeberbeitrag Sozialversicherung Beamte	2.372.628,17	1.809.626,84	563.001,33	31,11%
621001	Arbeitgeberbeitrag Sozialversicherung Zeitw.	3.872.961,85	3.666.848,11	206.113,74	5,62%
621100	Familienzulage	2.098.744,23	2.558.357,18	-459.612,95	-17,97%
622001	Arbeitgeberanteil Krankenkassenbeitrag	10.541,52	8.733,76	1.807,76	20,70%
622100	Arbeitgeberbeitrag Essensgutscheine	415.052,41	349.958,05	65.094,36	18,60%
622200	Arbeitgeberbeitrag Kaskoversicherung	10.112,97	12.119,16	-2.006,19	-16,55%
623000	Fahrtkostenerstattung Arbeitsweg	96.310,25	90.314,11	5.996,14	6,64%
623001	Fahrtkostenerstattung Arbeitsweg Zeitw.	54.435,91	52.614,88	1.821,03	3,46%
623100	Anwerbungen Personal	22.534,00	25.209,47	-2.675,47	-10,61%
623200	Weiterbildung Personal	267.892,27	244.168,40	23.723,87	9,72%
623201	Einschreibegebühren-Anmeldungen	2.341,52	3.757,35	-1.415,83	-37,68%
623300	Haftpflicht und Körperschäden/Personal	15.958,71	12.018,50	3.940,21	32,78%
623301	Unfallversicherung	70.739,13	66.058,51	4.680,62	7,09%
623310	Gesundheitskontrolle (Securex)	14.363,62	16.359,48	-1.995,86	-12,20%
623311	Sicherheit und Wohlbefinden am Arbeitsplatz	22.252,11	5.789,49	16.462,62	284,35%
623400	Arbeitskleidung	1.200,16	1.654,75	-454,59	-27,47%
623401	Schutzkleidung	0	2.383,70	-2.383,70	-100,00%
623410	Familienereignisse	1.012,09	2.491,59	-1.479,50	-59,38%
623420	Steuerfreie Pauschale (Regierung)	44.557,72	44.277,33	280,39	0,63%
		<u>97.326.054,72</u>	<u>91.460.260,38</u>	5.865.794,34	6,41%

D. ABSCHREIBUNGEN

631	Abschreibung - Immaterielle Anlagen	9.976,39	9.816,00	160,39	1,63%
634	Abschreibung - Instal., Maschinen, Werkzeuge	8.100,83	8.095,63	5,20	0,06%
635	Abschreibung - Fahrzeuge, Informatikmat. Mobiliar	<u>1.517.756,60</u>	<u>484.793,92</u>	1.032.962,68	213,07%
		<u>1.535.833,82</u>	<u>502.705,55</u>	1.033.128,27	205,51%

H. SONSTIGE OPERATIVE AUFWENDUNGEN

640	Steuern	80.029,55	76.897,82	3.131,73	4,07%
643010	Subsidien EU	11.400,00	3.885,00	7.515,00	193,44%
643020	Subsidien Föderal	3.150,00	0	3.150,00	
643030	Subsidien Wallonische Region	3.831,44	0	3.831,44	
643040	Subsidien Gemeinschaften	4.717.464,34	4.579.848,61	137.615,73	3,00%
643050	Subsidien Euregio Maas-Rhein	98.067,00	99.817,00	-1.750,00	-1,75%
643060	Subsidien Parastatale Einrichtungen	10.806.340,32	18.805.364,22	-7.999.023,90	-42,54%
643070	Subsidien Provinz	1.011,40	2.500,00	-1.488,60	-59,54%
643080	Subsidien Gemeinden	30.200.645,39	23.983.662,91	6.216.982,48	25,92%
643090	Subsidien Dienste mit getrennter Geschäftsführung	8.527.281,50	917.533,99	7.609.747,51	829,37%
643100	Subsidien Unterrichtswesen	11.367.772,05	11.426.677,88	-58.905,83	-0,52%
643110	Subsidien Öffentl. Sozialhilfezentrum	2.181.435,26	257.458,24	1.923.977,02	747,30%
643120	Subsidien VoG	18.210.296,73	19.484.329,80	-1.274.033,07	-6,54%
643130	Subsidien Haushalte	3.051.176,68	1.758.548,47	1.292.628,21	73,51%
643140	Subsidien Betriebe	<u>126.606,48</u>	<u>4.757,57</u>	121.848,91	2561,16%
		<u>89.386.508,14</u>	<u>81.401.281,51</u>	7.985.226,63	9,81%
	Operative Aufwendungen	199.079.304,68	183.530.588,20	15.548.716,48	8,47%
	Operatives Ergebnis	<u>-3.105.239,04</u>	<u>-2.660.788,67</u>	-444.450,37	-16,70%

IV. FINANZERGEBNIS

A. ERGEBNIS FINANZANLAGEVERMÖGEN

750000	Erhaltene Zinsen auf Konto	-74.821,44	9.615,94	-84.437,38	-878,10%
750001	Zinsen auf Anlagen	<u>0</u>	<u>-14.524,29</u>	14.524,29	-100,00%
		<u>-74.821,44</u>	<u>-4.908,35</u>	-69.913,09	1424,37%

C. SONSTIGE FINANZERTRÄGE

758000	Zinsen Rückzahlbare Prämie	-7.234,77	-4.194,00	-3.040,77	72,50%
758001	Verzugszinsen Rückzahlbare Prämie	<u>0</u>	<u>-203,08</u>	203,08	-100,00%
		<u>-7.234,77</u>	<u>-4.397,08</u>	-2.837,69	64,54%
	Finanzerträge	-82.056,21	-9.305,43	-72.750,78	781,81%

V. FINANZAUFWENDUNGEN

A. ZINSEN UND ANDERE FREMDKAPITALKOSTEN

650000	Zinsen Kassenkredit & Verzugszinsen	50.424,63	0	50.424,63	
650100	Zinsen auf Anleihen	1.474.315,15	1.820.167,69	-345.852,54	-19,00%
650101	Zinsen auf Leasing	694.181,64	953.449,86	-259.268,22	-27,19%
		<u>2.218.921,42</u>	<u>2.773.617,55</u>	-554.696,13	-20,00%

C. SONSTIGE FINANZAUFWENDUNGEN

658000	Bankkosten	102,54	200,23	-97,69	-48,79%
		<u>102,54</u>	<u>200,23</u>	-97,69	-48,79%
	Finanzaufwendungen	2.219.023,96	2.773.817,78	-554.793,82	-20,00%
	Finanzergebnis	<u>-2.136.967,75</u>	<u>-2.764.512,35</u>	627.544,60	-22,70%

VII. AUSSERORDENTLICHE ERTRÄGE

A. STORNIERUNG VON ABSCHREIBUNGEN NEUBEWERTUNG MATERIELLEN UND IMMATERIELLEN ANLAGEVERMÖGENS

794130	Mehrwert - Grundstücke	-1.978.642,00	0	-1.978.642,00	
794310	Mehrwert - Verwaltungsgebäude	-5.876.921,00	0	-5.876.921,00	
794320	Mehrwert - Schulgebäude	-5.572.784,00	0	-5.572.784,00	
		<u>-13.428.347,00</u>	<u>0</u>	-13.428.347,00	

E. ANDERE AUSSERORDENTLICHE ERTRÄGE

768001	Rückerstattung Versicherung und Kranken	-58.866,16	-156.473,17	97.607,01	-62,38%
768500	Gebuchte Forderungen aus Vorjahren	-8.000,00	0	-8.000,00	
769000	Sponsoring/Spenden	0	-25.000,00	25.000,00	-100,00%
		<u>-66.866,16</u>	<u>-181.473,17</u>	114.607,01	-63,15%
	Ausserordentliche Erträge	-13.495.213,16	-181.473,17	-13.313.739,99	7336,48%

VIII. AUSSERORDENTLICHE AUFWENDUNGEN

A. AUSSERGEWÖHNLICHE ABSCHREIBUNG UND ABWERTUNG VON GRÜNDUNGSKOSTEN, ANLAGEVERMÖGEN

694130	Wertminderung - Grundstücke	843.407,00	0	843.407,00	
694310	Wertminderung - Verwaltungsgebäude	1.937.478,00	0	1.937.478,00	
694320	Wertminderung - Schulgebäude	3.128.140,00	0	3.128.140,00	
694490	Wertminderung -Grundstücke und Gebäude	-240.000,00	0	-240.000,00	
		<u>5.669.025,00</u>	<u>0</u>	5.669.025,00	

B. ABSCHREIBUNG VON FINANZANLAGEVERMÖGEN

696100	Wertminderung - Finanzanlagen	52.078,70	0	52.078,70	

		<u>52.078,70</u>	<u>0</u>	52.078,70	
C. WERTMINDERUNGEN KUNDENFORDERUNGEN					

697100	Wertminderung - Kundenforderungen	<u>33.778,16</u>	<u>0</u>	33.778,16	
		<u>33.778,16</u>	<u>0</u>	33.778,16	
F. VERLUST AKTIVIERUNG ANLAGEVERMÖGEN					

663000	Abgang von Anlagevermögen (Minderwerte)	<u>362.607,56</u>	<u>0</u>	362.607,56	
		<u>362.607,56</u>	<u>0</u>	362.607,56	
G. ANDERE AUSSERORDENTLICHE AUFWENDUNGEN					

668400	Studienbeihilfen	297.212,02	299.645,46	-2.433,44	-0,81%
668500	Gebuchte Verbindlichkeiten aus Vorjahre	<u>21.461,65</u>	<u>0</u>	21.461,65	
		<u>318.673,67</u>	<u>299.645,46</u>	19.028,21	6,35%
	Ausserordentliche Aufwendungen	6.436.163,09	299.645,46	6.136.517,63	2047,93%
	Ausserordentliches Ergebnis	<u>7.059.050,07</u>	<u>-118.172,29</u>		
	Gewinn (+) / Verlust (-)	<u>1.816.843,28</u>	<u>-5.543.473,31</u>	7.360.316,59	-132,77%

(Euro)

Die Buchung der Erträge und der Aufwendungen in die ökonomische Buchhaltung wird außer Ausnahme simultan mit der Buchung der Einnahmen und Ausgaben in die Haushaltsausführungsrechnung ausgeführt. Deshalb wird für weitere Auskünfte auf die Analyse der Haushaltsausführungsrechnung verwiesen.

Die untenstehende Analyse bezieht sich folglich lediglich auf die nichtbudgetären Verrichtungen.

2.2.1. Erträge

Was die Erträge betrifft, sind in der Ergebnisrechnung die Steigerungen in % mit einem Negativzeichen und umgekehrt die Minderungen in % mit einem Positivzeichen versehen.

Die einzigen nichtbudgetären Verrichtungen beziehen sich auf den in 2011 verbuchten Mehrwert auf Grundstücke (13.428.347,00 Euro) und auf eine aus Vorjahren gebuchte Forderung (8.000,00 Euro).

2.2.2. Aufwendungen

Die verbuchten nichtbudgetären Aufwendungen beziehen sich auf :

- das Anlegen einer Rückstellung für das doppelte Urlaubsgeld : 4.397.808,49 Euro;
- die Abschreibungen auf Anlagevermögen : 1.535.833,82 Euro ;
- die Wertminderungen auf Grundstücke und Bauten : 5.669.025,00 Euro;
- die Wertminderungen auf Finanzanlagen : 52.078,70 Euro;

- die Wertminderungen auf Kundenforderungen : 33.778,16 Euro;
- Abgang von Anlagevermögen (Minderwerte) : 362.607,56 Euro;
- Einfluss von Abgrenzungsrichtungen auf Aufwendungen :
 - Vorzutragende Aufwendungen : - 58.424,08 Euro;
 - Anzurechnende Aufwendungen : 253.148,32 Euro

Der Rechnungshof merkt an, dass der Transfer des Anlagevermögens auf die DGG Gemeinschaftszentren in Höhe von 17.685.467,00 Euro nicht über die Ergebnisrechnung des Ministeriums getätigt wurde, sondern direkt im Konto 101000 Reinvermögen verbucht wurde.

2.2.3. Ergebnis des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr 2011 schließt mit einem Gewinn in Höhe von 1.816.843,28 Euro ab. Der Gewinn ergibt sich hauptsächlich aus der im Einklang mit den neuen Bewertungsvorschriften getätigten Neubewertung der Grundstücke und Bauten auf der Grundlage der letzten Angaben des Finanzministeriums.

Das nach Abzug der außergewöhnlichen Aufwendungen⁴ und Erträge errechnete Ergebnis umfasst dagegen einen Verlust von 5.539.418,81 Euro.

Es sei dennoch erwähnt, dass im Jahr 2011 eine Reihe von Lasten der DGG zu Lasten der Rechnung der Hauptverwaltung verbucht wurden, u.a. :

- die Gehaltskosten in Höhe von zirka 555.000 Euro in Bezug auf das statutarische Personal und die Vertragsangestellten des DGG Gemeinschaftszentren
- die Gehaltskosten in Höhe von zirka 1.023.000 Euro in Bezug auf die Gehälter des Personals des DGG Medienzentrum
- die Übernahme der Feuerversicherung und des Steuervorabzugs der DGG.

2.3. Rechnung der Haushaltsausführung

2.3.1. Einnahmen

Die Gesamteinnahmen der Hauptverwaltung beliefen sich in 2011 auf 196.287.427,01 Euro, d.h. eine Steigerung um 8,38 % im Vergleich zum Vorjahr.

Diese setzen sich einerseits aus allgemeinen Einnahmen in Höhe von 189.027.793,49 Euro, die laut Artikel 6 DHO zur Deckung der Gesamtausgaben dienen, und andererseits aus laut Dekret zweckbestimmten Einnahmen in Höhe von 7.259.633,52 Euro, die nur zur Deckung besonderer Ausgaben dienen, zusammen.

⁴ Die in dem Konto 668 (Studienbeihilfen) erwähnten Aufwendungen in Höhe von 297.212,02 Euro sind als ordentliche Aufwendung zu betrachten.

2.3.1.1. Allgemeine Einnahmen

EWK	Beschreibung	Realisierungen 2010	Erwartete Einnahmen 2011	Realisierungen 2011	% Anteil realisiert	Entwicklung 2011/2010
06.01	Verschiedenes	411.004,04	440.000,00	533.836,93	121,33%	29,89%
11.11	Rückzahlung von Gehältern, Entschädigungen	869.840,81	620.000,00	648.333,69	104,57%	-25,47%
16.12	Einschreibengebühren und Schülerbeförderung	169.681,10	159.000,00	153.853,20	96,76%	-9,33%
26.10	Erträge aus der Verwaltung des Schatzamtes	7.480,85	10.000,00	65.711,48	657,11%	778,40%
39.10	EU-Subventionen Interreg	73.282,48	75.000,00	98.445,22	131,26%	34,34%
39.12	EU-Subventionen ESF 2000-2006	600.882,34				-100,00%
39.15	EU-Subventionen ESF 2007-2013	1.549.975,00	1.550.000,00	1.455.022,98	93,87%	-6,13%
39.20	Beitrag des Großherzogstums Luxemburg an den Kosten der Sonderschulen	1.134.729,00	1.140.000,00	1.140.733,00	100,06%	0,53%
39.21	Beitrag der Stadt Monschau an den Kosten des OSU	44.612,97	57.000,00	57.066,21	100,12%	27,91%
47.50	Einnahmen von Kinderzulagen im Bereich Jugendhilfe	80.160,24	72.000,00	77.498,69	107,64%	-3,32%
48.12	Mittel der Provinz Lüttich im Rahmen der Gesundheitsfürsorge	45.000,00	45.000,00	45.000,00	100,00%	0,00%
49.31	Zusätzliche Mittel der Wallonischen Region	1.497.000,00	1.497.000,00	1.497.000,00	100,00%	0,00%
49.33	Dotation der Wallonischen Region für die Ausübung der Befugnis Landschafts- und Denkmalschutzes	1.892.000,00	2.000.000,00	2.000.000,00	100,00%	5,71%
49.34	Mittel der Wallonischen Region im Rahmen der Schülerbeförderung und der Telekommunikation	149.368,00	149.000,00	149.368,00	100,25%	0,00%
49.35	Dotation der Wallonischen Region für die Ausübung der Befugnis Beschäftigung	11.314.000,00	12.509.000,00	12.618.000,00	100,87%	11,53%
49.37	Dotation der Wallonischen Region für die Ausübung der Befugnis in Bezug auf die Aufsicht der lokalen Behörden	21.782.000,00	22.597.000,00	22.782.000,00	100,82%	4,59%
49.41	Globaldotation	123.243.963,64	135.614.000,00	135.613.097,17	100,00%	10,04%
49.42	Zusatzdotation als Ausgleich für die Radio- und Fernsehgebühren	5.691.672,00	5.974.000,00	5.974.068,00	100,00%	4,96%
49.43	Ergänzende Überweisung der Mittel für die Ausübung der Befugnis Beschäftigung	3.038.832,00	3.038.000,00	3.039.000,00	100,03%	0,01%
49.45	Subventionen im Rahmen von nationalen Begleitplänen	520.929,77	560.000,00	108.719,92	19,41%	-79,13%
49.46	Überweisung von Mitteln durch die Nationalloterie	521.039,00	521.000,00	521.039,00	100,01%	0,00%
76.32	Erlös aus dem Verkauf von Immobilien		1.000.000,00	450.000,00	45,00%	
Gesamt		174.637.453,24	189.627.000,00	189.027.793,49	99,68%	8,24%

(Euro)

Einnahmen vom Föderalstaat

1°) Die aufgrund von Artikel 58bis bis 58septies des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft durch den Föderalstaat eingezahlte Dotation stellt die Haupteinnahme der Deutschsprachigen

Gemeinschaft dar. 2011 belief sie sich auf 141.390.097,17 Euro, d.h. 72% der Gesamteinnahmen. Die auf Basis der durch das Institut für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (ICN) im Wirtschaftsbudget von Januar 2011 mitgeteilten Parameter berechnete Dotation sensu stricto belief sich auf 139.213.858,86 Euro; sie ist aber durch zwei positive Regulierungen für die Jahre 2009 und 2010 in Höhe von bzw. 1.533.463,00 Euro et 642.273,00 Euro ergänzt worden⁵.

Von der gesamten Globaldotation wurden 5.777.000 Euro laut Artikel 2 des Dekrets vom 9. Dezember 2010 zur Festlegung des Einnahmehaushalts und des allgemeinen Ausgabenhaushalts für das Haushaltsjahr 2011 als zweckbestimmte Einnahmen entnommen. So belief sich die als allgemeine Einnahme gebuchte Globaldotation auf 135.613.097,17 Euro.

2°) Artikel 62bis des Sondergesetzes zur Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen vom 16. Januar 1989 sieht vor, dass ein Betrag gleich 27,44% des Gewinns der Nationalloterie unter der Französischen Gemeinschaft und der Flämischen Gemeinschaft zu verteilen ist. In Anwendung von Artikel 58 octies des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft wird aber 0,8428% dieses Betrages der Deutschsprachigen Gemeinschaft zugewiesen. 2011 belief sich dieser Betrag auf 521.039,00 Euro.

3°) Die Deutschsprachige Gemeinschaft verfügt nicht mehr über die Möglichkeit in Sachen Radio- und Fernsehgebühren Steuereinnahmen zu erheben. Als Ausgleich für diesen Verlust wird der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch den Föderalstaat eine Ausgleichdotation gewährt. Nach Indexierung belief sich diese Ausgleichdotation 2011 auf 5.974.068,00 Euro, d.h. 5.941.068 Euro als Dotation 2011 sensu stricto und 33.000 Euro als Regulierung der Dotation 2010.

4°) Im Rahmen der nationalen Begleitpläne hat der Föderalstaat einerseits das Kooperationsabkommen vom 30. April 2004 in Bezug auf die Begleitung und die Aktivierung der Arbeitslosen und andererseits das Kooperationsabkommen vom 30. Mai 2005 in Bezug auf die Pluralwirtschaft mit den Regionen und Gemeinschaften unterschrieben. Insoweit die Zusatzabkommen in Bezug auf die Pluralwirtschaft für die Jahre 2009 und 2010 noch nicht unterschrieben worden sind und so kein Beleg zur Feststellung der Rechte existiert, konnte die erwartete Einnahme nicht gebucht werden. Folglich sind die Einnahmen 2011 auf 108.719,92 Euro begrenzt geblieben.

5°) Die Ziehungsrechte der Deutschsprachigen Gemeinschaft dem Föderalhaushalt gegenüber zur Wiedereingliederung der Arbeitslosen in Arbeit beliefen sich in 2011 auf 3.038.000,00 EUR.

B. Einnahmen aus der Wallonischen Region

Infolge der Übertragung der Befugnisse Landschafts- und Denkmalschutz und Ausgrabungen, Beschäftigung und Aufsicht der lokalen Behörden hat die Wallonische Region Dotationen für eine Gesamtsumme von 37.400.000,00 Euro zugunsten von der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgezahlt, d.h. eine Steigerung um 7,92% im Vergleich mit dem Vorjahr.

Dazu gewährt die Wallonische Region der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine nicht indexierte Summe von zusätzlichen Mitteln in Höhe von 1.497.000,00 Euro sowie eine

⁵ Eine Differenz von 1,17 Euro resultiert aus Abrundungen

Subvention für die Schülerbeförderung und die Telekommunikation von etwa 149.000 Euro.

C. Einnahmen aus der Europäischen Union

Auf Basis eines mehrjährigen operationellen Sonderprogramms für die Deutschsprachige Gemeinschaft finanziert die Europäische Kommission im Rahmen der Umsetzung der Zielsetzung 2 der Europäischen Strukturfonds (ESF) « Regional Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung⁶ für die Jahre 2007-2013 mehrere Maßnahmen. Im obengenannten Zeitraum wird die Europäische Kommission Maßnahmen bis zu einer Höchstsumme von 12.470.000,00 Euro finanzieren.

Die der Deutschsprachigen Gemeinschaft in diesem Rahmen gewährten Subventionen 2011 beliefen sich auf 1.436.090,05 Euro⁶.

Die in 1990 eingeführten Interregprogramme zielen darauf ab die grenzübergreifende Zusammenarbeit zu fördern. Die Projekte die in diesem Rahmen eingeführt sind, werden zu 50% durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) finanziert. 2011 hat die Deutschsprachige Gemeinschaft Beihilfen in Höhe von 98.445,22 Euro gebucht.

D. Verschiedene Einnahmen

In den verschiedenen Einnahmen sind noch die folgenden Einnahmen zu vermerken:

- Beitrag des Großherzogtums Luxemburg an den Kosten der Sonderschulen in Höhe von 1.140.733,00 Euro;
- Einnahmen aus dem Verkauf von Immobilien in St-Vith für einen Betrag von 450.000,00 Euro.

2.3.1.2. Zweckbestimmte Einnahmen

Laut Artikel 6 Abschnitt 2 des Dekrets vom 25. Mai 2009 dürfen Einnahmen auf die Verwendung für bestimmte Zwecke beschränkt werden, soweit dies durch Dekret vorgesehen ist.

Folgende Haushaltsfonds sind durch Dekret geschaffen worden:

- der durch das Dekret vom 21. Januar 1991 zur Aufhebung und Reorganisation der Haushaltsfonds geschaffenen Fonds für Dienstleistungen ;
- der Fonds für Schwangere in Notsituation, vormaligen Fonds zum Schutz des ungeborenen Lebens, der ebenso durch das Dekret vom 21. Januar 1991 zur Aufhebung und Reorganisation der Haushaltsfonds Fonds für Dienstleistungen geschaffen wurde ;
- der durch das Dekret vom 14. Dezember 1992 geschaffene Entschuldungsfonds;
- der durch das Dekret vom 21. Dezember 1995 geschaffene Amortisierungsfonds;

⁶ Der Saldo der unter dem Einnahmeartikel 39.15 « EU-Subventionen 2007-2013 » gebuchten Einnahmen in Höhe von 18.932,923 EUR besteht aus Rückzahlungen von Projektträgern

- der durch das Programmdekret vom 25. Juni 2007 geschaffene Fonds zur Finanzierung rückzahlbarer Prämien, Kredite und Beteiligungen.

In 2011, beliefen sich die zweckbestimmten Einnahmen auf 7.259.633,52 Euro, d.h. eine Erhöhung von 12,22 % im Vergleich zum Vorjahr.

EWK	Beschreibung	Realisierungen 2010	Erwartete Einnahmen 2011	Realisierungen 2011	% Anteil realisiert	Entwicklung 2011/2010
<u>Dienstleistungsfonds</u>						
16.12	Eigeneinnahmen	588.740,18	342.000,00	1.088.508,62	318,28%	84,89%
49.41	Speisung aus der Globaldotation	50.000,00	350.000,00	350.000,00	100,00%	600,00%
		638.740,18	692.000,00	1.438.508,62	207,88%	125,21%
<u>Fonds für Schwangere in Notsituationen</u>						
16.12	Eigeneinnahmen	60.556,71	22.000,00	59.554,82	270,70%	-1,65%
<u>Entschuldungsfonds</u>						
16.12	Eigeneinnahmen	53.970,94	17.000,00	60.630,57	356,65%	12,34%
49.41	Speisung aus der Globaldotation	-	40.000,00	40.000,00	100,00%	
		53.970,94	57.000,00	100.630,57	176,54%	86,45%
<u>Amortisierungsfonds</u>						
49.41	Speisung aus der Globaldotation	5.587.000,00	5.387.000,00	5.387.000,00	100,00%	-3,58%
<u>Beteiligungs- und Finanzierungsfonds</u>						
26.10	Finanzerträge des Beteiligungs- und Finanzierungsfonds	-	10.000,00	14.387,81	143,88%	
86.10	Rückforderungen des Beteiligungsfonds	128.857,06	150.000,00	259.551,70	173,03%	101,43%
		128.857,06	160.000,00	273.939,51	171,21%	112,59%
Gesamt		6.469.124,89	6.318.000,00	7.259.633,52	114,90%	12,22%
Gesamt Einnahmen		181.106.578,13	195.945.000,00	196.287.427,01	100,17%	8,38%
Allgemeine + zweckbestimmte Einnahmen						

(Euros)

In Anwendung von Artikel 2 des Dekrets vom 9. Dezember 2010 zur Festlegung des Haushaltsplanes der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der

Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2011 wird ein Teil der Föderaldotation als zweckbestimmte Einnahmen zur Verfügung des Amortisierungsfonds (5.387.000,00 EUR), des Dienstleistungsfonds (350.000,00 EUR) und des Entschuldungsfonds (40.000 EUR) gestellt. Diese Einnahmen aus der Globaldotations bilden fast 80% der gesamten zweckbestimmten Einnahmen.

Zusätzlich haben die Haushaltsfonds in 2011 Eigeneinnahmen in Höhe von 1.488.633,52 Euro gebucht. Was der Beteiligungs- und Finanzierungsfonds angeht, stammen die Eigeneinnahmen aus Rückzahlungen von gewährten Krediten in Höhe von 259.633,52 Euro und von Zinsen in Höhe von 14.387,81 Euro.

2.3.2. Ausgaben



Rechnungshof

OB	PR	EWK	Bezeichnung	VE 2011	Mittelbindungen 2011	AE 2011	Rechnungen 2010	Rechnungen 2011	Realisie- rungsrate	2011 /2010
01	00		Dotation	3.775.000	3.775.000,00	4.542.000	3.787.000,00	4.541.736,46	99,99%	19,93%
01			- PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT	3.775.000,00	3.775.000,00	4.542.000,00	3.787.000,00	4.541.736,46	99,99%	19,93%
10	00		Allgemeine laufende Ausgaben	2.808.000	2.771.984,60	2.808.000	2.805.967,60	2.731.803,30	97,29%	-2,64%
10	01		Personalkosten von Freigestellten aus dem Unterrichtswesen	51.000	45.181,29	51.000	95.377,90	45.181,29	88,59%	-52,63%
10			- REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT	2.859.000,00	2.817.165,89	2.859.000,00	2.901.345,50	2.776.984,59	97,13%	-4,29%
20	00		Allgemeine laufende Ausgaben	15.471.000	14.961.108,97	15.251.000	16.639.338,13	15.201.297,74	99,67%	-8,64%
20	11		Öffentlichkeitsarbeit	416.000	365.013,14	386.000	371.534,11	383.217,11	99,28%	3,14%
20	12		Studien und Untersuchungen	180.000	166.880,59	134.000	191.405,53	133.048,99	99,29%	-30,49%
20	13		Außenbeziehungen, europäische Strukturfonds und Regionalentwicklung	1.680.000	1.633.092,01	3.209.000	3.536.743,97	3.198.015,46	99,66%	-9,58%
20	14		Lokale Behörden	30.199.000	29.879.841,67	21.763.000	18.665.063,84	21.746.224,52	99,92%	16,51%
20			- MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT	47.946.000,00	47.005.936,38	40.743.000,00	39.404.085,58	40.661.803,82	99,80%	3,19%
30	00		Gehaltsgebundene Ausgaben im Unterrichtswesen	2.185.000	2.096.304,71	2.103.000	2.430.023,89	2.095.651,71	99,65%	-13,76%
30	01		Gehaltskosten im Unterrichtswesen	76.130.000	75.589.785,86	75.601.000	74.051.265,46	75.589.785,86	99,99%	2,08%
30	11		Allgemeine Initiativen	1.150.000	987.673,67	990.000	1.120.942,58	967.612,53	97,74%	-13,68%
30	12		Schülerbeförderung	1.842.000	1.842.000,00	1.663.000	1.576.762,16	1.656.864,23	99,63%	5,08%
30	13		Funktionssubventionen und Funktionsdotationen	7.726.000	7.618.394,03	7.621.000	7.519.199,52	7.618.393,17	99,97%	1,32%
30	19		Studienbeihilfen, Stipendien und wissenschaftliche Forschung	314.000	311.603,18	314.000	313.818,04	310.997,50	99,04%	-0,90%
30	21		Kunstunterricht	55.000	52.227,31	57.000	41.312,48	53.457,88	93,79%	29,40%

30	22 - Außerschulische Aus- und Fortbildung im Bereich Mittelstand und Landwirtschaft	5.146.000	5.131.257,13	3.148.000	3.086.626,05	3.144.804,35	99,90%	1,88%
30	23 - Beschäftigung und Solidarwirtschaft	9.418.000	9.406.203,76	8.795.000	9.472.458,86	8.760.914,21	99,61%	-7,51%
30	24 – Schulbauten	109.836.000	108.202.363,68	6.462.000	2.788.141,98	6.437.569,30	99,62%	130,89%
30 - UNTERRICHT, BESCHÄFTIGUNG UND AUSBILDUNG		213.802.000,00	211.237.813,33	106.754.000,00	102.400.551,02	106.636.050,74	99,89%	4,14%
40	01 - Personalkosten von Freigestellten aus dem Unterrichtswesen	363.000	346.520,39	353.000	296.691,04	346.520,39	98,16%	16,80%
40	11 – Jugend	1.540.000	1.479.949,26	1.633.000	1.418.673,30	1.612.987,42	98,77%	13,70%
40	12 - Erwachsenenbildung, Verbraucherschutz und nachhaltige Entwicklung	1.642.000	1.572.611,13	1.495.000	1.512.514,71	1.469.142,53	98,27%	-2,87%
40	13 – Kultur	21.732.000	21.654.661,07	3.029.000	2.344.267,84	2.997.636,08	98,96%	27,87%
40	14 - Bibliothekswesen und Medien	1.034.000	906.374,52	598.000	651.324,57	583.752,32	97,62%	-10,37%
40	15 – BRF	5.418.000	5.418.000,00	5.418.000	5.370.000,00	5.418.000,00	100,00%	0,89%
40	16 – Sport	24.752.000	24.538.548,96	1.330.000	1.139.384,87	1.318.527,44	99,14%	15,72%
40	17 - Tourismus und Verbesserung der Lebensqualität	3.884.000	3.773.176,65	1.000.000	965.130,14	957.537,41	95,75%	-0,79%
40	18 - Dienst mit getrennter Geschäftsführung Gemeinschaftszentren	756.000	694.657,75	805.000	824.619,52	804.254,16	99,91%	-2,47%
40	19 – Freizeitgestaltung	20.000	17.116,08	20.000	14.146,93	18.267,67	91,34%	29,13%
40	21 - Denkmal- und Landschaftsschutz, Ausgrabungen und Naturpflege	684.000	650.657,32	1.594.000	608.643,82	1.573.899,21	98,74%	158,59%
40 - JUGEND, VOLKS- UND ERWACHSENENBILDUNG, KULTUR, SPORT, TOURISMUS		61.825.000,00	61.052.273,13	17.275.000,00	15.145.396,74	17.100.524,63	98,99%	12,91%
50	01 - Personalkosten von Freigestellten aus dem Unterrichtswesen	66.000	57.787,64	66.000	36.765,57	57.787,64	87,56%	57,18%
50	11 - Familie und Senioren	31.468.000	31.187.191,16	4.543.000	4.352.409,52	4.411.354,68	97,10%	1,35%
50	13 – Behindertenbereich	8.165.000	8.161.656,80	8.396.000	8.322.274,05	8.392.656,80	99,96%	0,85%
50	14 - Besondere Hilfe für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene	4.228.000	3.997.738,45	4.002.000	3.413.295,69	3.997.738,45	99,89%	17,12%
50	15 - Aufnahme, Soziale Hilfe und Lebensbewältigung	3.881.000	3.739.199,13	3.600.000	3.528.199,04	3.585.541,69	99,60%	1,63%

50	16 – Gesundheitswesen	5.568.000	5.031.839,47	2.453.000	2.002.491,94	2.265.546,48	92,36%	13,14%
50 - GESUNDHEIT UND SOZIALES		53.376.000,00	52.175.412,65	23.060.000,00	21.655.435,81	22.710.625,74	98,48%	4,87%
60	00 - Laufende Verrichtungen des Schatzamtes	51.000	51.000,00	51.000	0,00	50.424,63	98,87%	
60	12 – Rücklage	135.000	0,00	0	0,00	0,00		
60 - SCHATZAMT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT		186.000,00	51.000,00	51.000,00	0,00	50.424,63	98,87%	
Gesamttotal		383.769.000,00	378.114.601,38	195.284.000,00	185.293.814,65	194.478.150,61	99,59%	4,96%

(Euro)

Die zu Lasten der Ausgabeermächtigungen realisierten Ausgaben 2011 beliefen sich auf 201.861.754,77 Euro. Davon gehen 194.478.150,61 Euro zu Lasten der aufgliederten Mittel und 7.383.604,16 Euro zu Lasten der variablen Kredite.

2.3.2.1. Ausgaben zu Lasten der aufgliederten Mittel

Die Ausgaben 2011 zu Lasten der aufgliederten Mittel beliefen sich auf 194.478.150,61 Euro, was mit einer Inanspruchnahme der Kredite von 99,6 % übereinstimmt. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Ausgaben um 4,96 % angestiegen.

Die zu Lasten der Verpflichtungsermächtigungen 2011 getätigten Ausgaben ihrerseits beliefen sich auf 378.115.824,53 Euro, d.h. eine Inanspruchnahme der Kredite von 98,52 %.

A. Organisationsbereich 01 - Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

OB	PR	EWK	Bezeichnung	VE 2011	Mittel- bindungen	AE 2011	Rechnungen
01	00	41.40	Dotation für das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft	3.775.000	3.775.000	3.775.000	3.775.000,00
		61.41	Kapitaldotation an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft	0	0	767.000	766.736,46
		00 – Dotation		3.775.000	3.775.000	4.542.000	4.541.736
01	-	PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT		3.775.000	3.775.000	4.542.000	4.541.736,46

(Euro)

Im Programm 00 Dotation des Organisationsbereiches 01 Parlament wird zwischen einer Funktionsdotation und einer Kapitaldotation unterschieden. Die Kapitaldotation stellt jährlich Kredite zur Verfügung die erforderlich sind um die Lasten der für den Bau des neuen Parlaments getätigten Anleihe zu finanzieren. In 2011 beliefen diese Lasten sich auf 766.736,46 Euro. Insofern die buchhalterische Mittelbindung zuvor bereits getätigt wurde, wurde in der Zuweisung 01.00.61.41 keine Verpflichtungsermächtigungen in Anspruch genommen.

B. Organisationsbereich 10 – Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

OB	PR	EWK	Bezeichnung	VE 2011	Mittelbindungen	AE 2011	Rechnungen
10	00	11.11	Gehälter der Minister und der Mitarbeiter der Regierung	2.148.000	2.145.561,69	2.148.000	2.113.950,46
		11.20	Sozialabgaben Arbeitgeberanteil	230.000	218.948,97	230.000	218.948,97
		12.11	Allgemeine laufende Ausgaben	425.000	407.473,94	425.000	398.903,87
		74.22	Ankauf von Maschinen und Mobiliar	5.000	0,00	5.000	0,00
		00 - Allgemeine laufende Ausgaben		2.808.000	2.771.984,60	2.808.000	2.731.803,30
	01	11.11	Gehälter von freigestelltem Personal aus dem Unterrichtswesen das in einem Regierungskabinett tätig ist	49.000	43.687,23	49.000	43.687,23
		11.20	Sozialabgaben Arbeitgeberanteil für freigestelltes Personal aus dem Unterrichtswesen das in einem Regierungskabinett tätig ist	2.000	1.494,06	2.000	1.494,06
		01 - Personalkosten von Freigestellten aus dem Unterrichtswesen		51.000	45.181,29	51.000	45.181,29
10	-	REGIERUNG	DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT	2.859.000	2.817.165,89	2.859.000	2.776.984,59

(Euro)

- Programm 00 – Allgemeine laufende Ausgaben
 - Gehälter der Minister und der Mitarbeiter der Kanzlei und der Ministerkabinette (Zuweisung 10.00.11.11)

Im Jahr 2011 beliefen die Gehaltskosten der Kabinette (ausgenommen die Sozialabgaben Arbeitgeberanteil) sich auf 2.113.950,46 Euro, gegenüber 2010 eine Steigerung um 3,3%. Diese Gehaltskosten wurden auf der Zuweisung 10.00.11.11. gebucht.

- Gehälter der Minister

Der Gehalt des Ministers ist im ministeriellen Erlass vom 11. Oktober 2001 festgelegt worden und beträgt 120% des maximalen Gehalts des Generalsekretärs des Ministeriums. Anfangs des Jahres betrug das monatliche Bruttogehalt des Ministers 10.868,80 Euro. Im Monat Juni 2011 fand eine Indexierung von 2% statt und wurde der Gehalt auf 11.308,80 Euro festgelegt.

Die Beträge die an die VoG "Pensionskasse der Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft" überwiesen werden damit den Ministern ein Pensionsanspruch sichergestellt werden kann, sind berechnet aufgrund des Beschlusses des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 25. Juni 1985 bezüglich der Speisung dieser Pensionskasse. Gemäß diesem Beschluss wird von den Gehältern der Minister ein persönlicher Beitrag abgezogen, der sich auf 6 % der indexierten monatlichen Vergütungen des Präsidenten des Parlaments beläuft (479,57 Euro, ebenfalls im Monat Juni 2011 indexiert und auf 489,16 Euro erhöht). Die Deutschsprachige Gemeinschaft ihrerseits leistet einen Beitrag der achtmal so hoch ist wie der persönliche Beitrag. Dieser Beitrag belief sich in 2011 monatlich für jeden einzelnen Minister auf 3.836,56 Euro. Der Beitrag wurde im Monat Juni 2011 auf 3.913,28 Euro erhöht.

Der Rechnungshof hat die Kontrolle der korrekten Anwendung der Gehaltstabellen vorgenommen.

Die Gehälter der Minister sind nicht den LSS-Abgaben unterworfen. Die Zahlungen zu ihren Gunsten an die Krankenkasse – ergänzende Krankenversicherung (10.541,52 Euro) wurden auf der vorerwähnten Zuweisung 10.00.11.11 gebucht.

Die vorerwähnten Gehaltsausgaben beinhalten jedoch nicht die Rückerstattungen der durch die Minister anhand einer Forderungsanmeldung belegten Kosten in Höhe von 59.290,34 Euro. Auch die monatlichen Pauschalentschädigungen für Repräsentationskosten (monatlich für jeden Minister ein nichtindexierter Betrag von 500 Euro) sind nicht einbegriffen. Diese Pauschalentschädigungen wurden auf der Zuweisung 10.00.12.11 "Allgemeine laufende Ausgaben" gebucht, gemäß dem Rundschreiben des Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 10. Juli 2009 bezüglich der Rückerstattung von Unkosten die den Ministern in Ausübung ihres Amtes entstehen.

- Gehälter der Mitarbeiter der Kanzlei und der Kabinette

Der Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 3. Juli 2009 bezüglich der Zusammensetzung und der Funktionsweise der Kabinette der Mitglieder der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bezüglich der Kanzlei beim Ministerpräsidenten legen die Gehälter der Mitarbeiter der Minister fest. Neben den Gehältern in striktem Sinne präzisiert der Erlass die Beträge der Kabinettszulagen, der monatlichen Pauschalentschädigungen für Aufenthaltskosten der Kabinettschefs und der den Fahrern gewährten monatlichen Pauschalzulagen und Pauschalentschädigungen für Berufskosten.

In 2011 beliefen sich diese Ausgaben auf zirka 56.000 Euro, wovon 36.000 Euro auf die Kabinettszulagen und 20.000 Euro auf die Entschädigungen entfielen.

- Sozialabgaben Arbeitgeberanteil (Zuweisung 10.00.11.20)

Im Jahr 2011 beliefen die LSS-Sozialabgaben Arbeitgeberanteil sich genau auf 218.948,97 Euro.

- Allgemeine laufende Ausgaben (Zuweisung 10.00.12.11)

Im Jahr 2011 beliefen die allgemeinen laufenden Ausgaben der Regierung sich auf 398.903,87 Euro, gegenüber dem Vorjahr eine Senkung um 17,7%. Diese Senkung ergibt sich aus der Tatsache, dass manche Ausgaben (Kosten für Reparaturen, Unterhalt, Gas und Elektrizität) in der Zuweisung 20.00.12.11 "Allgemeine laufende Ausgaben des Ministeriums" gebucht wurden.

	2010	2011	
610 Mieten und Mietnebenkosten	2.389,75	4.840,00	102,5%
611 Unterhalts- und Reparaturkosten	34.228,45	2.302,22	-93,3%
612 Laufende Unkosten (Energie, Nebenkosten, Büromaterial)	74.894,58	21.028,05	-71,9%
613 Telefon- und Portokosten	26.109,89	28.005,14	7,3%
614 Versicherungen	13.143,13	8.635,46	-34,3%
615 Repräsentationskosten und Beiträge	125.922,74	137.657,27	9,3%
616 Transport- und Reisekosten	50.340,51	73.737,15	46,5%
619 Honorare und diverse Gebühren	15.859,83	30.397,48	91,7%
620-623 Lohnkosten	93.762,38	92.301,10	-1,6%
699 Nicht verteilte Aufwendungen	48.322,59	-	-100,0%
	<u>484.973,85</u>	<u>398.903,87</u>	-17,7%

(Euro)

- Operationelle Leasingkosten (Zuweisung 10.00.12.13)

2011 wurden die operationellen Leasingkosten für Fahrzeuge der Regierung (zirka 75.000 Euro) nicht mehr in dieser Zuweisung, sondern in der Zuweisung 20.00.12.11 "Allgemeine laufende Ausgaben des Ministeriums" gebucht.

C. Organisationsbereich 20 – Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft

O B	P R	EWK	Bezeichnung	VE 2011	Mittel- bindungen	AE 2011	Rechnungen
20	00	11.11	Gehälter des Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft	9.752.000	9.411.790,02	9.432.000	9.411.790,02
		11.20	Sozialabgaben des Arbeitsgebers	2.240.000	2.220.283,72	2.230.000	2.220.283,72
		12.11	Allgemeine laufende Ausgaben	2.624.000	2.544.964,22	2.618.000	2.612.249,68
		12.12	Miete von Immobilien für die verschiedenen Dienststellen des Ministeriums	18.000	16.650,00	18.000	16.650,00
		33.01	Beteiligung der Deutschsprachigen Gemeinschaft an den Kosten der Gewerkschaftsdelegationen	39.000	37.879,25	38.000	37.879,25
		33.03	Subvention an die VoG Sozialdienst	65.000	64.015,00	65.000	64.015,00
		45.40	Verantwortlichkeitsbeitrag	9.000	9.000,00	9.000	9.000,00
		71.01	Ankauf von Grundstücken und Gebäuden für Gemeinschaftsinfrastrukturen	340.000	316.650,00	137.000	136.350,00
		72.10	Bau, Umbau und Einrichtung von Gemeinschaftsinfrastrukturen	229.000	225.284,26	576.000	575.796,76
		74.10	Ankauf von Beförderungsmitteln	15.000	5.275,60	15.000	5.275,60
		74.22	Ankauf von Maschinen und Mobiliar	140.000	109.316,90	113.000	112.007,71
		00 - Allgemeine laufende Ausgaben		15.471.000	14.961.108,97	15.251.000	15.201.297,74
11	12.11		Allgemeine laufende Ausgaben	410.000	365.013,14	386.000	383.217,11
	33.01		Subventionen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	6.000	0,00	0	0,00
		11 - Öffentlichkeitsarbeit		416.000	365.013,14	386.000	383.217,11
12	12.11		Allgemeine laufende Ausgaben	180.000	166.880,59	134.000	133.048,99
		12 - Studien und Untersuchungen		180.000	166.880,59	134.000	133.048,99
13	12.11		Allgemeine laufende Ausgaben	658.000	657.487,67	637.000	636.351,29
	33.01		Subventionen im Rahmen der innerbelgischen Zusammenarbeit	4.000	3.925,00	4.000	3.725,00
	33.02		Subventionen im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Französischen Gemeinschaft betreffend die Gemeinden Plombières, Welkenraedt, Baelen, Waimes und Malmedy	6.000	5.150,00	6.000	5.731,44
	33.04		Subventionen im Rahmen der internationalen und interregionalen Zusammenarbeit	15.000	4.300,00	5.000	4.300,00
	33.06		Subventionen zur Förderung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit	175.000	172.842,42	148.000	147.167,64

33.07	Subventionen im Rahmen des Europäischen Sozialfonds 2007-2013	0	0,00	1.600.000	1.599.546,59
33.08	Subventionen im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung 2007-2013	0	0,00	12.000	11.806,58
33.09	Subventionen an die ostbelgische Wirtschaftsförderungsgesellschaft	404.000	400.000,00	404.000	400.000,00
35.30	Beiträge an die Euregio Maas-Rhein und die Großregion	99.000	98.067,00	99.000	98.067,00
35.43	Beiträge der Deutschsprachigen Gemeinschaft an internationale Organisationen	68.000	42.319,92	43.000	42.319,92
41.40	Dotation zugunsten des Rats für Entwicklungszusammenarbeit, Solidarität, und Integration	14.000	14.000,00	14.000	14.000,00
41.41	Dotation an den WSR	235.000	233.000,00	235.000	233.000,00
61.43	Kapitaldotation an den WSR	2.000	2.000,00	2.000	2.000,00
13 - Außenbeziehungen, europäische Strukturfonds und Regionalentwicklung		1.680.000	1.633.092,01	3.209.000	3.198.015,46
14	12.11 Allgemeine laufende Ausgaben	10.000	1.516,45	10.000	1.516,45
	43.21 Dotation an die Gemeinden	17.762.000	17.761.326,75	17.762.000	17.761.326,75
	43.22 Dotation an die Gemeinden zwecks Bezuschussung von Straßeninfrastrukturen	1.000.000	1.000.000,00	1.000.000	1.000.000,00
	43.23 Dotation für die Basisförderung	449.000	447.892,69	449.000	447.892,69
	43.24 Zinssubventionen für alternative Finanzierungen	3.824.000	3.824.000,00	0	0,00
	63.20 Kapitalsubventionen für alternative Finanzierungen	6.110.000	6.110.000,00	0	0,00
	63.21 Subventionen im Bereich der bezuschussten Arbeiten an die Gemeinden	1.044.000	735.105,78	2.542.000	2.535.488,63
14 - Lokale Behörden		30.199.000	29.879.841,67	21.763.000	21.746.224,52
20	- MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT	47.946.000	47.005.936,38	40.743.000	40.661.803,82

- Programm 00 – Allgemeine laufende Ausgaben
 - Gehälter des Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Zuweisung 20.00.11.11)

Die in dieser Zuweisung zu Lasten der Ausgabenermächtigungen gebuchten Ausgaben beliefen sich in 2011 auf 9.411.288,57 Euro, gegenüber dem Jahr 2010 eine Steigerung um 1,14%.

Dieser Betrag setzt sich folgenderweise zusammen:

		2010	2011	
101149	Steuervorabzüge Finanzverwaltung	2.759.971,83	2.713.153,19	-1,70%
101185	Tickets Restaurants	66.270,89	84.283,90	27,18%
101393	Kinderzulagen ONAFTS	286.909,00	310.948,04	8,38%
102128	Pensionsamt	361.941,39	359.414,63	-0,70%
105843	Nettogehälter	5.829.683,36	5.943.488,81	1,95%
	Gesamt	9.304.776,47	9.411.288,57	1,14%

(Euros)

- Sozialabgaben des Arbeitgebers (Zuweisung 20.00.11.20)

Die in dieser Zuweisung zu Lasten der Ausgabenermächtigungen gebuchten Ausgaben beliefen sich in 2011 auf 2.220.283,72 Euro. Dieser Betrag stimmt mit dem Gesamtbetrag der LSS-Abgaben für Arbeitnehmer 1.059.278,84 Euro und Arbeitgeber 1.161.004,88 Euro überein.

Infolge Informatikprobleme mit SAP HR wurde die multifunktionelle Meldung für das 4. Trimester 2009 und 2010 nicht in den Rechnungen 2009 und 2010 berücksichtigt. In 2011 wurden die Korrekturen in Höhe von 35.143,38 Euro bzw. 47.714,65 Euro vorgenommen und erfolgte die Zahlung.

- Allgemeine laufende Ausgaben (Zuweisung 20.00.12.11)

Die in dieser Zuweisung gebuchten Ausgaben beliefen sich auf 2.612.249,68 Euro, gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 32,39 %.

Dieser Betrag ist folgenderweise aufgliedert:

	2010	2011	
610010 Miete Mobiliar und Material (Kopierer)	79.365,60	76.464,17	-3,66%
610020 Miete Fahrzeuge		85.445,73	Neu
610030 Miete Informatikmaterial	57,00	153.086,38	268472,60%
610032 Miete Telefonzentrale		114.343,74	Neu
611000 Unterhalt und Reparaturen Immobilien	256.335,44	256.989,39	0,26%
611300 Reparatur und Unterhalt Informatik	520.346,92	583.654,44	12,17%
612012 Elektrizität	137.163,00	134.473,17	-1,96%
612013 Heizöl	20.257,07	28.123,60	38,83%
612014 Tankkosten	17.188,43	45.177,46	162,84%
612100 Büromaterial	53.767,92	84.649,33	57,43%
612201 Abonnements	78.668,31	60.064,61	-23,65%
613000 Telefon	46.737,37	40.894,77	-12,50%
613001 Mobiltelefon	26.907,16	28.199,10	4,80%
613010 Portokosten	53.795,40	51.664,97	-3,96%
614000 Feuerversicherung	53.445,59	72.566,63	35,78%
614010 Autoversicherung	10.644,16	19.026,30	78,75%
615000 Restaurantkosten	10.320,05	16.735,50	62,16%
615010 Traiteur	22.750,47	11.868,92	-47,83%
615011 Getränke und Verpflegung	49.479,37	46.782,67	-5,45%
616010 Fahrtkosten	72.622,81	80.011,54	10,17%
616011 Unterkunft und Aufenthaltskosten	8.618,93	8.103,66	-5,98%
616012 Verpflegung	20.982,92	10.104,80	-51,84%
619000 Anwalts- und Gerichtsvollzieherkosten	9.816,66	29.251,02	197,97%
619004 Ärzte	370,00	28.770,31	7675,76%
619100 Andere Leistungsentschädigungen und Honorare	71.367,12	63.913,40	-10,44%
619200 Gutachten, Forschung und Buchführungsrevision	10.415,33	43.910,60	321,60%
622200 Arbeitgeberbeitrag Kaskoversicherung	10.652,81	10.112,97	-5,07%
623300 Haftpflicht und Körperschäden/ Personalversicherung	10.183,06	11.662,36	14,53%
623301 Unfallversicherung	56.622,94	62.942,64	11,16%
623310 Gesundheitskontrolle (Securex)	16.053,11	14.363,62	-10,52%
640000 Immobilienvorabzug	21.751,68	22.586,88	3,84%
Verschiedenes	226.407,49	316.305,00	39,71%
	1.973.094,12	2.612.249,68	32,39%

(Euros)

Die wesentliche Steigerung der verbuchten Ausgaben (+ 639.155,56 Euros) ist unter anderen durch die Buchung in dieser Zuweisung der aus den operationellen Leasingsverträgen für die Fahrzeuge der Regierung resultierenden Ausgaben zu erklären.

Bei den allgemeinen laufenden Ausgaben des Ministeriums sind ganz besonders Ausgaben in Höhe von 583.654,44 Euros im Konto « Reparatur und Unterhalt Informatik » zu vermerken. Kosten die verschiedenen Unternehmen für die Entwicklung des Informatiksystems SAP entstanden sind, bilden den größten Teil dieser Ausgaben.

- Programm 13 : Außenbeziehungen, europäische Strukturfonds und Regionalentwicklung

Die im Programm 20.13 gebuchten Ausgaben beliefen sich in 2011 auf 3.198.015,46 Euro, gegenüber dem Vorjahr eine Senkung um 9,58%.

Die in der Zuweisung 20.13.33.07 « Subventionen im Rahmen des Europäischen Sozialfonds 2007-2013 » gebuchten Ausgaben in Höhe von 1.599.546,59 Euro stellen mehr als die Hälfte der in diesem Programm gebuchten Ausgaben dar. Im Vergleich zum Vorjahr wird ein Rücklauf von 17,27% festgestellt.

Die untenstehende Tabelle zeigt die ausgezahlten Beihilfen für die Jahre 2010 und 2011. Gegebenenfalls zeigt die Tabelle auch die Einnahmen die gebucht wurden bei den Einrichtungen die zum Konsolidierungskreis der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehören.

	2010	2011
<u>Einrichtungen außerhalb des Konsolidierungskreises der Deutschsprachigen Gemeinschaft</u>		
Deutschsprachige Krankenpflegevereinigung	1.565,64	-
Frauenliga	-	95.854,13
Caritas gruppe St-Vith	20.941,10	56.962,39
ZAWM Eupen	48.284,97	49.062,57
Wirtschaftsförderungsgesellschaft	201.747,87	23.168,44
Kulturelle Aktion und Präsenz	365.551,05	189.582,47
Sobau VoG	40.101,25	117.383,39
Werkstatt Cardijn	279.455,47	229.526,64
Pro Aktiv VoG	74.528,15	179.603,56
Subtotal	1.032.175,50	941.143,59
<u>Einrichtungen die zum Konsolidierungskreis der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehören</u>		
Dienststelle für Personen mit Behinderung	249.970,67	300.154,65
Arbeitsamt der DG	632.977,38	304.999,43
Wirtschafts- und Sozialrat	18.297,29	27.038,19
IAWM		26.210,73
Subtotal	901.245,34	658.403,00
Total	1.933.420,84	1.599.546,59

(Euro)

- Programm 20.14. : Lokale Behörden

Das Dekret vom 15. Dezember 2008 zur Finanzierung der Gemeinden und ÖSHZ regelt die Auszahlung der Dotation an die Gemeinden. Neben der allgemeinen Dotation (Zuweisung 20.14.43.21) gibt es eine Dotation für die Straßeninfrastrukturen (Zuweisung 20.14.43.22) und eine Dotation für die Basisbeförderung der Kultur-, Folklore- und Sportvereinigungen sowie der öffentlichen Bibliotheken (Zuweisung 20.14.43.23). Die Dotation an die ÖSHZ ihrerseits geht zu Lasten der Zuweisung 50.15.43.21 "Ausgaben des Sonderfonds für Sozialhilfe".

Die in Anwendung des vorerwähnten Dekrets zu Lasten der 3 Zuweisungen gebuchten Ausgaben beliefen sich in 2011 auf 19.209.219,44 Euro, im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 7,13%. Diese Ausgaben stellen etwa 9,87% aller Ausgaben dar (die Haushaltsfonds nicht einbegriffen).

- Subventionen im Bereich der bezuschussten Arbeiten an die Gemeinden (Zuweisung 20.14.63.21)

Im Jahr 2011 beliefen die Ausgaben für diese Subventionen sich auf 2.535.488,63 Euro, eine Erhöhung um mehr als 350% gegenüber 2010.

Fast alle Ausgaben wurden am 31. Dezember 2011 festgelegt infolge einer dritten Neuverteilung vom 15. Februar 2012.

D. Organisationsbereich 30 - Unterricht, Beschäftigung und Ausbildung

OB	PR	EWK	Bezeichnung	VE 2011	Mittelbindungen	AE 2011	Rechnungen
30	00	11.31	Zahlung der Kinderzulagenbeiträge und Geburtsprämien des Lehr-, Erziehungshilfs-, Verwaltungs- und Unterhaltspersonals sowie des technischen Personals des PMS-Zentrums (aller Schulnetze)	2.035.000	1.952.588,77	1.953.000	1.952.588,77
		12.11	Allgemeine laufende Ausgaben	50.000	43.715,94	50.000	43.715,94
		45.40	Zahlung des Verantwortlichkeitsbeitrags - Bereich Unterrichtswesen	100.000	100.000,00	100.000	99.347,00
			00 - Gehaltsgebundene Ausgaben im Unterrichtswesen	2.185.000	2.096.304,71	2.103.000	2.095.651,71
01	11.11		Gehälter und Entschädigungen des Personals im Gemeinschaftsunterrichtswesen	25.320.000	25.255.132,07	25.260.000	25.255.132,07
	11.12		Vorstreckung der Bezüge der bezuschussten Vertragsangestellten	1.069.000	977.716,64	978.000	977.716,64
	11.20		Sozialabgaben, Arbeitgeberlasten und Pensionssubvention für alle Personalmitglieder im Unterrichtswesen	4.651.000	4.622.204,61	4.623.000	4.622.204,61
	43.24		Gehaltssubventionen an das Personal des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens	25.220.000	25.058.893,42	25.060.000	25.058.893,42
	44.10		Gehaltssubventionen an das Personal des freien subventionierten Unterrichtswesens	19.870.000	19.675.839,12	19.680.000	19.675.839,12
			01 - Gehaltskosten im Unterrichtswesen	76.130.000	75.589.785,86	75.601.000	75.589.785,86

(Euro)

- Programm 00 : Gehaltsgebundene Ausgaben im Unterrichtswesen
 - Zahlung der Kinderzulagenbeiträge und Geburtsprämien des Personals im Unterrichtswesen (Zuweisung 30.00.11.31.)

Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat ihren Beitrag an das ONAFTS (Office national des allocations familiales des travailleurs salariés) in monatlichen Vorschüssen bezahlt. Die Abrechnung 2010 wurde vom Vorschuss des Monats April 2011 abgezogen. Der

Vorschussbetrag wurde im Monat Oktober 2011 nach unten revidiert. Die Ausgabe auf Jahresbasis belief sich auf 1.952.588,77 Euro.

- Zahlung des Verantwortlichkeitsbeitrags - Bereich Unterrichtswesen (Zuweisung 30.00.45.40)

Der Königliche Erlass vom 17. Januar 2012 zur Festlegung des Verantwortlichkeitsbeitrags für das Haushaltsjahr 2012 sieht für die Deutschsprachige Gemeinschaft einen Beitrag in Höhe von 108.347 Euro vor.

In der Haushaltsausführungsrechnung wurde ein Betrag von 99.347,00 Euro in der Zuweisung 30.00.45.40 gebucht. Der Saldo in Höhe von 9.000,00 Euro ging zu Lasten der Zuweisung 20.00.45.40 Zahlung des Verantwortlichkeitsbeitrags - Bereich Ministerium.

- Programme 01 : Gehaltskosten im Unterrichtswesen

Die aufgrund der festgestellten Rechte in diesem Programm gebuchten Ausgaben beliefen sich in 2011 auf 75.589.785,86 Euro, eine Steigerung um 1,64% im Vergleich zum Jahr 2010 (74.368.418,58 Euro). Diese Ausgaben stellen 38,86% aller zu Lasten der Ausgabeermächtigungen gebuchten Ausgaben dar (Haushaltsfonds nicht einbegriffen).

EWK	Bezeichnung	2010	2011	Variation
11.11	Gehälter im Gemeinschaftsunterrichtswesen	25.025.912,36	25.255.132,07	0,92%
11.12	Vorstreckung der Bezüge der BVA	971.580,07	977.716,64	0,63%
11.20	Arbeitgeberlasten	4.487.192,93	4.622.204,61	3,01%
43.24	Gehaltssubvention im OSU	24.505.403,91	25.058.893,42	2,26%
44.10	Gehaltssubventionen im FSU	19.378.329,31	19.675.839,12	1,54%
	Gesamt	74.368.418,58	75.589.785,86	1,64%

(Euro)

- Programm 19 : Studienbeihilfen, Stipendien und wissenschaftliche Forschung

Die Ausgaben für Studienbeihilfen, Stipendien und wissenschaftliche Forschung beliefen sich im Jahr 2011 auf 310.997,50 Euro, gegenüber dem Jahr 2010 eine Minderung um 0,90%.

			VE 2011	Mittelbindungen	AE 2011	Rechnungen
19	12.11	Allgemeine laufende Ausgaben	5.000	2.603,18	5.000	2.603,18
	34.41	Studienbeihilfen für Schüler und Studenten	296.000	296.000,00	296.000	295.972,56
	34.42	Subventionen und Stipendien für Weiterbildungen und wissenschaftliche Aufträge im In- und Ausland	13.000	13.000,00	13.000	12.421,76
19	-	Studienbeihilfen, Stipendien und wissenschaftliche Forschung	314.000	311.603,18	314.000	310.997,50

(Euro)

- Programm 23 : Beschäftigung und Solidarwirtschaft

Im Jahr 2011 beliefen die zu Lasten der Kredite des Programms 23 "Beschäftigung und Solidarwirtschaft" gebuchten Ausgaben sich auf 8.760.914,21 Euro, im Vergleich zum Vorjahr eine Minderung um 7,51%.

Die untenstehende Tabelle zeigt die Verteilung der Kredite auf die verschiedenen Zuweisungen.

			VE 2011	Mittelbindungen	AE 2011	Rechnungen
23	01.04	Sonderbeschäftigungsprogramm	150.000	150.000,00	150.000	139.848,75
	12.11	Allgemeine laufende Ausgaben in Bezug auf die Beschäftigung	7.000	5.052,94	7.000	5.052,94
	33.02	Subventionen an Vereinigungen und privatrechtliche Einrichtungen im Zusammenhang mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	2.766.000	2.766.000,00	2.607.000	2.606.240,59
	33.04	Subventionen im Rahmen der Kompetenz Beschäftigung und Sozialökonomie	12.000	6.000,00	12.000	6.000,00
	33.07	Subventionen im Rahmen von Begleitplänen der Föderalregierung	436.000	435.999,77	395.000	384.994,45
	33.80	Subventionen zur Förderung der zwischengemeinschaftlichen und internationalen Beziehungen	2.000	0,00	2.000	0,00
	41.40	Dotation an das ADG	3.983.000	3.983.000,00	3.983.000	3.983.000,00
	43.01	Subventionen an Gemeinden und öffentliche Einrichtungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	1.828.000	1.828.000,00	1.570.000	1.566.777,48
	52.10	Subventionen für Ankauf, Bau, Umbau und Einrichtung für VoEs, die Initiativen im Bereich Umschulung und Beschäftigung von Arbeitslosen ergreifen	165.000	163.151,05	0	0,00
	61.42	Kapitaldotation an das Arbeitsamt	69.000	69.000,00	69.000	69.000,00
23 - Beschäftigung und Solidarwirtschaft			9.418.000	9.406.203,76	8.795.000	8.760.914,21

(Euro)

In der Zuweisung 30.23.01.04 « Sonderbeschäftigungsprogramm » wurden für 139.848,75 Euro Ausgaben gebucht, die sich wie folgt aufschlüsseln:

- eine Sonderdotation in Höhe von 90.000,00 Euro an das Arbeitsamt;
- eine Beihilfe in Höhe von 34.632,00 Euro an das Arbeitsamt für die Einstellung eines Jobcoaches;
- Beschäftigungsprämien in Höhe von 15.216,75 Euro an Unternehmen.

Die Ausgaben für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einerseits an privatrechtliche Einrichtungen und VoGs und andererseits an öffentlichen Einrichtungen werden in den Zuweisungen 30.23.33.02 bzw. 33.23.43.01 gebucht.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung dieser Subventionen während der letzten vier Jahre.

		2008	2009	2010	2011	Entwicklung 2011/2010
30.23.33.02	Subventionen an Vereinigungen und privatrechtliche Einrichtungen im Zusammenhang mit Arbeitsbeschaffungsmassnahmen	2.711.674,69	2.722.613,85	2.621.495,98	2.606.240,59	-0,58%
30.23.43.01	Subventionen an Gemeinden und öffentliche Einrichtungen im Zusammenhang mit Arbeitsbeschaffungsmassnahmen	1.664.225,31	1.590.957,63	1.606.892,11	1.566.777,48	-2,50%
Gesamt		4.375.900,00	4.313.571,48	4.228.388,09	4.173.018,07	-1,31%

(Euro)

- Programm 24 : Schulbauten

Im Jahr 2011 erreichen die Verpflichtungsermächtigungen einen Betrag von 108.202.363,68 Euro. Der hohe Betrag hängt mit der Festlegung in Höhe von 73.670.163,41 Euro für die Finanzierung des Anteils der Deutschsprachigen Gemeinschaft an dem PPP-Schulenprojekt der Deutschsprachigen Gemeinschaft zusammen.

Gemäß den Bestimmungen des Vertrags vom 21. Dezember 2010 (Vertrag über Planung, Finanzierung, Sanierung, teilweisen Neubau und (Teil-) Betrieb von Schulen in Eupen der Deutschsprachigen Gemeinschaft) zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der AG PPP Schulen Eupen wurde in 2011 für das PPP-Projekt eine erste Ausgabentranche in Höhe von 1.258.281,00 Euro zu Lasten der Zuweisung 30.24.72.10 « Ankauf, Bau, Umbau und Einrichtung im Gemeinschaftsunterrichtswesen » gebucht.

			VE 2011	Mittelbindungen	AE 2011	Rechnungen
24	12.11	Allgemeine laufende Ausgaben	105.000	72.113,48	75.000	71.903,97
	12.21	Allgemeine Kosten zugunsten von öffentlichen Verwaltungen und Dienststellen	2.000	281,50	2.000	281,50
	43.13	Zinssubventionen für das offiziell subventionierte Unterrichtswesen	30.000	15.050,00	20.000	15.050,00
	43.23	Zinssubventionen für alternative Finanzierungen	7.215.000	7.215.000,00	0	0,00
	44.40	Zinssubventionen für alternative Finanzierungen	4.470.000	4.470.000,00	0	0,00
	63.20	Kapitalsubventionen für alternative Finanzierungen	12.444.000	12.444.000,00	0	0,00
	63.21	Ausgaben für die Ausrüstung für das offizielle subventionierte Unterrichtswesen	6.000	5.359,92	6.000	5.359,92
	63.22	Ausgaben für die Ausstattung für das offizielle subventionierte Unterrichtswesen	90.000	89.080,51	90.000	87.476,89
	63.23	Subventionen für Ankauf, Bau, Umbau und Einrichtung im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen	402.000	400.442,22	2.396.000	2.394.925,40
	64.10	Subventionen für Ankauf, Bau, Umbau und Einrichtung im freien subventionierten Unterrichtswesen	135.000	134.572,89	205.000	204.976,00
	64.20	Ausgaben für die Ausrüstung für das freie subventionierte Unterrichtswesen	2.000	0,00	2.000	0,00
	64.21	Ausgaben für die Ausstattung für das freie subventionierte Unterrichtswesen	127.000	125.649,50	127.000	125.649,50
	64.22	Kapitalsubventionen für alternative Finanzierungen	7.388.000	7.383.000,00	0	0,00
	72.10	Ankauf, Bau, Umbau und Einrichtung im Gemeinschaftsunterrichtswesen	76.996.000	75.424.891,00	3.130.000	3.129.744,23
	74.22	Ausgaben für die Ausrüstung für das Gemeinschaftsunterrichtswesen	67.000	66.676,46	67.000	62.358,39
	74.23	Ausgaben für die Ausstattung für das Gemeinschaftsunterrichtswesen	357.000	356.246,20	342.000	339.843,50
24 – Schulbauten			109.836.000	108.202.363,68	6.462.000	6.437.569,30

(Euro)

E. Organisationsbereich 40 „Jugend, Volks- und Erwachsenenbildung, Kultur, Sport, Tourismus“

Die im Jahr 2011 zu Lasten der Kredite der Organisationsabteilung 40 gebuchten Ausgaben beliefen sich auf 17.100.524,63 Euro, im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 12,91%.

Die höchsten Steigerungen gibt es im Programm 11 « Jugend » (+ 13,70 %), im Programm 13 Kultur (+ 27,87 %), im Programm 16 « Sport » (+ 15,72 %) und im Programm 21 « Denkmal- und Landschaftsschutz, Ausgrabungen und Naturpflege » (+ 158,59 %).

Die Steigerung der Ausgaben im Programm 11 « Jugend » ist auf die Ausgaben für Subventionen an das Jugenanimationszentrum Kelmis für die Renovierung seiner Vereinslokale (182.596,10 Euro) zurückzuführen.

Im Programm 13 « Kultur » steht die Steigerung im Zusammenhang mit der Zahlung einer ersten Annuität Finanzlasten der autonomen Gemeinderegie Sankt Vith im Rahmen einer für den Aufbau des Kulturzentrums Triangel getätigten Anleihe. Die Intervention durch die Deutschsprachige Gemeinschaft in den Finanzlasten belief sich in 2011 auf 389.203,97 Euro. Davon wurden 250.932,09 Euro Zinslasten in der Zuweisung 40.13.43.23 “Zinssubventionen für alternative Finanzierung” und 138.271,88 Euro Kapitaltilgung in der Zuweisung 40.13.63.24 « Kapitalsubventionen für alternative Finanzierungen » gebucht. Darüber hinaus gingen noch 242.904,00 Euro Funktionskosten des Kulturzentrums Triangel zu Lasten der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Der Grund für die Steigerung der Ausgaben im Programm 15 « Sport » liegt in der Steigerung der Subventionen für Sportinfrastrukturen. Es handelt sich insbesondere um die Kosten für den Anbau des Kunstrasenplatzes und die Renovierung der Tribune des RFC St-Vith (258.977,61 Euro) die in der Zuweisung 40.16.52.12 gebucht worden sind und die Kosten für den Anbau des Kunstrasenplatzes der KAS Eupen (284.875,77 Euro) und die Renovierung des Fußballplatzes des SF Kettenis (61.363,67 Euro) die in der Zuweisung 40.16.63.21 gebucht worden sind.

Die Steigerung der Ausgaben im Programm 21 „Denkmal- und Landschaftsschutz, Ausgrabungen und Naturpflege“ erklärt sich hauptsächlich durch die Steigerung um mehr als 300% der Ausgaben für die Zuweisung 40.21.63.51 « Subventionen für die Restaurierung von Objekten von Kirchenfabriken im Bereich Denkmalschutz ». Diese Ausgaben 2011 beliefen sich auf 1.286.722,95 Euro und stehen hauptsächlich im Zusammenhang mit den zusätzlichen Kosten für die Renovierung des St-Joseph Kirchturms (562.988,57 Euro), mit den Arbeiten für den Turm der Kirche in Raeren (305.938,68 Euro) und mit den Kosten für die Renovierung der Kirche in Manderfeld (257.143,69 Euro).

F. Organisationsbereich 50 „Gesundheit und Soziales“

Die Ausgaben zu Lasten der Kredite des Organisationsbereiches 50 beliefen sich in 2011 auf 22.710.625,74 Euro, eine Steigerung um 4,87 % im Vergleich zum Vorjahr.

Diese Steigerung ist der Steigerung der Ausgaben um 17,12% im Programm 14 « Besondere Hilfe für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene » zuzuschreiben und bezieht sich insbesondere auf die Kosten für die Unterbringung von Jugendlichen. Ein weiterer Grund für die Steigerung liegt in der Erhöhung der Ausgaben um 13,14% im Programm 16 « Gesundheitswesen » für die Infrastruktursubventionen im St Nikolaus Hospital Eupen (968.421,24 Euro) und in der St-Joseph Klinik St-Vith (269.571,92 Euro).

G. Organisationsbereich 60 « Schatzamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft »

- Programm 60.00 – Laufende Verrichtungen des Schatzamtes
 - Finanzaufwendungen (Zuweisung 60.00.21.10)

Im Rahmen des Kassenvertrags mit der Belfius Bank (ehemalige Dexia Bank) verfügte die Deutschsprachige Gemeinschaft im Jahr 2011 über eine permanente Kreditlinie von 50 Mio. Euro⁷. Die Kreditlinie ist an die Tagesschwankungen der Einnahmen und der Ausgaben

⁷ In Anwendung der Bestimmungen des neuen Kassenvertrags ist die Kreditlinie in 2012 auf 100 Mio. Euro erhöht worden.

gekoppelt. In 2011 war der auf der Kreditlinie angewandte Debetzinssatz (Euribor 1 Woche) besonders günstig (rundherum 1%). Die in der Zuweisung 60.00.21.10 „Finanzaufwendungen“ gebuchten Ausgaben in Höhe von 50.424,63 Euro stellen die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu entrichtenden Debetzinsen auf der Kreditlinie dar.

2.3.2.2. Variable Kredite

Gemäß Artikel 56, § 2 DHO und in Abweichung des Prinzips dass die Verpflichtungsermächtigungen und die Ausgabeermächtigungen auf die im Haushaltsplan vorgesehenen Kredite beschränkt werden, können in einem Haushaltsfonds die genehmigten Mittel überschritten und Mittel gebunden sowie Ausgaben getätigt werden in Höhe der jährlichen Einnahmen zuzüglich der am Ende des Vorjahres übertragenen Saldi der Verpflichtungs- und Ausgabeermächtigungen.

In 2011 beliefen die Ausgaben der variablen Kredite sich auf 7.383.604,16 Euro, im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung um 2,57 %.

<u>Dienstleistungsfonds</u>			AE 2011	Rechnungen
20,00	11.40	Ministerium Essengutscheine	180.000,00	330.768,51
20,00	12.11	Ministerium - Allgemeine laufende Ausgaben	250.000,00	922.652,95
20,00	74.22	Ankauf von Maschinen und Mobilien	18.000,00	-
40.12	12.11	Jugend, Volks- und Erwachsenenbildung - Allgemeine laufende Ausgaben	104.000,00	29.512,69
40.12	32.10	Jugend, Volks- und Erwachsenenbildung - Subventionen für Aus- und Weiterbildung	149.000,00	79.982,64
40.12	33.10	Jugend, Volks- und Erwachsenenbildung - Subventionen an privatrechtliche Organisationen für Aus- und Weiterbildung	6.000,00	9.354,35
40.12	34.31	Jugend, Volks- und Erwachsenenbildung - Subventionen an natürliche Personen für Aus- und Weiterbildung	201.000,00	109.942,34
40.12	41.41	Jugend, Volks- und Erwachsenenbildung - Subventionen an paragemeinschaftliche Einrichtungen	3.000,00	-
40.12	74.22	Jugend, Volks- und Erwachsenenbildung - Ankauf von Material	2.000,00	-
		Gesamt	913.000,00	1.482.213,48

Fonds für Schwangere in Notsituationen

50.12	34.41	Gesundheit und Soziales - Fonds für Schwangere in Notsituationen	16.000,00	55.979,87
-------	-------	---	-----------	-----------

Entschuldungsfonds

50.12	12.11	Gesundheit und Soziales- Allgemeine laufende Ausgaben	57.000,00	130.756,88
-------	-------	--	-----------	------------

Fonds zur Förderung von audiovisuellen Werken, Klangwerken und Multimediaprodukten

40.14	33.90	Förderung der Schaffung von audiovisuellen Werken, Klangwerken und Multimediaprodukten	10.000,00	-
40.14	34.41	Förderung der Schaffung von audiovisuellen Werken, Klangwerken und Multimediaprodukten durch Privatpersonen	10.000,00	-

20.000,00

-

Amortisierungsfonds

60.11	21.10	Schatzamt - Zinsen auf Anleihen	1.475.000,00	1.474.315,15
60.11	21.50	Schatzamt - Zinsen auf alternative Finanzierung	702.000,00	694.181,64
60.11	91.10	Schatzamt - Kapitaltilgung auf Anleihen	2.601.000,00	2.599.667,08
60.11	91.50	Schatzamt - Kapitaltilgung auf alternative Finanzierung	609.000,00	608.990,06
			5.387.000,00	5.377.153,93

Beteiligungs- und Finanzierungsfonds

40.17	81.10	Bedingt rückzahlbare Prämien für Hotels und Campings	100.000,00	107.500,00
60.00	81.00	Finanzierungen und Beteiligungen in Unternehmen	150.000,00	230.000,00
			250.000,00	337.500,00

Gesamt**6.643.000,00****7.383.604,16***(Euro)*

Mit 5.377.153,93 Euro stellen die Ausgaben des Amortisierungsfonds für die Tilgung der Schulden der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen wichtigen prozentualen Anteil in den Ausgaben der variablen Kredite (73 %) dar.

Amortisierungsfonds

- Programm 60.11 : Anleihen

In diesem Programm werden die für die Finanzierung der Anleihenlasten der Deutschsprachigen Gemeinschaft nötigen Kredite vorgesehen.

Die vier Zuweisungen des Programms unterscheiden zwischen Verrichtungen für klassische Anleihen und Verrichtungen für finanzielle Leasings. Innerhalb dieser beiden Kategorien wird daraufhin unterschieden zwischen Ausgaben für Kapitaltilgungen (Zuweisungen 60.11.91.10 und 60.11.91.70) und Ausgaben für Zinslasten (Zuweisungen 60.11.21.10 und 60.11.21.50). Dieser Unterschied ist wichtig. Für die Berechnung des Bruttofinanzierungssaldos werden die in den vier vorerwähnten Zuweisungen gebuchten Ausgaben berücksichtigt. Für die Berechnung des Nettofinanzierungssaldos dagegen werden nur die Ausgaben für die Zinslasten berücksichtigt.

Des Weiteren sei darauf hingewiesen, dass diese Ausgaben zu Lasten der variablen Kredite des "Amortisierungsfonds" gebucht werden. Letzterer wird seinerseits zur Finanzierung der Anleihenlasten jährlich mit einer Summe aus der Globaldotation der Deutschsprachigen Gemeinschaft gespeist (siehe Einnahmen der Haushaltsausführungsrechnung).

In 2011 beliefen sich die Ausgaben auf 5.377.153,93 Euro, davon entfielen 3.208.657,14 Euro auf die Kapitaltilgungen⁸ und 2.168.496,79 Euro auf die Zinslasten und Bankkosten.

⁸ Einschließlich 74.368,06 Euro für den Rückkauf des Zentrums Worriken von der Französischsprachigen Gemeinschaft.

2.3.3. Haushaltsergebnis

Mit Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben in Höhe von 196.287.427,01 Euro bzw. 201.861.754,77 Euro schließt die Haushaltsausführungsrechnung der Hauptverwaltung 2011 mit einem Defizit von 5.574.327,76 Euro ab.

Nach Berücksichtigung der Ausgaben zur Finanzierung der klassischen Anleihen und der finanziellen Leasings (3.208.657,14 Euro) und des Saldos der normneutralen Verrichtungen der Klasse 8 (77.948,30 Euro), beläuft sich der zu finanzierende Nettosaldo für die Hauptverwaltung auf - 2.287.722,32 Euro.

BERICHT ÜBER DIE ZERTIFIZIERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2011

Hauptverwaltung

Gemäß Artikel 41 und 46 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft berichtet der Rechnungshof im Rahmen seiner Zertifizierungsaufgabe der allgemeinen Rechnungslegung 2011 über den Jahresabschluss 2011 der Dienste der Hauptverwaltung. Diese Zertifizierung wird dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Regierung und der betroffenen Einrichtung vorgelegt.

Der Rechnungshof hat die Kontrolle des Jahresabschlusses 2011 der o.e. Einrichtung durchgeführt. Die nachstehende Tabelle enthält die wichtigsten Angaben dieses Jahresabschlusses:

		Betrag in Euro
Allgemeine Buchhaltung	Bilanztotal	121.342.216,13
	Buchhalterisches Ergebnis	1.816.843,28
Haushaltsbuchhaltung	Gesamteinnahmen	196.287.427,01
	Gesamtausgaben (Mittelbindungen)	385.683.036,67
	Gesamtausgaben (festgestellte Rechte)	201.861.754,77
Haushaltsergebnis		-5.574.327,76
Nettofinanzierungssaldo		-2.287.722,32

Die Abschlussfassung des Jahresabschlusses 2011 der Dienste der Hauptverwaltung und die konsolidierten Ergebnisrechnungen der der Zertifizierung unterworfenen Einrichtungen ist am 22. Oktober 2012 per Brief des Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft dem Rechnungshof übermittelt worden.

Verantwortung der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die Regierung erstellt unter ihrer Verantwortung die Rechnungslegung der Gesamtheit der Einrichtungen. Die Regierung legt die Mindestvorschriften für das interne Kontrollsystem in den Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft fest, das darauf abzielt eine möglichst große Sicherheit und Risikobeherrschung zu erreichen hinsichtlich der Vorbeugung und der Feststellung von Fehlern und Übertretungen, der Verlässlichkeit und der Vollständigkeit der Buchungsangaben, der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Wirksamkeit der Verrichtungen sowie der Besitztumswahrung.

Aufgabe und Kontrollmodalitäten des Rechnungshofes

Die Aufgabe des Rechnungshofes besteht darin, auf Grundlage seiner Prüfung im Laufe des Monats Oktober seine Bemerkungen zum Jahresabschluss und eine Zertifizierung der Konten mit abschließenden Feststellungen zu übermitteln.

Der Rechnungshof hat seine Prüfung unter Beachtung der geltenden Gesetze, Dekrete und Erlasse, sowie Kontrollnormen der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) durchgeführt. Gemäß diesen Grundsätzen ist der Rechnungshof gehalten seine Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichendes Ausmaß an Sicherheit erlangt wird, dass

- die Bestimmungen des Dekretes und der Erlasse hinsichtlich der Kontenführung und der Ausstellung des Jahresabschlusses eingehalten werden;
- der Jahresabschluss frei von wesentlichen falschen Angaben ist und den Vorschriften der Rechtmäßigkeit, Wahrhaftigkeit und Zuverlässigkeit entspricht;
- die Buchhaltung regelmäßig durchgeführt ist;
- die getätigten Verrichtungen gesetzmäßig und regelmäßig durchgeführt werden.

Schlussfolgerungen des Rechnungshofes

A. Allgemeine Buchhaltung und Haushaltsbuchhaltung

Nach Ansicht des Rechnungshofes sind die sich aus seiner Prüfung ergebenden Nachweise ausreichend und angemessen um mit hinreichender Sicherheit festzustellen dass die allgemeine Rechnungslegung rechtmäßig, wahrhaftig und zuverlässig ist.

Er teilt Ihnen aber die folgenden Feststellungen mit die die Zertifizierung nicht in Frage stellen.

1°) Bewertung der Grundstücke und Gebäude

In Anwendung der im Erlass der Regierung vom 15. Juni 2011 zur Ausführung DHO erwähnten Bewertungsvorschriften müssen die Grundstücke und Gebäude anhand der durch das Finanzministerium mitgeteilten Werte jährlich Neubewertet werden (Vermögensangaben geliefert durch die Kommission für das Vermögensinventar des Staates). Die letzten Bewertungsangaben der Grundstücke und Gebäude datieren vom 1. Januar 2010, d.h. zwei Jahre vor der Erstellung der Bilanz 2011. Alle Mehrwerte oder Wertminderungen die in den Jahren 2010 und 2011 den Grundstücken und Gebäuden hätten gutgeschrieben werden können, wurden also nicht gebucht. Dies gilt auch für die Abschreibungen auf dem vorerwähnten Anlagevermögen im selben Zeitraum. Sie wurden ebenfalls nicht gebucht.

2°) Anlagenvermögen Eigentum des BRF

Aus der Analyse des durch die Katasterverwaltung mitgeteilten Inventars geht hervor, dass das Grundstück auf dem sich der Sendemast in Raeren befindet, Eigentum des BRF ist (Wert 81.325,00 Euro).

Das Gebäude vom BRF-Haus, Kehrweg 11, in Eupen, mit einem Nettowert von 5.669.819 Euro ist noch immer in den Aktiva des Ministeriums erwähnt. Aus den Angaben des Katasters geht aber hervor, dass das BRF in Bezug auf die Grundstücke der Deutschsprachigen Gemeinschaft über ein Oberflächenrecht verfügt. In dieser Hinsicht ist das Grundstück in der allgemeinen Rechnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und das Gebäude in den Rechnungen des BRF zu buchen. Jetzt ist das Gebäude sowohl in den Aktiva der Hauptverwaltung als auch in denen des BRF gebucht worden.

3°) Schulgebäude

Aufgrund des jüngsten durch das Finanzministerium mitgeteilten Inventars haben die Schulgebäude der Deutschsprachigen Gemeinschaft die in der Bilanz 2011 gebucht sind einen Nettowert von 48.181.413,00 Euro, im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 2.444.644,00 Euro.

Diese Steigerung ergibt sich aus einer durch das Finanzministerium geschätzten Werterhöhung/m² für die Schulgebäude.

Im Inventar der Schulgebäude sind die Auswirkungen des PPP-Vertrags für das Schulprojekt aber nicht mitgerechnet.

Die Unterzeichnung des PPP-Vertrags hat aus Sicht der Buchhaltung zur Folge, dass während der Vertragslaufzeit die betroffenen Schulgebäude in die Buchhaltung des Vertragspartners zu übertragen sind. Diese Übertragung in die Buchhaltung des Privatsektors muss zum Zeitpunkt der Zurverfügungstellung der Schulgebäude an den Privatpartner stattfinden.

4°) Späte Buchung der LSS-Beiträge für die Jahre 2009 und 2010

Infolge Probleme mit dem Informatiksystem hat die LSS multifunktionelle Meldung des 4. Trimesters 2009 und 2010 die Jahresendprämien nicht mitgerechnet. Diese Beträge sind nicht in den Rechnungen 2009 und 2010 gebucht worden. In 2011 sind Korrekturbuchungen in Höhe von 35.143,38 Euro bzw. 47.714,65 Euro vorgenommen worden. Die Zahlungen die daraus resultierten erfolgten ebenfalls in 2011.

5°) Übertragung von Anlagevermögen nicht via die Ergebnisrechnung der Hauptverwaltung

Die Übertragung von Anlagenvermögen an den DGG Gemeinschaftszentren mit einem Wert von 17.685.467,00 Euro wurde nicht via die Ergebnisrechnung des Ministeriums vorgenommen, sondern wurde direkt im Konto 101000 « Reinvermögen » gebucht.

6°) Buchung der allgemeinen laufenden Ausgaben der Regierung zu Lasten der Kredite des Organisationsbereiches des Ministeriums.

Immer häufiger werden die allgemeinen laufenden Ausgaben der Regierung, insbesondere die Ausgaben 2011 für die operationellen Leasings der Fahrzeuge der Regierung (zirka 75.000 Euro), zu Lasten der Zuweisung 20.00.12.11 « Allgemein laufende Ausgaben » des Ministeriums gebucht.

7°) Beitrag der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Mitglieder der Regierung an die Pensionskasse der Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft

In den Rechnungen 2010 wird innerhalb der Beitragssummen an die « Pensionskasse der Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft » nicht unterschieden zwischen einerseits dem persönlichen Beitrag des Ministers, Beitrag der von seinem Bruttogehalt abgezogen wird und im Konto 620201 « Bruttogehälter Vertragspersonal » zu buchen ist (19.374,50 Euro) und andererseits dem Beitrag der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Beitrag der im Aufwendungskonto 621100 « Arbeitgeberbeiträge » und in der übereinstimmenden budgetären Zuweisung 10.00.11.20 « Sozialabgaben Arbeitgeberanteil » zu buchen ist (216.994,54 Euro).

8°) Buchung der Gehaltsausgaben des Ministeriums gemäß der Wirtschaftsklassifikation

Die im Erlass der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten erwähnten Gehaltstabellen bestimmen die Ausgaben für die Bruttogehälter des Personals des Ministeriums. Gemäß der Wirtschaftsklassifikation SEC müssen diese Ausgaben in der Zuweisung 20.00.11.11 « Gehälter des Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft » gebucht werden.

Die Gesamtsumme der LSS-Ausgaben (2.220.283,72 Euro) wurde zu Lasten der Zuweisung 20.00.11.20 « Sozialabgaben des Arbeitgebers » gebucht. Der Arbeitnehmeranteil der Sozialabgaben (1.059.278,84 Euro) ist ein Bestandteil des Bruttogehalts und hätte folglich zu

Lasten der Zuweisung 20.00.11.11 « Gehälter des Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft » gebucht werden müssen.

9°) Gleichzeitige Buchung der Mittelbindung und der Feststellung der entsprechenden Ausgaben (Rechnungen)

Laut Artikel 24 § 6 DHO kann der Anweisungsbefugte gleichzeitig eine Mittelbindung vornehmen und die entsprechende Ausgabe feststellen nur wenn es sich um eine feste Ausgabe wie Gehalt oder Sozialabgaben handelt oder wenn die Ausgaben 5.500,00 Euro ohne MWSt. nicht überschreitet.

Aus den Prüfungen des Rechnungshofes hat es sich herausgestellt, dass die Ausgaben über 5.500 Euros ohne MWSt. über variable Kredite (Haushaltsfonds) nicht Gegenstand einer vorzeitigen Mittelbindung waren.

B. Gesetzmäßigkeit und Regelmäßigkeit

Der Rechnungshof bringt dem Parlament die folgenden Erwägungen zur Kenntnis:

1°) System der internen Kontrolle und Einrichtung eines internen Auditdienstes

In Anwendung von Artikel 44 §2 DHO, führt der Anweisungsbefugte die Organisationsstruktur sowie die internen Verwaltungs- und Kontrollsysteme und -verfahren ein.

Überdies hat die Regierung durch ihren Erlass vom 15. Juni 2011 zur Ausführung des obengenannten Dekrets festgelegt dass die Einrichtungen zum Aufbau ihrer internen Kontrolle die INTOSAI Norm 9100 „Richtlinien für die internen Kontrollnormen im öffentlichen Sektor“ verwenden müssen. Diese Norm definiert die interne Kontrolle als ein in die Arbeits- und Betriebsabläufe einer Organisation eingebetteter Prozess, der von den Führungskräften und den Mitarbeitern durchgeführt wird, um bestehende Risiken zu erfassen, zu steuern und mit ausreichender Gewähr sicherstellen zu können dass die betreffende Körperschaft im Rahmen ihrer Aufgabenstellung die folgenden allgemeinen Ziele erreicht :

- Sicherstellung ordnungsgemäßer, ethischer, wirtschaftlicher, effizienter und wirksamer Abläufe;
- Erfüllung der Rechenschaftspflicht;
- Einhaltung der Gesetze und Vorschriften;
- Sicherung der Vermögenswerte vor Verlust, Missbrauch und Schaden.

Das Kontrollumfeld bildet die erste Komponente der internen Kontrolle; es ist die Basis für das gesamte interne Kontrollsystem.

Einer der Eckpfeiler des Kontrollumfeldes ist die Organisationsstruktur. Als der jüngste Erlass der Regierung vom 19. Juli 2012 zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen wichtigen Schritt in der Einführung des Systems der internen Kontrolle bildet, ist er aber nur eine erste Stufe.

Außerdem sieht Artikel 45 des DHO die Einrichtung eines internen Auditdienstes vor, dessen Aufgabe es ist, die Funktionsweise der Haushaltsausführung und der Buchführung der Einrichtungen sowie ihres Systems der internen Kontrolle zu überwachen. Bis auf den heutigen Tag ist ein interner Auditdienst noch nicht eingesetzt worden.

2°) Berechnung der Dotationen an die Gemeinden

Die Berechnung der durch die Deutschsprachige Gemeinschaft an die Gemeinden gewährten Dotationen wird durch das Dekret vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren geregelt.

Artikel 3 § 2 Abschnitt 2 des Dekrets bestimmt dass « Bis zur definitiven Festlegung des durchschnittlichen Verbraucherindex eines Haushaltsjahres erfolgt die Anpassung der Beträge aufgrund der geschätzten Wachstumsrate des durchschnittlichen Verbraucherpreisindex des betroffenen Haushaltsjahres, wie im Wirtschaftsbudget vorgesehen, im Sinne von Artikel 108 Buchstabe g des Gesetzes vom 21. Dezember 1994 zur Festlegung sozialer und sonstiger Bestimmungen ».

Diesbezüglich teilt das Institut für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (ICN) zweimal pro Jahr im Wirtschaftsbudget seine Wirtschaftsprognosen mit ; die erste Mitteilung der Parameter im September dient zur Erstellung der ursprünglichen Haushalte des nächsten Haushaltsjahres und die zweite Mitteilung generell Anfang Februar dient als Basis zur Ausführung der Haushaltskontrolle am Ende des ersten Trimesters und zur gegebenenfalls nötigen Haushaltsanpassung.

Im Gegensatz zu den Prinzipien die zur Berechnung der durch den Föderalstaat und die Wallonische Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft eingezahlten Dotationen gelten, ist aber die Gesamtsumme der an die Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft eingezahlten Dotation 2011 nach der Mitteilung im Monat Februar 2011 der aktualisierten Wirtschaftsparameter (definitive durchschnittliche Inflation 2010 und aktualisierte Inflation 2011) durch das ICN nicht angepasst worden.

Rücksicht nehmend auf diese Erwägungen macht der Rechnungshof keine Aussage über die Gesetzmäßigkeit der Verrichtungen.

Brüssel, den 31. Oktober 2012

Im Auftrag:

Der Rechnungshof:

Jozef Van Ingelgem
Hauptkanzler

Jozef Beckers
Ratsmitglied

3. KAPITEL 3 - DIENSTE MIT GETRENNTER GESCHÄFTSFÜHRUNG

3.1. DgG Gemeinschaftszentren

Das Programmdekret vom 3. Februar 2003 zur Abänderung des Dekretes vom 20. Dezember 1999 hat den DGG « Gemeinschaftszentren » unter seiner heutigen Bezeichnung gegründet.

Der Dienst umfasst die Tätigkeiten des :

- ehemaligen Sport-, Freizeit- und Touristikzentrums Worriken
- ehemaligen Kultur- und Begegnungszentrums Burg-Reuland
- Zentrums « Heidbergkloster, Haus Ternell und Weser Talsperre ».

Gemäß Artikel 7 des Dekretes vom 20. Dezember 1999 sind die „Gemeinschaftszentren“ ein Dienst mit getrennter Geschäftsführung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Gemäß Artikel 41 des Dekretes vom 25. Mai 2009 ist der Rechnungshof beauftragt seine Bemerkungen zur Rechnungslegung sowie die Zertifizierung der Konten dem Parlament zu übermitteln.

Das Bilanztotal beläuft sich auf 24.022.338,14 Euro. Die Ergebnisrechnung schließt mit einem Gewinn von 2.811.786,00 Euro ab. In der Rechnung der Haushaltsausführung belaufen sich die Einnahmen auf 4.379.211,48 Euro und die Ausgaben auf 4.659.798,02 Euro. Daraus ergibt sich ein Haushaltsdefizit von 280.586,54 Euro.

Grund für dieses Defizits liegt teilweise bei einem zweiten zinslosen Darlehen in Höhe von 200.000 Euro⁹ das der VoG Haus Ternell gewährt wurde. Die VoG hat von diesem Darlehen 40.000 Euro zurückbezahlt, so dass jetzt noch eine Schuld von 410.000 Euro aussteht. Diese Ausgaben und Einnahmen werden für die Berechnung des Bruttofinanzierungssaldos berücksichtigt. Für die Berechnung des Nettofinanzierungssaldos und die Einhaltung der Norm (des hohen Finanzrates) dagegen werden sie nicht berücksichtigt. Der Nettofinanzierungssaldo gemäß dieser Norm beläuft sich auf -120.586,54 Euro.

Dadurch, dass das zentrale Schatzamt des Ministeriums dem DGG Gemeinschaftszentren einen Schatzamtavorschuss in Höhe von 1.000.000 Euro überwiesen hat, konnte der DGG auf die Aufnahme eines Bankkredites verzichten und haben sich die Finanzerträge um rund 6.000 Euro erhöht.

⁹ Ein erstes Darlehen in Höhe von 300.000 Euro und wovon 50.000 Euro zurückbezahlt wurde, wurde bereits im Oktober 2010 gewährt.

3.1.1. Bilanz

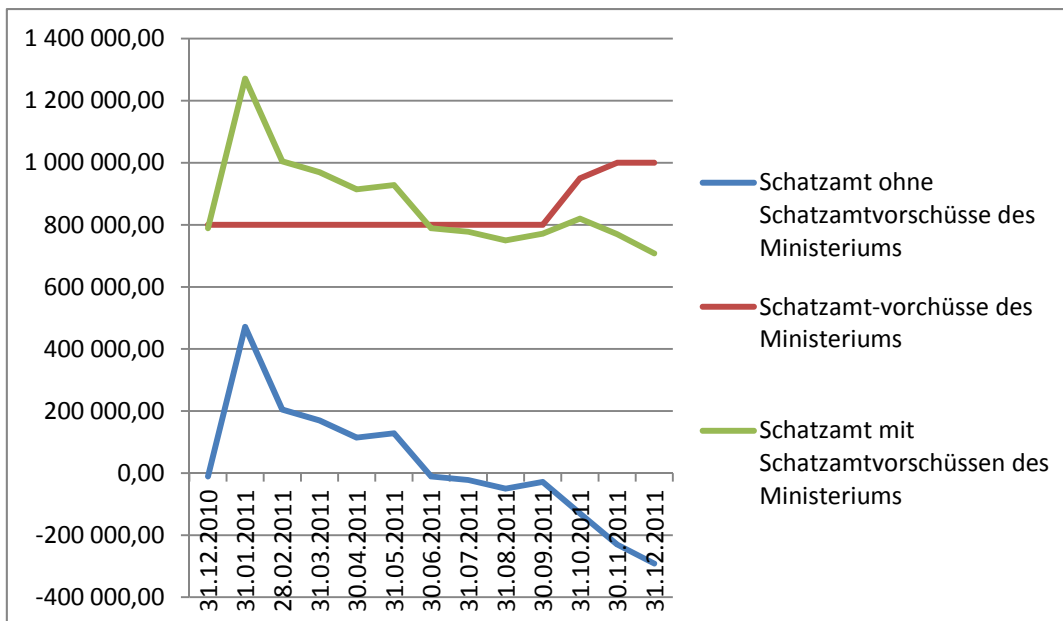
Tabelle 2 – Bilanz des DgG Gemeinschaftszentren

Aktiva	2010	2011	2010-2011	
Anlagevermögen	2.869.786,02	24.028.288,60	21.158.502,58	737,29%
Immaterielle Anlagen	19.550,50	48.630,97	29.080,47	148,75%
- Abschreibungen	-16.241,81	-24.210,74	-7.968,93	49,06%
Gelände und Gebäude	2.110.697,05	22.751.908,34	20.641.211,29	977,93%
- Abschreibungen	7.736,29	0,00	-7.736,29	-100,00%
Anlagen, Maschinen & Betriebsausstattung	51.016,93	84.016,00	32.999,07	64,68%
- Abschreibungen	-38.549,63	-62.863,19	-24.313,56	63,07%
Einrichtungsgegenstände und Fahrzeuge	629.347,02	869.550,10	240.203,08	38,17%
- Abschreibungen	-143.770,33	-387.283,72	-243.513,39	169,38%
Anlage im Bau	0,00	388.540,84	388.540,84	
Rückzahlbare Darlehen von Dritten	250.000,00	360.000,00	110.000,00	44,00%
Umlaufvermögen	281.591,37	-5.950,46	-177.541,83	-102,11%
Vorräte und AIA	24.932,20	26.144,04	1.211,84	4,86%
Kunden	267.670,25	209.588,23	-58.082,02	21,70%
Sonstige Forderungen	0,00	50.000,00	50.000,00	
Geldanlagen	667.419,22	622.667,54	-44.751,68	-6,71%
Flüssige Mittel	-678.430,30	-914.350,27	-235.919,97	-34,77%
Summe Aktiva	3.151.377,39	24.022.338,14	20.870.960,75	662,28%
Passiva	2010	2011	2010-2011	
Reinvermögen	2.620.999,38	23.538.857,55	20.917.858,17	798,09%
Kapital	-312.617,36	17.692.257,95	18.004.875,31	-5.759,40%
Rücklage	79.984,00		-79.984,00	-100,00%
Übertragenes Ergebnis	239.498,72	2.811.786,00	2.572.287,28	1074,03%
Kapitalsubventionen	2.614.134,02	3.034.813,60	420.679,58	16,09%
Verbindlichkeiten	530.378,01	483.480,59	-46.897,42	-8,84%
Handelsschulden	232.436,25	138.580,91	-93.855,34	-40,38%
Steuern, Vergütung und Sozialversicherung	235.011,91	276.544,08	41.532,17	17,67%
Sonstige Verbindlichkeiten	63.004,26	64.592,86	1.588,60	2,52%
Abgrenzungskonten	-74,41	3.762,74	3.837,15	-5.156,77%
Summe Passiva	3.151.377,39	24.022.338,14	20.870.960,75	662,28%

(Euro)

Die Erhöhung der Anlagenvermögen ergibt sich hauptsächlich aus der Übertragung in die Konten des DgG Gemeinschaftszentren von Geländen und Gebäuden die zuvor in den Konten der Hauptverwaltung gebucht waren. Am 1. Januar 2011 belief sich der Wert der übertragenen Anlagen auf 17.685.467 Euro, 16.136.834 Euro für Gebäude und 1.548.633 Euro für Gelände. Als Gegenbuchung wurde dieser Betrag in das Reinvermögen aufgenommen.

3.1.1.1. Schatzamt



In den Aktiva ist für die finanziellen Konten ein negativer Wert von 291.682,73 Euro gebucht worden. Infolge einer Neueinstufung des durch das Ministerium gewährten Schatzamtvorschusses in den Passiva ergab sich in den Aktiva für die finanziellen Konten ein positiver Saldo von 708.317,27 Euro wovon 622.667,54 Euro auf einem Terminkonto angelegt wurde.

Die obenstehende Graphik zeigt dass die kurzfristige Liquidität, ohne Schatzamtvorschüsse des Ministeriums, nicht ganz sichergestellt ist.

3.1.2. Gewinn- und Verlustrechnung

Tabelle 2 – Gewinn- und Verlustrechnung

Aufwendungen	2010	2011	2010-2011	
Handelswaren, Roh- und Hilfsstoffe	553.658,51	581.858,10	28.199,59	5,09%
Dienstleistungen und andere Lieferungen	1.011.916,86	1.092.175,98	80.259,12	7,93%
Vergütung, Sozialversicherungskosten und Renten	2.093.814,67	2.247.539,07	153.724,40	7,34%
Abschreibungen	93.959,16	105.353,10	11.393,94	12,13%
Sonstige operative Aufwendungen	32.173,71	23.475,51	-8.698,20	-27,04%
Finanzaufwendungen	3.042,24	3.386,71	344,47	11,32%
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	17.337,16	17.337,16	
Erträge	2010	2011	2010-2011	
Umsatz	3.343.162,09	3.284.552,78	-58.609,31	-1,75%
Eigenleistung an Immobilien	10.195,75	19.719,73	9.523,98	93,41%
Sonstige operative Erträge	455.870,96	478.452,22	22.581,26	4,95%
Finanzergebnis	4.714,77	129.807,68	125.092,91	2653,21%
Außerordentliche Erträge	37.293,22	2.970.379,22	2.933.086,00	7864,93%
Ergebnis	62.671,64	2.811.786,00	2.749.114,36	4386,54%

(Euro)

In 2011 beliefen die Personalkosten sich auf etwa 2.247.500 Euro, im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 7,3%.

Die Personalkosten beziehen sich hauptsächlich auf das Vertragspersonal. Die Gehälter des Direktors und des statutarischen Personals gehen zu Lasten des Haushaltes des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Steigerung der Personalkosten in 2011 ergibt sich aus

- einem doppelten Indexsprung
- der Anwendung der jährlichen und zweijährlichen Gehaltstabellen
- die Eintragung in das Personalregister von drei Mitarbeitern des Naturzentrum Ternell VoG – Centre Régional d'initiation à l'environnement (CRIE)¹⁰.

Die außergewöhnlichen Erträge beliefen sich auf 2.970.379,22 Euro und stehen mit den auf den Anlagenvermögen festgestellten Mehrwerten im Zusammenhang. Die Mehrwerte erfolgten anhand der durch das Finanzministerium mitgeteilten Werte in Höhe von 2.948.008 Euro. Das außergewöhnliche Ergebnis außer Betracht gelassen, belief sich das operationelle und finanzielle Ergebnis des DGG Gemeinschaftszentren auf -141.256,06 Euro.

¹⁰ Die vom DGG ausgezahlten Gehälter werden von der VoG Haus Ternell rückerstattet. Die VoG selber wird für ihre Funktionskosten von der Wallonischen Region bezuschusst.

3.1.3. Rechnung der Haushaltsausführung

Tabelle 3 – Rechnung der Haushaltsausführung

Einnahmen		Kredit	Erh. allg. EN
10.00	Besucherzentrum allgemein	1.000	225,00
10.01	Besucherzentrum Konzessionär	18.000	13.267,91
20.00	Worriken allgemein	570.000	580.367,67
20.01	Sportinfrastruktur	312.000	356.748,64
20.02	Sportpädagogik	1.972.000	1.861.071,93
20.03	Tourismusinfrastruktur allgemein	1.026.000	989.790,95
30.00	Kulturzentrum allgemein	1.000	0,00
30.01	Internat	343.000	354.275,60
40.00	Ternell allgemein	226.000	223.463,78
Total		4.469.000	4.379.211,48

Ausgaben	VE	MB	AE	Re
10 Besucherzentrum	65.000	61.535,94	65.000	61.535,94
10.00 Besucherzentrum allgemein	13.000	12.810,55	13.000	12.810,55
10.01 Besucherzentrum Konzessionär	52.000	48.725,39	52.000	48.725,39
20 Worriken	3.888.000	3.676.245,92	3.888.000	3.676.245,92
20.00 Worriken allgemein	187.000	177.699,82	187.000	177.699,82
20.01 Sportinfrastruktur	401.000	385.644,78	401.000	385.644,78
20.02 Sportpädagogik	2.125.000	2.098.808,10	2.125.000	2.098.808,10
20.03 Tourismusinfrastruktur allgemein	1.175.000	1.014.093,22	1.175.000	1.014.093,22
30 Kulturzentrum	388.000	376.468,80	388.000	376.468,80
30.00 Kulturzentrum allgemein	0,00	0,00	0,00	0,00
30.01 Internat	388.000	376.468,80	388.000	376.468,80
40 Ternell	636.000	545.547,36	636.000	545.547,36
40.00 Ternell allgemein	636.000	545.547,36	636.000	545.547,36
Total	4.977.000	4.659.798,02	4.977.000	4.659.798,02

(Euro)

Seitdem der Haushalt des DGG in 2010 in das SAP-System aufgenommen wurde, ist er völlig neustrukturiert worden.

Der Haushalt des DGG ist durch vier Organisationsbereiche des Haushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft betroffen :

- OB 10 Besucherzentrum Talsperre Eupen;
- OB 20 Worriken;
- OB 30 Kulturzentrum Burg Reuland;
- OB 40 Ternell

3.1.3.1. Einnahmen

Die Einnahmen beliefen sich auf 4.379.211,48 Euro, gegenüber dem Vorjahr eine Minderung um 1,32%.

OB 10 Besucherzentrum Talsperre Eupen

Seit dem Konzessionsübertrag des Restaurants umfassen die Einnahmen hauptsächlich die vom Konzessionär des Restaurants eingezahlten Mietgelder. In 2011 beliefen die Einnahmen

des Besucherzentrums Talsperre sich auf 13.492,91 Euro, eine Minderung um 81,76% im Vergleich zum Jahr 2010.

Diese erhebliche Minderung steht im Zusammenhang mit einer Steuerkontrolle beim Konzessionär Express Food PGmbH. Infolge dieser Kontrolle ist der Konzessionär zu der Zahlung eines Steuervorabzugs von 15% auf den an den DGG Gemeinschaftszentren bezahlten Mietgeldern für die Jahren 2007 bis 2011 aufgefordert worden. Der Konzessionär hatte unterlassen den auf die Mietgelder entfallenden Steuervorabzug in Höhe von 10.762,50 Euro abzuziehen. Die Steuerbehörden haben diesen Betrag um die Verzugszinsen in Höhe von 1.097,20 Euro erhöht.

Der DGG Gemeinschaftszentren hat beschlossen die Steuerberichtigung in Höhe von 11.859,70 Euro zu seinen Lasten zu nehmen. Dem Konzessionär wurde diesbezüglich eine Kreditnote übermittelt.

OB 20 Worriken

Im Programm 20.01 Worikken allgemein werden insbesondere die Einnahmen aus der Kapitaldotation der Deutschsprachigen Gemeinschaft gebucht. In 2011 belief sich diese Dotation auf 570.000 Euro.

Im Programm 20.02 Sportinfrastruktur werden die Einnahmen aus der Miete der Infrastruktur, insbesondere der Räumlichkeiten gebucht. Im Jahr 2011 stiegen genau diese Einnahmen um 7,27% an.

Die Einnahmen aus der Organisation von Sportpraktika und touristischen Infrastrukturen dagegen sind niedriger im Vergleich zum Vorjahr.

OB 30 Kulturzentrum Burg Reuland

Die Gemeinde Burg Reuland hat die Primarschule die sich im Zentrum befindet, übernommen. Als Beteiligung an den Kosten der vom Zentrum organisierten Schulkantine zahlt die Gemeinde während 10 Monate jeweils 4.400 Euro.

Die Einnahmen aus dem Internat beliefen sich auf zirka 310.000 Euro, gegenüber 2010 eine Steigerung um 16,57%.

OB 40 Ternell

Die gebuchten Einnahmen müssen parallel zu den Ausgaben gesehen werden die getätigt wurden um der VoG Naturzentrum Ternell – Centre Régional d'initiation à l'environnement (CRIE) Beistand zu leisten.

Sie stimmen genau mit den wiedergewonnenen Gehaltsausgaben in Höhe von 183.463,78 Euro überein, Gehaltsausgaben die der DGG Gemeinschaftszentren für die VoG Ternell getätigt hat, sowie mit einer Einnahme von 40.000 Euro die eine teilweise Rückzahlung in 2011 eines der VoG Ternell gewährten Darlehens in Höhe von 500.000 Euro darstellt.

3.1.3.2. Ausgaben

Die Haushaltsausgaben 2011 beliefen sich auf 4.659.798,02 Euro, eine Steigerung um etwa 4,67% gegenüber 2010.

OB 10 Besucherzentrum Talsperre Eupen

Im Programm 10.00 und im Programm 10.01 werden die allgemeinen Ausgaben bzw. die Ausgaben des Konzessionärs des Zentrums (Express Food PGmbH) gebucht.

Die Steigerung der Ausgaben ist auf die Reparaturkosten für das Dach des Restaurants der Talsperre Eupen zurückzuführen. Ein Sturm hatte in 2011 das Dach beschädigt.

OB 20 Worriken

Die Tätigkeiten des Zentrums Worikken werden künftighin auf 4 Programme verteilt :

- Worriken allgemein ;
- Worriken Sportinfrastruktur ;
- Worriken Sportpädagogik ;
- Worriken Touristikinfrastruktur ;

Die Ausgaben 2011 des Zentrums beliefen sich auf à 3.676.245,92 Euro, eine Steigerung um 0,88% gegenüber 2010.

OB 30 Kulturzentrum Burg Reuland

Die Tätigkeiten des Zentrums Burg Reuland werden künftighin auf 2 Programme verteilt :

- Kulturzentrum allgemein
- Internat.

Die Ausgaben 2011 beliefen sich auf 376.468,80 Euro, eine Steigerung um 14,24% gegenüber 2010.

OB 40 Ternell

Es handelt sich hier nicht um Ausgaben eines Gemeinschaftszentrums in striktem Sinne, sondern um Ausgaben die getätigt wurden um der VoG Naturzentrum Ternell – Centre Régional d'initiation à l'environnement (CRIE) aktiv Beistand zu leisten in den Bereichen Umwelt und Touristik. Die VoG war in den letzten Jahren in finanzielle Probleme geraten. Die VoG erhält im Rahmen ihrer Aufgabe « Umwelt » Beihilfen von der Wallonischen Region.

Die Ausgaben beliefen sich in 2011 auf 545.547,36 Euro :

- 200.000 Euro zinsloses Darlehen;
- 183.463,78 Euro Gehaltsausgaben;
- und 161.265,37 Euro Investitionsausgaben.

BERICHT ÜBER DIE ZERTIFIZIERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2011

Dienst mit getrennter Geschäftsführung „Gemeinschaftszentren“

Gemäß Artikel 41 und 46 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft berichtet der Rechnungshof im Rahmen seiner Zertifizierungsaufgabe der allgemeinen Rechnungslegung 2011 über den Jahresabschluss 2011 des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung „Gemeinschaftszentren“. Diese Zertifizierung wird dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Regierung und der betroffenen Einrichtung vorgelegt.

Der Rechnungshof hat die Kontrolle des Jahresabschlusses 2011 der o. e. Einrichtung durchgeführt. Die nachstehende Tabelle enthält die wichtigsten Angaben dieses Jahresabschlusses:

		Betrag in Euro
Allgemeine Buchhaltung	Bilanztotal	24.022.338,14
	Buchhalterisches Ergebnis	2.811.786,00
Haushaltsbuchhaltung	Gesamteinnahmen	4.379.211,48
	Gesamtausgaben (Mittelbindungen)	4.659.798,02
	Gesamtausgaben (festgestellte Rechte)	4.659.798,02
Haushaltsergebnis		-280.586,54
Nettofinanzierungssaldo		-120.586,54

Der Jahresabschluss ist am 31. Mai 2012 per Brief des Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft dem Rechnungshof übermittelt worden.

Verantwortung des Verwaltungsgremiums

Das Verwaltungsgremium erstellt unter seiner Verantwortung den Jahresabschluss. Das Verwaltungsgremium beachtet die von der Regierung für das interne Kontrollsystem festgelegten Mindestvorschriften, das darauf abzielt eine möglichst große Sicherheit und Risikobeherrschung zu erreichen hinsichtlich der Vorbeugung und der Feststellung von Fehlern und Übertretungen, der Verlässlichkeit und der Vollständigkeit der Buchungsangaben, der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Wirksamkeit der Einrichtungen sowie der Besitzumwahrung.

Aufgabe und Kontrollmodalitäten des Rechnungshofes

Die Aufgabe des Rechnungshofes besteht darin, auf Grundlage seiner Prüfung, im Laufe des Monats Oktober, seine Bemerkungen zum Jahresabschluss und eine Zertifizierung der Konten mit abschließenden Feststellungen zu übermitteln.

Der Rechnungshof hat seine Prüfung unter Beachtung der geltenden Gesetze, Dekrete und Erlasse, sowie Kontrollnormen der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) durchgeführt. Gemäß diesen Grundsätzen ist der Rechnungshof gehalten seine Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichendes Ausmaß an Sicherheit erlangt wird, dass

- die Bestimmungen des Dekretes und der Erlasse hinsichtlich der Kontenführung und der Ausstellung des Jahresabschlusses eingehalten werden;
- der Jahresabschluss frei von wesentlichen falschen Angaben ist und den Vorschriften der Rechtmäßigkeit, Wahrhaftigkeit und Zuverlässigkeit entspricht;
- die Buchhaltung regelmäßig durchgeführt ist;
- die getätigten Verrichtungen gesetzmäßig und regelmäßig durchgeführt werden.

Die Kontrolle der Dienste mit autonomer Geschäftsführung wurde vorgenommen in Anbetracht deren besonderen Eigenschaften und auch dessen, dass sie über keine eigene Rechtspersönlichkeit verfügen sondern ein integrierter Teil des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind. Deshalb wurde im Vergleich zu den autonomen Einrichtungen die Wesentlichkeitsschwelle auf einem bedeutend höheren Niveau festgelegt.

Schlussfolgerungen des Rechnungshofes

Nach Ansicht des Rechnungshofes sind die sich aus seiner Prüfung ergebenden Nachweise ausreichend und angemessen um mit hinreichender Sicherheit festzustellen dass die allgemeine Rechnungslegung rechtmäßig, wahrhaftig und zuverlässig ist.

Er teilt Ihnen aber die folgenden Feststellungen mit die die Zertifizierung nicht in Frage stellen.

1°) In Anwendung der im Erlass der Regierung vom 15. Juni 2011 zur Ausführung DHO erwähnten Bewertungsvorschriften müssen die Grundstücke und Gebäude anhand der durch das Finanzministerium mitgeteilten Werte jährlich Neubewertet werden (Vermögensangaben geliefert durch die Kommission für das Vermögensinventar des Staates). Die letzten Bewertungsangaben der Grundstücke und Gebäude datieren vom 1. Januar 2010, d.h. zwei Jahre vor der Erstellung der Bilanz 2011.

2°) Ende 2011 waren 4 Fahrzeuge, die anhand eines finanziellen Leasings mit einem Anschaffungswert von 71.730 Euro angeschafft wurden, im Besitz des DGG. Davon wurden 56.647,70 Euro nicht in den Haushaltsausgaben gebucht. Eine ergänzende Investitionsausgabe in Höhe von 56.647,70 Euro hätte dafür gebucht werden müssen. Übrigens hätten die Fahrzeuge in den Aktiva der Bilanz für 71.730 Euro gebucht und gemäß den Regeln des Erlasses vom 15. Juni 2011 abgeschrieben werden müssen.

3°) Der Rechnungshof hat eine Prüfung der Anfang 2012 eingetragenen Rechnungen vorgenommen. Daraus ist hervorgegangen, dass zwei Rechnungen mit Datum 16. Dezember 2011 und für einen Gesamtbetrag von 165.374,06 Euro die im Zusammenhang stehen mit Renovierungsarbeiten im Heidbergkloster aus wirtschaftlicher und budgetärer Sicht in den Rechnungen 2011 hätten gebucht werden müssen anstatt in den Rechnungen 2012.

4°) In Anwendung von Artikel 85 DHO eröffnet der DgG für die Buchung der Rücklage die aus der Verwendung des Ergebnisses resultiert in seiner Buchhaltung ein Konto. Der Höchstbetrag der Rücklage wird durch Dekret festgesetzt. Der Dienst mit autonomer Geschäftsführung legt den Betrag der Rücklage jährlich im Rahmen der oben erwähnten Höchstgrenze fest. Der Beschluss zur Festlegung des Betrages wird der Regierung zur Billigung vorgelegt. Der Rechnungshof lenkt die Aufmerksamkeit auf das Fehlen einer Bestimmung die den Höchstbetrag dieser Rücklage in den Dekreten der Deutschsprachigen Gemeinschaft festsetzt.

5°) Den Bestimmungen des Artikels 24, § 6, DHO entgegen wurden die Ausgaben ohne vorherige Mittelbindung festgestellt. Der Anweisungsbefugte kann nur in den folgenden Fällen gleichzeitig eine Mittelbindung vornehmen und die entsprechende Ausgabe

feststellen: (1) wenn es sich um eine feste Ausgabe wie Gehalt oder Sozialabgaben handelt, (2) wenn die Ausgabe einen Betrag, der von der Regierung festgelegt wird, nicht überschreitet. Artikel 13 des Erlasses der Regierung vom 15. Juni 2011 zur Ausführung des DHO hat diesen Betrag auf 5.500 Euro ohne Mehrwertsteuer festgelegt.

Brüssel, den 31. Oktober 2012

Im Auftrag:

Der Rechnungshof:

Jozef Van Ingelgem
Hauptkanzler

Jozef Beckers
Ratsmitglied

3.2. DgG Medienzentrum

Gemäß Artikel 24 des Dekretes vom 7. Januar 2001 ist das „Medienzentrum“ ein Dienst mit getrennter Geschäftsführung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Gemäß Artikel 41 des Dekretes vom 25. Mai 2009 ist der Rechnungshof beauftragt seine Bemerkungen zur Rechnungslegung sowie die Zertifizierung der Konten dem Parlament zu übermitteln.

Das Bilanztotal beläuft sich auf 551.506,35 Euro. Die Ergebnisrechnung schließt mit einem Verlust von 13.392,17 Euro ab. In der Rechnung der Haushaltsausführung belaufen sich die Einnahmen auf 358.553,56 Euro und die Ausgaben auf 352.690,07 Euro. Daraus ergibt sich ein Haushaltsüberschuss von 5.863,49 Euro.

3.2.1. Bilanz

Tabelle 2 – Bilanz des DgG Medienzentrum

Aktiva	2010	2011	2010-2011	
Anlagevermögen	336.895,54	317.714,88	-19.180,66	-5,69%
Umlaufvermögen	228.747,97	233.791,47	5.043,50	2,20%
Forderungen innerhalb eines Jahres	36.843,04	5.793,69	-31.049,35	-84,27%
Flüssige Mittel	191.904,93	227.997,78	36.092,85	18,81%
Summe Aktiva	565.643,51	551.506,35	-14.137,16	-2,50%
Passiva	2010	2011	2010-2011	
Reinvermögen	548.087,58	534.673,11	-13.414,47	-2,45%
Verbindlichkeiten	17.555,93	16.833,24	-722,69	-4,12%
Verbindlichkeiten innerhalb eines Jahres	17.555,93	16.833,24	-722,69	-4,12%
- Lieferanten	8.542,30	7.169,61	-1.372,69	-16,07%
- Drittpersonen	9.013,63	9.663,63	650,00	7,21%
Summe Passiva	565.643,51	551.506,35	-14.137,16	-2,50%

(Euro)

Das Bilanztotal 2010 (565.643,51 Euro) das zum Zwecke des Vergleichs in die Bilanz 2011 aufgenommen worden ist, liegt 0,81 Euro unter dem zertifizierten Bilanztotal 2010 (565.644,32 Euro). Beim Eintragen der Bilanzangaben 2010 in das SAP-System sind von diesem System Abrundungen vorgenommen worden. Die Differenz in Höhe von 0,81 Euro ist auf diese Abrundungen zurückzuführen.

Der DGG Medienzentrum erstellt nicht zum 31. Dezember ein physisches Inventar der materiellen Anlagen (Bücher, CDs, DVDs, Material ...). Die Ausleihen von Büchern (CDs, DVDs...) sind jedoch völlig informatisiert, so dass jeden Tag ein vollständiges Inventar dieser Bestandteile erstellt werden kann. Die Materialausleihen (Tonanlagen, Bühnenelemente, Kameras ...) dahingegen werden manuell vorgenommen. Diese Ausleihen gibt es weniger häufig, so dass auch hier jeden Tag den Stand der Aktiva gekannt ist.

Gemäß den Vorschriften des Buchhaltungsplans gibt es differenzierte Abschreibungsprozentsätze.

Die Senkung des Anlagevermögens 2011 im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus dem Verkauf eines Gabelstaplers und der Tatsache dass in 2011 die Summe der Abschreibungen größer war als die Summe der Neuanschaffungen.

Die Senkung des Reinvermögens 2011 im Passiva im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus der Buchung des Verlustvortrags aus 2010 in Höhe von 9.199,78 Euro.

3.2.2. Gewinn- und Verlustrechnung

Tabelle 2 – Gewinn- und Verlustrechnung

Aufwendungen	2010	2011	2010-2011
Handelswaren, Roh- und Hilfsstoffe		41.068,30	
Dienstleistungen und andere Lieferungen		239.275,02	
Vergütung, Sozialversicherungskosten und Renten		2.946,54	
Abschreibungen		76.354,19	
Sonstige operative Aufwendungen		6.565,30	
Finanzaufwendungen		1,92	
Außerordentliche Aufwendungen		5.234,46	
Erträge	2010	2011	2010-2011
Umsatz		98.118,02	
Sonstige operative Erträge		258.887,54	
Außerordentliche Erträge		1.048,00	
Ergebnis		-13.392,17	

(Euro)

3.2.3. Rechnung der Haushaltsausführung

Tabelle 3 – Rechnung der Haushaltsausführung

Einnahmen	Kredit		Erh. allg. EN	
10.00 Allgemein		66.000		56.183,35
20.00 Allgemein		230.000		230.000,00
20.01 Bibliothek		28.000		29.294,71
20.02 Mediathek		35.000		37.941,43
20.04 Multimediawerkstatt		3.000		1.560,00
30.00 Allgemein		33.000		3.547,07
Total		395.000		358.553,56
Ausgaben	VE	MB	AE	Re
10 Materialausleihe	49.000	48.766,19	49.000	48.766,19
10.00 Allgemein	49.000	48.766,19	49.000	48.766,19
20 Service	275.000	246.379,03	275.000	246.379,03
20.00 Allgemein	156.000	136.405,80	156.000	136.405,80
20.01 Bibliothek	40.000	41.779,79	40.000	41.779,79
20.02 Mediathek	31.000	30.610,12	31.000	30.610,12
20.03 Ludothek	4.000	3.943,20	4.000	3.943,20
20.04 Multimediawerkstatt	7.000	2.868,91	7.000	2.868,91
20.05 Medienagentur	18.000	12.174,75	18.000	12.174,75
20.06 Animation	13.000	12.721,57	13.000	12.721,57
20.07 Dokumentation	6.000	5.874,89	6.000	5.874,89
30 Projekte/Partnerschaften	26.000	19.548,41	26.000	19.548,41
30.00 Allgemein	26.000	19.548,41	26.000	19.548,41
40 MediaDG	45.000	37.996,44	45.000	37.996,44
40.00 Allgemein	45.000	37.996,44	45.000	37.996,44
Total	395.000	352.690,07	395.000	352.690,07

(Euro)

3.2.3.1. Einnahmen

Die Einnahmen 2011 des DGG Medienzentrum belaufen sich auf 358.553,56 Euro, im Vergleich zum Vorjahr eine Senkung um zirka 7 %. Die höheren Einnahmen 2010 sind aber auf die Überweisung einer Kapitaldotations in Höhe von 48.600 Euro zurückzuführen.

Die wichtigsten Einnahmequellen 2011 sind die Verkäufe und Dienstleistungen im Inland sowie die Funktionsdotations.

3.2.3.2. Ausgaben

Die Ausgaben 2011 belaufen sich auf 352.690,07 Euro, im Vergleich zum Vorjahr eine Senkung um 13,38 %. Im Jahr 2011 lagen die allgemeinen laufenden Ausgaben und die Ausgaben für Vermögensankäufe bedeutend unter dem Niveau des Jahres 2010, - 10,37% bzw. - 24,48 %.

Mit Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 352.690,07 Euro hat der DGG Medienzentrum die durch das Parlament verabschiedete maximale Höhe der Gesamtsumme der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 395.000 Euro nicht überschritten. Auch die Ausgabenermächtigungen 2011 wurden nicht überschritten.

4. DADURCH, DASS DIE SENKUNG DER AUSGABEN STÄRKER WAR ALS DIESE DER EINNAHMEN, SCHLIEßT DAS HAUSHALTSJAHR 2011 MIT EINEM ÜBERSCHUSS VON 5.863,49 EURO AB.

BERICHT ÜBER DIE ZERTIFIZIERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2011

Dienst mit getrennter Geschäftsführung „Medienzentrum“

Gemäß Artikel 41 und 46 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft berichtet der Rechnungshof im Rahmen seiner Zertifizierungsaufgabe der allgemeinen Rechnungslegung 2011 über den Jahresabschluss 2011 des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung „Medienzentrum“. Diese Zertifizierung wird dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Regierung und der betroffenen Einrichtung vorgelegt.

Der Rechnungshof hat die Kontrolle des Jahresabschlusses 2011 der o. e. Einrichtung durchgeführt. Die nachstehende Tabelle enthält die wichtigsten Angaben dieses Jahresabschlusses:

		Betrag in Euro
Allgemeine Buchhaltung	Bilanztotal	551.506,35
	Buchhalterisches Ergebnis	-13.392,17
Haushaltsbuchhaltung	Gesamteinnahmen	358.553,56
	Gesamtausgaben (Mittelbindungen)	352.690,07
	Gesamtausgaben (festgestellte Rechte)	352.690,07
Haushaltsergebnis		5.863,49
Nettofinanzierungssaldo		5.863,49

Der Jahresabschluss ist am 31. Mai 2012 per Brief des Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft dem Rechnungshof übermittelt worden.

Verantwortung des Verwaltungsgremiums

Das Verwaltungsgremium erstellt unter seiner Verantwortung den Jahresabschluss. Das Verwaltungsgremium beachtet die von der Regierung für das interne Kontrollsystem festgelegten Mindestvorschriften, das darauf abzielt eine möglichst große Sicherheit und Risikobeherrschung zu erreichen hinsichtlich der Vorbeugung und der Feststellung von Fehlern und Übertretungen, der Verlässlichkeit und der Vollständigkeit der Buchungsangaben, der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Wirksamkeit der Einrichtungen sowie der Besitzumwahrung.

Aufgabe und Kontrollmodalitäten des Rechnungshofes

Die Aufgabe des Rechnungshofes besteht darin, auf Grundlage seiner Prüfung, im Laufe des Monats Oktober, seine Bemerkungen zum Jahresabschluss und eine Zertifizierung der Konten mit abschließenden Feststellungen zu übermitteln.

Der Rechnungshof hat seine Prüfung unter Beachtung der geltenden Gesetze, Dekrete und Erlasse, sowie Kontrollnormen der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) durchgeführt. Gemäß diesen Grundsätzen ist der Rechnungshof gehalten seine Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichendes Ausmaß an Sicherheit erlangt wird, dass

- die Bestimmungen des Dekretes und der Erlasse hinsichtlich der Kontenführung und der Ausstellung des Jahresabschlusses eingehalten werden;
- der Jahresabschluss frei von wesentlichen falschen Angaben ist und den Vorschriften der Rechtmäßigkeit, Wahrhaftigkeit und Zuverlässigkeit entspricht;
- die Buchhaltung regelmäßig durchgeführt ist;
- die getätigten Verrichtungen gesetzmäßig und regelmäßig durchgeführt werden.

Die Kontrolle der Dienste mit autonomer Geschäftsführung wurde vorgenommen in Anbetracht deren besonderen Eigenschaften und auch dessen, dass sie über keine eigene Rechtspersönlichkeit verfügen sondern ein integrierter Teil des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind. Deshalb wurde im Vergleich zu den autonomen Einrichtungen die Wesentlichkeitsschwelle auf einem bedeutend höheren Niveau festgelegt.

Schlussfolgerungen des Rechnungshofes

Nach Ansicht des Rechnungshofes sind die sich aus seiner Prüfung ergebenden Nachweise ausreichend und angemessen um mit hinreichender Sicherheit festzustellen dass die allgemeine Rechnungslegung rechtmäßig, wahrhaftig und zuverlässig ist.

Er teilt Ihnen aber die folgenden Feststellungen mit die die Zertifizierung nicht in Frage stellen.

1°) Anrechnung einer Rückerstattung

Die Rückerstattung am 24. Januar 2012 eines im Rahmen des EU-Projektes Creative Drive am 21. September 2011 irrtümlicherweise erhaltenen Betrags von 3.766,31 Euro ist auf das Haushaltsjahr 2011 anzurechnen.

2°) Rücklage

Den Bestimmungen des Artikels 85 DHO entgegen hat der DGG Medienzentrum für die Buchung der Rücklage die aus der Verwendung des Ergebnisses resultiert in seiner Buchhaltung kein Konto eröffnet. Der DGG Medienzentrum hat innerhalb des durch das Dekret festgesetzten Höchstbetrages jährlich den Betrag der Rücklage festzulegen und den Beschluss zur Festlegung dieses Betrages der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Billigung vorzulegen.

3°) Aufgaben der Finanzakteure

Nach Feststellung einer Forderung erteilt der Anweisungsbefugte dem Rechnungspflichtigen eine Einziehungsanordnung (Artikel 24, §8, DHO). Es ist Aufgabe des Rechnungspflichtigen die Ordnungsmäßigkeit der Einziehung der festgestellten Forderungen zu gewährleisten (Artikel 25 DHO). Beanstandete Forderungen werden durch den Anweisungsbefugten teilweise oder vollständig annulliert oder bestätigt. Er teilt seine Entscheidungen dem Rechnungspflichtigen mit der die notwendigen Eintragungen in der allgemeinen Buchhaltung und in der Haushaltsbuchhaltung vornimmt (Artikel 48 DHO).

Brüssel, den 31. Oktober 2012

Im Auftrag:

Jozef Van Ingelgem

Hauptkanzler

Der Rechnungshof:

Jozef Beckers

Ratsmitglied

4.1. Dienste mit autonomer Geschäftsführung im Unterrichtswesen

Gemäß Artikel 41 und 46 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft berichtet der Rechnungshof im Rahmen seiner Zertifizierungsaufgabe der allgemeinen Rechnungslegung 2011 über die Jahresabschlüsse 2011 der Dienste mit autonomer Geschäftsführung im Unterrichtswesen. Diese Zertifizierung wird dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Regierung und der betroffenen Einrichtung vorgelegt.

Die nachstehende Tabelle enthält die wichtigsten Angaben dieser Jahresabschlüsse:

Die Gesamtausgaben der Dienste mit autonomer Geschäftsführung im Unterrichtswesen beliefen sich auf 3.696.371,31 Euro.

Tabelle 1 – Récapitulatif

Schule	Bilanztotal	Buchhalterisches Ergebnis	Einnahmen	Ausgaben	Haushaltsergebnis
CFA	205.689,96	-64.940,13	534.525,47	584.458,93	-49.933,46
KAE	279.446,94	-28.984,64	725.818,13	701.996,77	23.821,36
KAS	135.137,86	-5.316,39	538.449,61	528.544,17	9.905,44
PMS-Z	54.241,38		105.007,46	159.405,18	-57.032,90
RSI	454.604,24	-33.325,69	805.873,82	837.709,26	-31.835,44
ZfP	453.947,17	-62.415,55	857.658,61	881.621,82	-23.963,21
	1.583.067,55	-194.982,40	3.567.333,10	3.693.736,13	-129.038,21

(Euro)

BERICHT ÜBER DIE ZERTIFIZIERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2011

Dienste mit autonomer Geschäftsführung im Unterrichtswesen

Gemäß Artikel 41 und 46 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft berichtet der Rechnungshof im Rahmen seiner Zertifizierungsaufgabe der allgemeinen Rechnungslegung 2011 über die Jahresabschlüsse 2011 der Dienste mit autonomer Geschäftsführung im Unterrichtswesen. Diese Zertifizierung wird dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Regierung und der betroffenen Einrichtung vorgelegt.

Der Rechnungshof hat die Kontrolle des Jahresabschlusses 2011 der o.e. Einrichtungen durchgeführt. Die nachstehende Tabelle enthält die wichtigsten Angaben dieser Jahresabschlüsse:

Cesar Franck Athenäum		Betrag in Euro
Allgemeine Buchhaltung	Bilanztotal	205.689,96
	Buchhalterisches Ergebnis	-64.940,13
Haushaltsbuchhaltung	Gesamteinnahmen	534.525,47
	Gesamtausgaben (Mittelbindungen)	584.458,93
	Gesamtausgaben (festgestellte Rechte)	584.458,93
Haushaltsergebnis		-49.933,46
Nettofinanzierungssaldo		-49.933,46
Königliches Athenäum Eupen		Betrag in Euro
Allgemeine Buchhaltung	Bilanztotal	279.446,94
	Buchhalterisches Ergebnis	-28.984,64
Haushaltsbuchhaltung	Gesamteinnahmen	725.818,13
	Gesamtausgaben (Mittelbindungen)	701.996,77
	Gesamtausgaben (festgestellte Rechte)	701.996,77
Haushaltsergebnis		23.821,36
Nettofinanzierungssaldo		23.821,36
Königliches Athenäum Sankt-Vith		Betrag in Euro
Allgemeine Buchhaltung	Bilanztotal	135.137,86
	Buchhalterisches Ergebnis	-5.316,39
Haushaltsbuchhaltung	Gesamteinnahmen	538.449,61
	Gesamtausgaben (Mittelbindungen)	528.544,17
	Gesamtausgaben (festgestellte Rechte)	528.544,17
Haushaltsergebnis		9.905,44
Nettofinanzierungssaldo		9.905,44
PMS Zentrum		Betrag in Euro
Allgemeine Buchhaltung	Bilanztotal	54.241,38
	Buchhalterisches Ergebnis	
Haushaltsbuchhaltung	Gesamteinnahmen	105.007,46
	Gesamtausgaben (Mittelbindungen)	
	Gesamtausgaben (festgestellte Rechte)	159.405,18
Haushaltsergebnis		-54.397,72
Nettofinanzierungssaldo		-54.397,72

Robert Schuman Institut		Betrag in Euro
Allgemeine Buchhaltung	Bilanztotal	454.604,24
	Buchhalterisches Ergebnis	-33.325,69
Haushaltsbuchhaltung	Gesamteinnahmen	805.873,82
	Gesamtausgaben (Mittelbindungen)	837.709,26
	Gesamtausgaben (festgestellte Rechte)	837.709,26
Haushaltsergebnis		-31.835,44
Nettofinanzierungssaldo		-31.835,44
Zentrum für Förderpädagogik		Betrag in Euro
Allgemeine Buchhaltung	Bilanztotal	453.947,17
	Buchhalterisches Ergebnis	-62.415,55
Haushaltsbuchhaltung	Gesamteinnahmen	857.658,61
	Gesamtausgaben (Mittelbindungen)	881.621,82
	Gesamtausgaben (festgestellte Rechte)	881.621,82
Haushaltsergebnis		-23.963,21
Nettofinanzierungssaldo		-23.963,21

Der Jahresabschluss ist am 31. Mai 2012 per Brief des Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft dem Rechnungshof übermittelt worden.

Verantwortung des Verwaltungsgremiums

Das Verwaltungsgremium erstellt unter seiner Verantwortung den Jahresabschluss. Das Verwaltungsgremium beachtet die von der Regierung für das interne Kontrollsystem festgelegten Mindestvorschriften, das darauf abzielt eine möglichst große Sicherheit und Risikobeherrschung zu erreichen hinsichtlich der Vorbeugung und der Feststellung von Fehlern und Übertretungen, der Verlässlichkeit und der Vollständigkeit der Buchungsangaben, der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Wirksamkeit der Einrichtungen sowie der Besitzumwahrung.

Aufgabe und Kontrollmodalitäten des Rechnungshofes

Die Aufgabe des Rechnungshofes besteht darin, auf Grundlage seiner Prüfung, im Laufe des Monats Oktober, seine Bemerkungen zum Jahresabschluss und eine Zertifizierung der Konten mit abschließenden Feststellungen zu übermitteln.

Der Rechnungshof hat seine Prüfung unter Beachtung der geltenden Gesetze, Dekrete und Erlasse, sowie Kontrollnormen der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) durchgeführt. Gemäß diesen Grundsätzen ist der Rechnungshof gehalten seine Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichendes Ausmaß an Sicherheit erlangt wird, dass

- die Bestimmungen des Dekretes und der Erlasse hinsichtlich der Kontenführung und der Ausstellung des Jahresabschlusses eingehalten werden;
- der Jahresabschluss frei von wesentlichen falschen Angaben ist und den Vorschriften der Rechtmäßigkeit, Wahrhaftigkeit und Zuverlässigkeit entspricht;
- die Buchhaltung regelmäßig durchgeführt ist;
- die getätigten Einrichtungen gesetzmäßig und regelmäßig durchgeführt werden.

Die Kontrolle der Dienste mit autonomer Geschäftsführung wurde vorgenommen in Anbetracht deren besonderen Eigenschaften und auch dessen, dass sie über keine eigene

Rechtspersönlichkeit verfügen sondern ein integrierter Teil des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind. Deshalb wurde im Vergleich zu den autonomen Einrichtungen die Wesentlichkeitsschwelle auf einem bedeutend höheren Niveau festgelegt.

Schlussfolgerungen des Rechnungshofes

Nach Ansicht des Rechnungshofes sind die sich aus seiner Prüfung ergebenden Nachweise ausreichend und angemessen um mit hinreichender Sicherheit festzustellen dass die allgemeine Rechnungslegung rechtmäßig, wahrhaftig und zuverlässig ist.

Er teilt Ihnen aber die folgenden Feststellungen mit die die Zertifizierung nicht in Frage stellen.

Cesar Franck Athenäum, Königliches Athenäum Eupen, Königliches Athenäum Sankt Vith, PMS Zentrum, Robert Schuman Institut, Zentrum für Förderpädagogik

Den Bestimmungen des Artikels 24, § 6, DHO entgegen wurden die Ausgaben ohne vorherige Mittelbindung festgestellt. Der Anweisungsbefugte kann nur in den folgenden Fällen gleichzeitig eine Mittelbindung vornehmen und die entsprechende Ausgabe feststellen: (1) wenn es sich um eine feste Ausgabe wie Gehalt oder Sozialabgaben handelt, (2) wenn die Ausgabe einen Betrag, der von der Regierung festgelegt wird, nicht überschreitet. Artikel 13 des Erlasses der Regierung vom 15. Juni 2011 zur Ausführung des DHO hat diesen Betrag auf 5.500 Euro ohne Mehrwertsteuer festgelegt.

In Anwendung von Artikel 85 DHO eröffnet der DAG für die Buchung der Rücklage die aus der Verwendung des Ergebnisses resultiert in seiner Buchhaltung ein Konto. Der Höchstbetrag der Rücklage wird durch Dekret festgesetzt. Der Dienst mit autonomer Geschäftsführung legt den Betrag der Rücklage jährlich im Rahmen der oben erwähnten Höchstgrenze fest. Der Beschluss zur Festlegung des Betrages wird der Regierung zur Billigung vorgelegt.

Insofern als der Königliche Erlass vom 29. Dezember 1984 über die Dienste mit getrennter Geschäftsführung im Gemeinschaftsunterrichtswesen durch den Erlass der Regierung vom 15. Juni 2011 aufgehoben wurde, lenkt der Rechnungshof die Aufmerksamkeit auf das Fehlen einer Bestimmung die den Höchstbetrag dieser Rücklage in den Dekreten der Deutschsprachigen Gemeinschaft festsetzt.

Cesar Franck Athenäum, Königliches Athenäum Eupen, Königliches Athenäum Sankt Vith, PMS Zentrum, Zentrum für Förderpädagogik

Die vorerwähnten Dienste haben die Verpflichtungsermächtigungen überschritten die ihnen das Parlament in Anwendung von Artikel 9 des Dekretes vom 9. Dezember 2010 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2011 gewährt hat.

Schule	VE	Mittelbindungen	Überschreitung
CFA	580.000	584.458,93	4.458,93
KAE	677.000	701.996,77	24.996,77
KAS	528.000	528.544,17	544,17
PMS-Z	102.250	162.040,36	59.790,36
ZfP	832.000	881.621,82	49.621,82

(Euro)

PMS Zentrum

Die Ergebnisrechnung ist nicht erstellt worden. Folglich kann der Rechnungshof nicht beglaubigen, dass die Ergebnisrechnung exhaustiv ist und ein getreues Bild liefert.

Brüssel, den 31. Oktober 2012

Im Auftrag:**Der Rechnungshof:**

Jozef Van Ingelgem
Hauptkanzler

Jozef Beckers
Ratsmitglied

5. KAPITEL 4 – EINRICHTUNGEN ÖFFENTLICHEN INTERESSES

5.1. Belgisches Rundfunk- und Fernsehzentrum

Das BRF wurde durch das Gesetz vom 18. Februar 1977 zur Festlegung gewisser Bestimmungen über den öffentlichen Rundfunk- und Fernsehdienst gegründet. Das Gründungsgesetz wurde durch das Dekret vom 27. Juni 1986 vervollständigt. Gemäß Artikel 1 des Gründungsdekrets versorgt das BRF einen öffentlichen Rundfunk- und Fernsehdienst in deutscher Sprache.

Gemäß Artikel 1 dieses Dekretes ist das BRF eine Einrichtung öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Gemäß Artikel 41 des Dekretes vom 25. Mai 2009 ist der Rechnungshof beauftragt seine Bemerkungen zur Rechnungslegung sowie die Zertifizierung der Konten dem Parlament zu übermitteln.

In 2011 belief sich das Bilanztotal auf 3.109.713,19 Euro und die Ergebnisrechnung schließt mit einem Verlust von 284.914,33 Euro ab. Die Einnahmen und Ausgaben der Rechnung der Haushaltsausführung belaufen sich auf 6.445.150,64 Euro bzw. 6.767.252,11 Euro, was in einem Nettohaushaltsdefizit von -322.101,47 Euro resultierte.

5.1.1. Bilanz

Tabelle 1 – Bilanz des BRF

Aktiva	2010	2011	2010-2011	
Anlagevermögen	1.655.513,65	1.644.130,70	-11.382,95	-0,69%
Gelände und Gebäude	3.447.728,64	3.448.928,75	1.200,11	0,03%
- Abschreibungen	-2.684.984,44	-2.854.222,12	-169.237,68	-6,30%
Anlagen, Maschinen & Betriebsausstattung	5.774.859,85	5.619.422,17	-155.437,68	-2,69%
- Abschreibungen	-4.996.572,90	-4.654.798,56	341.774,34	-6,84%
Einrichtungsgegenstände und Fahrzeuge	1.178.358,55	1.163.793,81	-14.564,74	-1,24%
- Abschreibungen	-1.064.462,32	-1.079.579,62	-15.117,30	1,42%
Finanzanlagen	586,27	586,27	0,00	0,00%
Umlaufvermögen	1.836.418,41	1.465.582,49	-370.835,92	-20,19%
Forderungen innerhalb eines Jahres	370.714,00	282.375,23	-99.488,43	-26,84%
Geldanlagen	583.038,84	777.585,07	194.546,23	33,37%
Flüssige Mittel	709.807,44	228.449,66	-481.357,78	-67,82%
Abgrenzungskonten	172.858,13	160.823,27	-12.034,86	-6,96%
Summe Aktiva	3.491.932,06	3.109.713,19	-382.218,87	-10,95%
Passiva	2010	2011	2010-2011	
Eigenkapital	2.858.253,84	2.518.547,72	355.041,70	-12,42%
Rücklagen	998.362,90	713.448,57	-284.914,33	-30,07%
Kapitalsubsidien	1.515.726,19	1.643.544,43	127.818,24	8,43%
Anschaffungen auf Eigenkapital	139.201,19	0,00	-139.201,19	-100,00%
Rückstellung Bonitage	204.963,56	161.554,72	43.408,84	-21,18%
Verbindlichkeiten	633.678,22	591.165,47	-42.512,75	-6,71%
Handelsschulden	312.480,64	240.188,47	-72.292,17	-23,13%
Zu erhaltende Rechnungen	117.293,00	0,00	-117.293,00	-100,00%
Steuern		158.115,29	158.115,29	100,00%
Vergütung und Sozialversicherung	203.904,58	188.358,90	-15.545,68	-7,62%
Abgrenzungskonten	0	4.502,81	4.502,81	100,00%
Summe Passiva	3.491.932,06	3.109.713,19	-382.218,87	-10,95%

(Euro)

5.1.2. Gewinn- und Verlustrechnung

Tabelle 2 – Gewinn- und Verlustrechnung

Aufwendungen	2010	2011	2010-2011	
Dienstleistungen und andere Lieferungen	1.236.735,91	1.426.134,33	189.398,42	15,31%
Vergütung, Sozialversicherungskosten und Renten	4.750.253,50	4.736.040,75	-14.212,75	-0,30%
Abschreibungen	417.819,70	504.381,13	86.561,43	20,72%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	728,92	70.953,44	70.224,52	9634,05%
Finanzaufwendungen	4.362,74	3.938,27	-424,47	-9,73%
Erträge	2010	2011	2010-2011	
Umsatz	670.930,56	701.874,95	30.944,39	4,61%
Sonstige betriebliche Erträge	5.024.097,88	5.168.449,19	144.351,31	2,87%
* Deren Funktionsdotations	4.693.000,00	4.818.000,00	125.000,00	2,66%
Finanzerträge	447.877,83	522.606,41	74.728,58	16,69%
Außerordentliche Erträge	88.227,64	63.603,04	24.624,60	-27,91%

Total	-178.766,86	-284.914,33	-106.147,47	59,38%
--------------	--------------------	--------------------	--------------------	---------------

(Euro)

5.1.3. Rechnung der Haushaltsausführung

Tabelle 3 – Rechnung der Haushaltsausführung

Einnahmen		Kredit	Erh. Allg. EN		
01 Belgischer Rundfunk		6.469.425	6.445.150,64		
Total		6.469.425	6.445.150,64		
Ausgaben		VE	MB	AE	Re
01.10 Verwaltung allgemein		5.923.335	5.962.975,82	5.923.335	5.962.975,82
01.20 Öffentlichkeitsarbeit		137.200	148.390,58	137.200	148.390,58
01.30 Technik		708.890	655.885,71	708.890	655.885,71
Total		6.769.425	6.767.252,11	6.769.425	6.767.252,11

(Euro)

5.1.3.1. Einnahmen

Die Einnahmen 2011 beliefen sich auf zirka 6.445 Tausend Euro, eine Steigerung um 1,33% im Vergleich zu 2010.

Dotation der Aufsichtsbehörden

Tabelle 4 – Dotation der Aufsichtsbehörden

Aufsichtsbehörden	2010	2011	2010-2011	
Funktionsdotation	4.770.000,00	4.818.000,00	48.000,00	1,01%
Kapitaldotation	600.000,00	600.000,00	0,00	0,00%
Total	5.370.000,00	5.418.000,00	48.000,00	0,89%

(Euro)

Die Beteiligung der Gemeinschaft setzt sich zusammen aus, einerseits einer ordentlichen Funktionsdotation in Höhe von 4.818.000 Euro (eine Steigerung um 1,01% im Vergleich zum Vorjahr), und andererseits einer außerordentlichen Investitionsdotation von 600.000 Euro (unverändert im Vergleich zum Vorjahr) die ausdrücklich zwecks Finanzierung von gemäß einem im Voraus aufgestellten Investitionsplan festgestellten Investitionsausgaben überwiesen wurde.

Um Schatzamtsprobleme zu vermeiden, wird seit 2003 sowohl die außerordentliche Investitionsdotation als auch die ordentliche Dotation in Zwölfteilen ausgezahlt.

Andere Subsidien

Tabelle 5 – Andere Subsidien

Andere Subsidien	2010	2011	2010-2011	
Provinz Lüttich	75.000,00	75.000,00	0,00	0,00%
Total	75.000,00	75.000,00	0,00	0,00%

(Euro)

Das BRF erhält ebenfalls von Seiten der Provinz Lüttich eine jährliche Subvention von 75.000 Euro.

Eigeneinnahmen

Tableau 5 – Eigeneinnahmen

Eigeneinnahmen	2010	2011	2010-2011	
Umsatz	670.930,56	701.874,95	30.944,39	4,61%
Andere Betriebseinnahmen	179.097,88	211.856,21	32.758,33	18,29%
Finanzerträge	19.113,32	16.549,63	-2.563,69	-13,41%
Außerordentliche Erträge	46.494,45	21.869,85	-24.624,60	-52,96%
Total	915.636,21	952.150,64	36.514,43	3,99%

(Euro)

Umsatz

• Werbung

Laut Vertrag vom 19. März 2004 wird ab dem 1. Juli 2004 die Vermarktung der Werbesendezeit beim BRF (mit Ausnahme von Sponsoring) exklusiv der GmbH Mediaconcept vorbehalten. Der Vertrag kann gemäß den Vertragsmodalitäten um drei Jahre verlängert werden.

2011 kennzeichnet sich durch kontrastierte Ergebnisse. Die Bruttowerbeeinnahmen in Höhe von 774.443,94 Euro steigen um 11,54% im Vergleich zum Vorjahr. Da ab dem 1. Januar 2011 die Berechnungsmodalitäten der an Mediaconcept GmbH stornierte Kommission geändert werden, beläuft sich der Betrag der Kommission 2011 auf 278.798,59 Euro (+21,40%). Infolgedessen sind die Nettowerbeeinnahmen in Höhe von 495.645,35 Euro nur um 6,67% gestiegen.

Zum Schluss stellt der neue Courtageschlüssel eine einfachere Berechnungsmethode dar; er zeigt sich aber ungünstig für das BRF. Im Vergleich mit dem ursprünglichen Vertrag ist die Kommission nach oben revidiert worden, was in 2011 ein Gewinnausfall für das BRF von etwa 37.000 Euro darstellt.

• Sponsoring

Neben den Werbeeinnahmen werden gewisse Programme von den Partnern gesponsort, vorausgesetzt dass deren Namen erwähnt werden. Die Einnahmen aus diesem Sponsoring, die außerhalb der der GmbH Mediaconcept gewährten Exklusivität fallen, haben um 14,90% auf 142.043,79 Euro zugenommen.

• Produktion

Die Einnahmen aus Funk- und Fernsehproduktionen beliefen sich auf 29.022,47 Euro, gegenüber dem Jahr 2010 eine Minderung um 33,85%.

Andere Betriebseinnahmen

Die anderen Betriebseinnahmen beliefen sich auf 211.856,21 Euro, eine Zunahme um 18,29% im Vergleich zum Vorjahr. Diese Zunahme ist insbesondere die Folge einer Einnahme von 45.000 Euro von Seiten der Stiftung König Baudouin die die Kosten der Sendung "Also Ehrlich" getragen hat. A contrario ist von Seiten der RUFA Rundfunk-Agenturdienste GmbH für die teilweise Übernahme der Gehaltskosten eines BRF-Mitarbeiters im Brüsseler Studio durch die Rundfunk Agentur Dienste GmbH in Berlin im Jahr 2011 keine Einnahme mehr eingegangen (2010 beliefen sich diese Einnahme noch auf zirka 27.000 Euro).

Die Mieteinnahmen 2011 von Regiomedien AG belaufen sich auf 88.523,40 Euro und setzen sich folgenderweise zusammen:

- Mieteinnahmen für die Räumlichkeiten für einen Betrag von 60.613,41 Euro;
- zusätzliche Dienstleistungen (Unterhalt der Studios und des Materials) für einen Betrag von 27.909,99 Euro.

Aufgrund der Tagesdienstleistungen der Techniker beziehen sich im Durchschnitt 20% aller Leistungen auf Verrichtungen und Unterhaltsarbeiten für die Privatfunkgesellschaft. Daraus kann man schließen, dass im Durchschnitt ein Vollzeittechniker für den Unterhalt der Anlagen der Privatfunkgesellschaft eingesetzt wird. Aus den Berechnungen des Rechnungshofes geht hervor, dass aufgrund der Gehaltstabelle eines Ersten Technikers Funk-Fernsehen (C10) mit einem finanziellen Dienstalder von 10 Jahren der jährliche Kostpreis für dessen Einsatz bei der Privatfunkgesellschaft sich auf 51.152,55 EUR beläuft, was ein Gewinnausfall von zirka 25.000 Euro darstellt.

Finanzerträge

Besonders dank der Anlage von Liquiditäten konnte das BRF in 2011 Finanzerträge verbuchen in Höhe von 16.549,63 Euro.

Außerordentliche Erträge

Die Rechnung 2011 weist außerordentliche Einnahmen von rund 20.000 Euro aus der Annullierung einer alten Schuld auf.

5.1.3.2. Ausgaben

2011 beliefen die Ausgaben des BRF sich auf 6.767.252,11 Euro, im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 2,53%.

Die neue Haushaltsstruktur unterscheidet zwischen Ausgaben zu Lasten der Programme Verwaltung allgemein, Öffentlichkeitsarbeit und Technik.

Personalausgaben

Tabelle 6 – Personalausgaben

Personalausgaben	2009	2010	2011	2010-2011
Funktionsdotation	4.934.000,00	4.770.000,00	4.818.000,00	1,01%
Personalausgaben	4.946.902,00	4.988.722,09	5.083.104,83	1,89%
- davon für internes Personal		4.762.631,18	4.733.263,75	-0,62%
- davon für Interimpersonal		4.739,70	22.589,48	376,60%
- davon für freie Mitarbeiter		235.310,30	327.251,60	39,07%
Personalkosten/Funktionsdotation	100,26%	104,59%	105,50%	

(Euro)

Deckung der Personalkosten

Aus der oben stehenden Tabelle geht hervor, dass die Lohnmasse 2011 um 1,89% angestiegen ist. Weil die ordentliche Funktionsdotation seitens der Deutschsprachigen Gemeinschaft nur um 1,01% angestiegen ist, hat das Verhältnis Personalausgaben/Funktionsdotation den Wert von 105% überschritten. Folglich deckt die Funktionsdotation nicht mehr die Personalkosten des BRF ab.

Pensionskasse

Innerhalb der Personalkosten sei zu vermerken, dass die dem statutarischen Personal ausgezahlten Bruttogehälter (2.279.596,86 Euro) um 6,33% gesunken sind während die dem Vertragspersonal ausgezahlten Bruttogehälter (1.179.138,20 Euro) um 11,97% angestiegen sind.

Um die Auszahlung der Pensionen des statutarisches Personals in Zukunft sicherzustellen, belief sich der Arbeitgeberbeitrag zugunsten der Pensionskasse¹¹ in 2011 auf 433.402,23 Euro, d.h. eine Minderung um 1,20% im Vergleich zum Jahr davor¹². Der Arbeitnehmerbeitrag belief sich auf 154.785,61 Euro. Die beiden Beiträge 2011 für die Pensionskasse beliefen sich also insgesamt auf 588.187,84 Euro.

Die Prognosen im Finanzbericht von Ethias 2010 sahen für die Pensionskasse für das Jahr 2011 eine Speisung von 639.722 Euro vor. Die Speisung der Pensionskasse lag im Jahr 2011 aber 51.584 Euro unter den vom Verwalter der Pensionskasse gemachten Schätzungen. Aufgrund der Schätzungen von Ethias 2010 würde die Pensionskasse ab 2034 leer sein.

Der Rechnungshof weist darauf hin, dass infolge des Abkommens vom 26. Oktober 2010 zwischen dem Verwaltungsrat des BRF und den Gewerkschaften des BRF die Lage schlimmer geworden ist. Das Abkommen lautet: „Alle statutarisch ernannten Personalmitglieder, die am 1. Januar 2011 das Alter von 60 Jahren erreichen werden, sind aufgerufen, sich am ersten Tag des Monats nach ihrem 60. Geburtstag in den Ruhestand versetzen zu lassen. Der Verwaltungsrat des BRF genehmigt allen Personalmitgliedern, die diesem Aufruf folgen, die Berechnung der Pension, als habe das Personalmitglied seinen Dienst mit seinem letzten Aktivgehalt fortgeführt bis zu seinem 65. Geburtstag.“

Gemäß Programmdekret vom 27. April 2009 verbürgte die Regierung sich im Sinne des Artikels 138 des Gesetzes vom 27. Oktober 2006 über die Kontrolle der Einrichtungen der beruflichen Altersversorgung für die Erfüllung der Verpflichtungen, die sich hinsichtlich der Bildung der gesetzlichen Pensionen aus der Altersversorgungsregelung des BRF ergeben.

Interimpersonal

Die Ausgaben für Interimpersonal beliefen sich auf 22.589,48 Euro, eine Steigerung um 376,60% gegenüber dem Vorjahr.

Freie Mitarbeiter

Die Personalausgaben für die Leistungen der freien Mitarbeiter belaufen sich in 2011 auf 327.2512,60 Euro, im Vergleich zum Jahr davor eine Steigerung um 39,07%.

Die Steigerung hängt hauptsächlich damit zusammen, dass für die Produktion der Fernsehsendungen freie Mitarbeiter in Anspruch genommen werden. Insbesondere zu

¹¹ Der garantierte Mindestzinssatz (technischer Zinssatz) der Pensionskasse wurde für das Jahr 2011 von 3,13% auf 3,10% herabgesetzt. In 2008 belief der Zinssatz sich noch auf 3,75%

¹² Am 22. November 2009 beschloss der Verwaltungsrat den Arbeitgeberbeitrag zugunsten der Pensionskasse des statutarischen Personals jährlich um 1 % zu erhöhen (Beitrag berechnet auf Basis der Gehaltsmasse). Der Beschluss des Verwaltungsrates findet Anwendung solange er nicht aufgehoben wird und innerhalb der budgetären Grenzen des BRF. In 2011 belief sich dieser Beitrag auf 21 %. Die anderen Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft die dem Pool der paragegemeinschaftlichen Einrichtungen angehören haben in 2011 einen Pensionsbeitrag von 31,5 % bezahlt

erwähnen sind hier die Produktionskosten verschiedener Fernsehsendungen und die Kosten von unabhängigen Kamerateams für Beträge von etwa 75.000 Euro und 80.000 Euro.

Sonstige Funktionsausgaben

Weil die Funktionsausgaben starker angestiegen sind als die Eigeneinnahmen, übersteigt die Deckungsrate Funktionskosten/Eigeneinnahmen weiterhin den Grenzwert von 100%.

Tableau 7 – Funktionsausgaben

Funktionsausgaben	2009	2010	2011	2010-2011
Eigeneinnahmen (+ Subsidien Provinz Lüttich)	1.169.185,88	990.636,21	1.027.150,64	3,69%
Funktionsausgaben (ohne Lohnausgaben)	1.017.479,00	1.001.777,57	1.147.740,26	14,57%
Funktionskosten/Eigeneinnahmen	87,02%	101,12%	111,74%	

(Euro)

Investitionsausgaben

Die Investitionsausgaben 2011 beliefen sich auf 536.407,02 Euro, gegenüber dem Vorjahr eine Minderung um 10,57%. Sie umfassen einerseits kleine Investitionen (insgesamt 3.567,01 Euro) und andererseits höhere Investitionsausgaben (532.840,01 Euro) gemäß dem Investitionsplan. Diese höheren Investitionsausgaben werden mit der Kapitaldotations (600.000 Euro) finanziert.

BERICHT ÜBER DIE ZERTIFIZIERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2011

Belgisches Rundfunk- und Fernsehzentrum

Gemäß Artikel 41 und 46 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft berichtet der Rechnungshof im Rahmen seiner Zertifizierungsaufgabe der allgemeinen Rechnungslegung 2011 über den Jahresabschluss 2011 des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums (BRF). Diese Zertifizierung wird dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Regierung und der betroffenen Einrichtung vorgelegt.

Der Rechnungshof hat die Kontrolle des Jahresabschlusses 2011 der o.e. Einrichtung durchgeführt. Die nachstehende Tabelle enthält die wichtigsten Angaben dieses Jahresabschlusses:

		Betrag in Euro
Allgemeine Buchhaltung	Bilanztotal	3.109.713,19
	Buchhalterisches Ergebnis	-284.914,33
Haushaltsbuchhaltung	Gesamteinnahmen	6.445.150,64
	Gesamtausgaben (Mittelbindungen)	6.767.252,11
	Gesamtausgaben (festgestellte Rechte)	6.767.252,11
Haushaltsergebnis		-322.101,47
Nettofinanzierungssaldo		-322.101,47

Der Jahresabschluss ist am 31. Mai 2012 per Brief des Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft dem Rechnungshof übermittelt worden.

Verantwortung des Verwaltungsgremiums

Das Verwaltungsgremium erstellt unter seiner Verantwortung den Jahresabschluss. Das Verwaltungsgremium beachtet die von der Regierung für das interne Kontrollsystem festgelegten Mindestvorschriften, das darauf abzielt eine möglichst große Sicherheit und Risikobeherrschung zu erreichen hinsichtlich der Vorbeugung und der Feststellung von Fehlern und Übertretungen, der Verlässlichkeit und der Vollständigkeit der Buchungsangaben, der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Wirksamkeit der Verrichtungen sowie der Besitztumswahrung.

Aufgabe und Kontrollmodalitäten des Rechnungshofes

Die Aufgabe des Rechnungshofes besteht darin, auf Grundlage seiner Prüfung im Laufe des Monats Oktober seine Bemerkungen zum Jahresabschluss und eine Zertifizierung der Konten mit abschließenden Feststellungen zu übermitteln.

Der Rechnungshof hat seine Prüfung unter Beachtung der geltenden Gesetze, Dekrete und Erlasse, sowie Kontrollnormen der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) durchgeführt. Gemäß diesen Grundsätzen ist der Rechnungshof gehalten seine Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichendes Ausmaß an Sicherheit erlangt wird, dass

- die Bestimmungen des Dekretes und der Erlasse hinsichtlich der Kontenführung und der Ausstellung des Jahresabschlusses eingehalten werden;
- der Jahresabschluss frei von wesentlichen falschen Angaben ist und den Vorschriften der Rechtmäßigkeit, Wahrhaftigkeit und Zuverlässigkeit entspricht;
- die Buchhaltung regelmäßig durchgeführt ist;
- die getätigten Verrichtungen gesetzmäßig und regelmäßig durchgeführt werden.

Schlussfolgerungen des Rechnungshofes

Nach Ansicht des Rechnungshofes sind die sich aus seiner Prüfung ergebenden Nachweise ausreichend und angemessen um mit hinreichender Sicherheit festzustellen dass die allgemeine Rechnungslegung rechtmäßig, wahrhaftig und zuverlässig ist.

Er teilt Ihnen aber die folgenden Feststellungen mit die die Zertifizierung nicht in Frage stellen.

Der Kontenplan und die Bewertungsvorschriften des BRF sind nicht strikt mit dem seit dem 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Regierungserlass vom 15. Juni 2011 im Einklang. Auf die vor dem 1. Januar 2011 angeschafften Vermögensgegenstände wurden noch immer die alten linearen Abschreibungsvorschriften angewandt.

Die Ausgabenermächtigungen stellen für das BRF eine Gesamthaushaltssumme dar. Sie können pro Programm neuverteilt werden. Die Verpflichtungsermächtigungen ihrerseits werden pro Programm genehmigt und können nur auf die Zuweisungen desselben Programms neuverteilt werden. Im Rahmen seines Programms „Verwaltung allgemein“ hat das BRF Mittelbindungen in Höhe von 5.962.975,82 Euro gebucht, d.h. eine Überschreitung der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 39.640,82 Euro. Im Rahmen seines Programms „Öffentlichkeitsarbeit“ hat das BRF Mittelbindungen in Höhe von 148.390,58 Euro gebucht, d.h. eine Überschreitung der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 11.190,58 Euro.

Brüssel, den 31. Oktober 2012

Im Auftrag:

Der Rechnungshof:

Jozef Van Ingelgem
Hauptkanzler

Jozef Beckers
Ratsmitglied

5.2. Arbeitsamt

Das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurde durch das Dekret des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 17. Januar 2000 eingerichtet.

Gemäß Artikel 1 dieses Dekretes ist das Arbeitsamt eine Einrichtung öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Gemäß Artikel 41 des Dekretes vom 25. Mai 2009 ist der Rechnungshof beauftragt seine Bemerkungen zur Rechnungslegung sowie die Zertifizierung der Konten dem Parlament zu übermitteln.

Das Bilanztotal beläuft sich auf 3.192.673,28 Euro. Die Ergebnisrechnung schließt mit einem Verlust von 36.456,12 Euro ab. In der Rechnung der Haushaltsausführung belaufen sich die Einnahmen auf 5.111.539,87 Euro und die Ausgaben auf 7.626.841,72 Euro. Daraus ergibt sich ein Haushaltsdefizit von 2.515.301,85 Euro (Norm des hohen Finanzrates).

Grund für dieses Defizit ist vor allem die Buchung von Investitionen für den Erwerb und die Installation der neuen Büroberufs- und Berufsbildungszentren in Höhe von 2.505.786,17 Euro, ganz finanziert durch ein finanzielles Leasing.

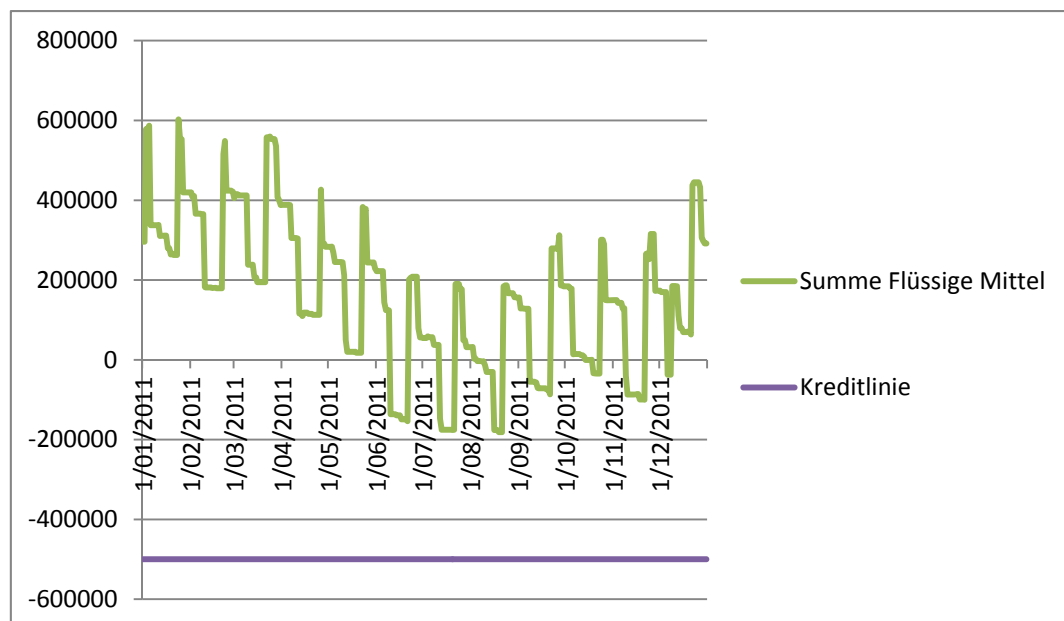
5.2.1. Bilanz

Tabelle 1 – Bilanz des Arbeitsamtes

Aktiva	2010	2011	2010-2011	
Anlagevermögen	93.676,24	2.581.762,89	2.488.086,65	2656,05%
Immaterielle Anlagen	54.982,26	68.776,26	13.794,00	25,09%
- Abschreibungen	-37.648,90	-50.852,53	-13.203,63	35,07%
Anlagen, Maschinen & Betriebsausstattung	621.802,70	621.802,70	0,00	0,00%
- Abschreibungen	-615.874,42	-617.129,63	-1.255,21	0,20%
Einrichtungsgegenstände und Fahrzeuge	238.984,51	255.841,42	16.856,91	7,05%
- Abschreibungen	-168.569,91	-202.461,50	-33.891,59	20,11%
Anlage im Bau und Anzahlungen	0,00	2.505.786,17	2.505.786,17	
Umlaufvermögen	484.142,68	610.910,39	126.767,71	26,18%
Forderungen innerhalb eines Jahres	187.344,05	56.288,63	-131.055,42	-69,95%
Flüssige Mittel	296.798,63	292.835,37	-3.963,26	-1,34%
Abgrenzungskonten	0,00	261.786,39	261.786,39	
Summe Aktiva	577.818,92	3.192.673,28	2.614.854,36	452,54%
Passiva	2010	2011	2010-2011	
Kapitalrücklagen	-58.163,23	-62.262,14	-4.098,91	-7,04%
Übertragenes Ergebnis	-151.839,47	-188.295,59	-36.456,12	-24,01%
Investitionszuschüsse	93.676,24	75.976,72	-17.699,52	-18,89%
Rückstellungen	0,00	50.056,73	50.056,73	
Verbindlichkeiten	635.982,15	3.254.935,42	2.618.953,27	411,80%
Verbindlichkeiten nach einem Jahr	0,00	2.412.665,87	2.412.665,87	
Aktueller Anteil Verbindlichkeiten innerhalb eines Jahres	0,00	93.120,30	93.120,30	
Handelsschulden	136.765,13	74.977,54	-61.787,59	-45,18%
Steuern, Vergütung und Sozialversicherung	462.845,53	403.192,43	-59.653,10	-12,89%
Sonstige Verbindlichkeiten	509,47	915,87	406,40	79,77%
Abgrenzungskonten	35.862,02	270.063,41	234.201,39	653,06%
Summe Passiva	577.818,92	3.192.673,28	2.614.854,36	452,54%

(Euro)

5.2.1.1. Schatzamt



Die obenstehende Graphik zeigt dass die kurzfristige Liquidität nicht ganz sichergestellt ist. Jedes Jahr muss das Arbeitsamt seine Kreditlinie benützen. In 2012 hat aber das Arbeitsamt seine Kreditlinie um 300.000 Euro reduziert.

5.2.2. Gewinn- und Verlustrechnung

Tabelle 2 – Gewinn- und Verlustrechnung

Aufwendungen	2010	2011	2010-2011	
Handelswaren, Roh- und Hilfsstoffe	-15.510,15	-10.187,81	5.322,34	34,32%
Dienstleistungen und andere Lieferungen	-1.035.503,42	-1.041.368,51	-5.865,09	-0,57%
Vergütung, Sozialversicherungskosten und Renten	-3.699.226,03	-3.815.522,33	-116.296,30	-3,14%
Abschreibungen	-69.268,64	-48.350,43	20.918,21	30,20%
Subsidien	-229.872,25	-241.483,22	-11.610,97	-5,05%
Finanzaufwendungen	-1.386,94	-753,33	633,61	45,68%
Außerordentliche Aufwendungen	-2.274,28	0,00	2.274,28	100,00%
Erträge	2010	2011	2010-2011	
Umsatz	26.675,37	24.979,96	-1.695,41	-6,36%
Subsidien	4.929.856,29	5.000.928,25	71.071,96	1,44%
Einschreibegebühren	414,24	397,44	-16,80	-4,06%
Miete	2.570,00	0,00	-2.570,00	-100,00%
Rückforderungen an Dritte	30.692,54	2.577,23	-28.115,31	-91,60%
Lohnrückforderungen	58.781,39	32.678,52	-26.102,87	-44,41%
Sonstige Erträge	37.259,10	11.297,68	-25.961,42	-69,68%
Finanzerträge	69.268,64	48.350,43	-20.918,21	-30,20%
Ergebnis	102.475,86	-36.456,12	-138.931,98	-135,58%

(Euro)

5.2.3. Rechnung der Haushaltsausführung

Tabelle 3 – Rechnung der Haushaltsausführung

Einnahmen		Vorgesehene Einnahmen	Erhaltene Einnahmen	
EI01 Einnahmen		7.687.000	7.617.326,04	
Total		7.687.000	7.617.326,04	
Ausgaben	VE	Mittelbungen	AE	Rechnungen
10.01 Aus- und Weiterbildung	420.000	414.198,56	420.000	414.198,56
20.00 Allgemeine Dienste	10.553.000	10.394.230,48	7.080.000	7.020.444,31
50.01 Ausbildungsbeihilfen	365.000	309.804,60	225.000	192.198,85
Total	11.338.000	11.118.233,64	7.725.000	7.626.841,72

(Euro)

5.2.3.1. Einnahmen

Die Gesamteinnahmen 2011 des Arbeitsamtes beliefen sich auf 7.617.326,04 Euro, eine Steigerung um 53,66% im Vergleich zu 2010. Diese Erhöhung resultiert nämlich aus den Einnahmen vom finanziellen Leasing im Rahmen des Erwerbs und der Installation der neuen Büroberufs- und Baufachbildungszentren in Höhe von 2.505.786,17 Euro. Außerhalb dieser Einnahmen, die keinen Einfluss auf dem Nettofinanzierungssaldo haben, ist die Steigerung begrenzt zu 3,11% auf 5.111.539,87 Euro.

Dotation der Aufsichtsbehörden

Tabelle 4 – Dotation der Aufsichtsbehörden

Aufsichtsbehörden	2010	2011	2010-2011	
Funktionsdotation	3.944.000,00	3.983.000,00	39.000,00	0,99%
Krisendotation	90.000,00	90.000,00	0,00	0,00%
Kapitaldotation	69.000,00	69.000,00	0,00	0,00%
Total	4.103.000,00	4.142.000,00	39.000,00	0,95%
Treffpunkt job Kelmis	6.000,00	6.000,00	0,00	0,00%
Jobcoach	6.730,00	43.290,00	36.560,00	543,24%
BVA	21.922,20	21.922,20	0,00	0,00%
Total	4.137.652,20	4.213.212,20	75.560,00	1,83%

(Euro)

Die Dotationseinnahmen beliefen sich in 2011 auf 4.142.000,00 Euro, eine Zunahme um 0,95% im Vergleich zum Vorjahr.

In 2011 erhielt das Arbeitsamt eine Kapitaldotation von 69.000 Euro, die in Höhe von 30.650,91 Euro für den Ankauf verschiedener Anlagen verbraucht wurde.

Mittel vom Föderalstaat die über die Deutschsprachige Gemeinschaft transitieren

Tabelle 5 – Mittel vom Föderalstaat

Mittel vom Föderalstaat	2010	2011	2010-2011	
Aktivierungsplan der Arbeitslosen	314.824,77	314.824,77	0,00	0,00%
Zusatz Aktivierungsplan	17.900,00	12.795,00	-5.105,00	-28,52%
Sozialökonomie	51.210,00	53.380,00	2.170,00	4,24%
Total	383.934,77	380.999,77	-2.935,00	-0,76%

(Euro)

Grundlage für diese Einnahmen in Höhe von 380.999,77 Euro ist

- das Kooperationsabkommen vom 30. April 2004 zwischen dem Föderalstaat und den Gemeinschaften und den Regionen zur Aktivierung der Arbeitslosen;
- das Kooperationsabkommen vom 4. Juli 2000 zwischen dem Föderalstaat und den Gemeinschaften und den Regionen bezüglich der Sozialökonomie;
- der Königliche Erlass vom 9. März 2006 über die aktivierende Politik bei Umstrukturierungen, bezüglich der Bedingungen die gelten für die Gleichstellung von einer durch die Region gegründeten Beschäftigungszelle und einer föderalen Beschäftigungszelle.

Aktivierungsplan der Arbeitslosen

Laut diesem Plan erhält das Arbeitsamt jährlich eine Summe von 314.824,77 Euro (1,27% von einer Globalsumme in Höhe von 24.789.352 Euro). Davon wird 80% als Vorschuss in Zwölfsten ausgezahlt. Der Saldo von 20% erfolgt im 4. Trimester, vorausgesetzt dass ein detaillierter Tätigkeitsbericht über die ersten drei Trimester vorgelegt wird. Zusätzlich zu der jährlichen Summe wurde noch 12.795 Euro eingenommen.

Sozialökonomie

Das diesbezügliche Kooperationsabkommen sieht die Überweisung auf das Konto des Zentralschatzamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft eines Betrages in Höhe von 206.015,15 Euro vor. Davon wurden 53.380,00 Euro an das Arbeitsamt überwiesen.

ESF-Einnahmen die über die Deutschsprachige Gemeinschaft transitieren

Tabelle 6 – ESF-Einnahmen

Pouvoir de tutelle	2010	2011	2010-2011	
ESF	291.916,72	445.397,07	153.480,35	52,58%
Total	291.916,72	445.397,07	153.480,35	52,58%

(Euro)

Diese Einnahmen belaufen sich in 2011 auf 445.397,07,11 Euro, gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 52,58%. Der Rechnungshof erinnert daran, dass die Einnahme 2010 nur 291.916,72 Euro erreichte, eine Senkung um 30,90% im Vergleich zu 2009. Gegenüber dem Jahr 2009 ist die Steigerung um 5,43% begrenzt.

Diese Einnahmen setzen sich zusammen aus:

- 263.703,62 Euro resultiert aus dem Vorschuss der ESF;

- 184.095,47 Euro resultiert aus der Abrechnung der Projekte Ausbildung von Maurern und Büroangestellten des ersten Semesters 2011;
- -2.409,02 Euro resultiert aus negativer Korrektur der Abrechnung 2009.

Sonstige Einnahmen

Diese Einnahmen beliefen sich in 2011 auf 71.930,83 Euro, eine Minderung um 61,67 % im Vergleich zum Vorjahr. Diese Summe umfasst im Besonderen:

- die Intervention des Reinigungssektors in den Gehaltskosten des Ausbildungspersonals für 29.032,60 Euro;
- die Einnahmen aus Ausbildungsbeiträgen in Höhe von 24.979,96 Euro.

5.2.3.2. Ausgaben

In 2011 verzeichneten die Gesamtausgaben in Höhe von 7.626.841,72 Euro eine Steigerung um 49,89% im Vergleich zum Vorjahr. Grund für diese Steigerung ist vor allem die Buchung von Investitionen für den Erwerb und die Installation der neuen Büroberufs- und Berufsbildungszentren in Höhe von 2.505.786,17 Euro. Außerhalb dieser Investitionen, die einen Einfluss auf das Nettofinanzierungssaldo haben, ist die Steigerung auf 0,64% begrenzt.

Personalausgaben

Mit 3.762.763,13 Euro stellen diese Ausgaben in 2011 mehr als 70% der Gesamtausgaben (außer Investierungsausgaben) des Arbeitsamtes dar (eine Steigerung um 3,48 % im Vergleich zum Vorjahr). Diese Entwicklung ist einerseits der Entwicklung der Anzahl von Vollzeitäquivalenten sowie der Indexierung am 1. Juni 2011 und den Baremenanpassungen zuzuschreiben. Andererseits hat es in 2011 eine Senkung des Personals mit hohem Dienstalter wegen Rente gegeben.

Tabelle 7 – Entwicklung des Personals des Arbeitsamtes

Personal	2010	2011	2010-2011	
Vollzeitäquivalent	57,95	60,72	2,77	4,78%

Beihilfen für Kosten von Drittpersonen

Es wird zwischen Beihilfen im Rahmen der Qualifikations- und Integrationsmaßnahmen die Drittpersonen (VoE) nehmen in Anwendung von Artikel 5 des Dekretes der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 12. Juni 1985: 15.658,53 Euro und Beihilfen für die Ausbildung in Unternehmen in Anwendung des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 13. Februar 2008: 192.198,85 Euro (stabil (+0,68%) im Vergleich zum Vorjahr) unterschieden.

Die Beihilfen beliefen sich in 2011 insgesamt auf 207.857,38 Euro, was 4,06% der Gesamtausgaben des Arbeitsamtes darstellt.

Die unten stehende Tabelle zeigt für jede Art von Beihilfen die Entwicklung.

Tabelle 8 – Entwicklung der Beihilfen

Beihilfen	2010	2011	2010-2011	
Qualifikations- und Integrationsmaßnahmen	11.484,35	15.658,53	4.174,18	36,35%
Ausbildung in Unternehmen	179.416,25	192.198,85	12.782,60	7,12%
Total	190.900,60	207.857,38	16.956,78	8,88%

(Euro)

BERICHT ÜBER DIE ZERTIFIZIERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2011

Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Gemäß Artikel 41 und 46 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft berichtet der Rechnungshof im Rahmen seiner Zertifizierungsaufgabe der allgemeinen Rechnungslegung 2011 über den Jahresabschluss 2011 des Arbeitsamts (ADG). Diese Zertifizierung wird dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Regierung und der betroffenen Einrichtung vorgelegt.

Der Rechnungshof hat die Kontrolle des Jahresabschlusses 2011 der o. e. Einrichtung durchgeführt. Die nachstehende Tabelle enthält die wichtigsten Angaben dieses Jahresabschlusses:

		Betrag in Euro
Allgemeine Buchhaltung	Bilanztotal	3.192.673,28
	Buchhalterisches Ergebnis	-36.456,12
Haushaltsbuchhaltung	Gesamteinnahmen	7.617.326,04
	Gesamtausgaben (Mittelbindungen)	11.118.233,64
	Gesamtausgaben (festgestellte Rechte)	7.626.841,72
Haushaltsergebnis		-9.515,68
Nettofinanzierungssaldo		-2.515.301,85

Der Jahresabschluss ist am 31. Mai 2012 per Brief des Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft dem Rechnungshof übermittelt worden.

Verantwortung des Verwaltungsgremiums

Das Verwaltungsgremium erstellt unter seiner Verantwortung den Jahresabschluss. Das Verwaltungsgremium beachtet die von der Regierung für das interne Kontrollsystem festgelegten Mindestvorschriften, das darauf abzielt eine möglichst große Sicherheit und Risikobeherrschung zu erreichen hinsichtlich der Vorbeugung und der Feststellung von Fehlern und Übertretungen, der Verlässlichkeit und der Vollständigkeit der Buchungsangaben, der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Wirksamkeit der Einrichtungen sowie der Besitzumswahrung.

Aufgabe und Kontrollmodalitäten des Rechnungshofes

Die Aufgabe des Rechnungshofes besteht darin, auf Grundlage seiner Prüfung, im Laufe des Monats Oktober, seine Bemerkungen zum Jahresabschluss und eine Zertifizierung der Konten mit abschließenden Feststellungen zu übermitteln.

Der Rechnungshof hat seine Prüfung unter Beachtung der geltenden Gesetze, Dekrete und Erlasse, sowie Kontrollnormen der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) durchgeführt. Gemäß diesen Grundsätzen ist der Rechnungshof gehalten seine Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichendes Ausmaß an Sicherheit erlangt wird, dass

- die Bestimmungen des Dekretes und der Erlasse hinsichtlich der Kontenführung und der Ausstellung des Jahresabschlusses eingehalten werden;
- der Jahresabschluss frei von wesentlichen falschen Angaben ist und den Vorschriften der Rechtmäßigkeit, Wahrhaftigkeit und Zuverlässigkeit entspricht;
- die Buchhaltung regelmäßig durchgeführt ist;
- die getätigten Verrichtungen gesetzmäßig und regelmäßig durchgeführt werden.

Schlussfolgerungen des Rechnungshofes

Nach Ansicht des Rechnungshofes sind die sich aus seiner Prüfung ergebenden Nachweise ausreichend und angemessen um mit hinreichender Sicherheit festzustellen dass die allgemeine Rechnungslegung rechtmäßig, wahrhaftig und zuverlässig ist.

Er teilt Ihnen aber die folgenden Feststellungen mit die die Zertifizierung nicht in Frage stellen.

In Anwendung von Artikel 98 DHO vom 25. Mai 2009 durfte die Rechnungspflichtige keine Anpassung der Rechnungslegung 2010 verbuchen, nachdem der Rechnungshof seinen Bericht an das Parlament übermittelt hatte.

Die Eröffnungsbilanz 2011 wurde verändert im Vergleich mit der durch den Rechnungshof zertifizierten Bilanz des Jahresabschluss 2010. Die Reduzierung der Bilanz von 15.917,28 Euro resultiert hauptsächlich von zusätzlichen Abschreibungen. Im Passiva wurde das Konto „Kapitalsubvention“ vermindert in Höhe von 15.917,28 Euro.

Den Bestimmungen des Artikels 99 DHO zuwider war der Tätigkeitsbericht 2011 der dem Rechnungshof übermittelten Rechnungslegung 2011 des ADG nicht beigefügt.

Brüssel, den 31. Oktober 2012

Im Auftrag:

Der Rechnungshof:

Jozef Van Ingelgem
Hauptkanzler

Jozef Beckers
Ratsmitglied

5.3. Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in KMU

Das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen wurde durch das Dekret vom 16. Dezember 1991 des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingerichtet.

Gemäß Artikel 15 dieses Dekretes ist das Institut eine Einrichtung öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Gemäß Artikel 41 des Dekretes vom 25. Mai 2009 ist der Rechnungshof beauftragt seine Bemerkungen zur Rechnungslegung sowie die Zertifizierung der Konten dem Parlament zu übermitteln.

Das Bilanztotal beläuft sich auf 1.416.724,83 Euro und die Ergebnisrechnung schließt mit einem Verlust von 123.467,72 Euro ab. Die Einnahmen und Ausgaben der Rechnung der Haushaltsausführung belaufen sich auf 3.185.896,84 Euro bzw. 3.352.271,19 Euro, was zu einem Haushaltsdefizit von 166.374,35 Euro geführt hat. Das Haushaltsdefizit enthält eine Tilgung auf Anleihe und auf finanzielles Leasing in Höhe von 17.834,25 Euro.

Daraus ergibt sich ein Nettofinanzierungssaldo von -148.540,10 Euro (Norm des hohen Finanzrates). Der IAWM-Haushaltsplan sah ein Defizit nicht höher als 192.476,54 Euro vor.

5.3.1. Bilanz

Tabelle 2 – Bilanz des IAWM

Aktiva	2010	2011	2010-2011	
Anlagevermögen	765.000,41	752.118,80	-12.881,61	-1,68%
Gelände und Gebäude	786.864,35	789.777,36	2.913,01	0,37%
- Abschreibungen	-85.098,56	-107.000,43	-21.901,87	-25,74%
Anlagen, Maschinen & Betriebsausstattung	8.581,40	8.581,40	0,00	0,00%
- Abschreibungen	-4.363,83	-6.080,12	-1.862,55	-42,68%
Einrichtungsgegenstände und Fahrzeuge	128.602,48	130.122,17	1.519,69	1,18%
- Abschreibungen	-76.682,81	-86.009,44	-9.326,63	-12,16%
Leasing	11.828,96	11.828,96	0,00	0,00%
- Abschreibungen	-4.731,58	-7.097,37	-2.365,79	50,00%
Anlage im Bau	0,00	17.996,27	17.996,27	100,00%
Umlaufvermögen	887.489,47	664.606,03	-222.883,44	-25,11%
Kunden	3.923,48	1.887,52	-2.035,96	-51,89%
Sonstige Forderungen	22.173,32	3,84	-22.169,48	-99,98%
Flüssige Mittel	859.508,99	634.446,06	-225.062,93	-26,19%
Abgrenzungskonten	1.883,68	28.268,61	26.384,93	1400,71%
Summe Aktiva	1.652.489,88	1.416.724,83	-235.765,05	-14,27%
Passiva	2010	2011	2010-2011	
Reinvermögen	758.176,21	598.208,49	-159.967,72	-21,10%
Kapital	74.966,25	74.966,25	0,00	0,00%
Rücklage	362.082,96	400.000,00	37.917,04	10,47%
Übertragenes Ergebnis	284.627,00	123.242,24	-161.384,76	56,70%
Rückstellungen	36.500,00	0,00	-36.500,00	-100,00%
Verbindlichkeiten	894.313,67	818.516,34	75.797,33	-8,48%
Verbindlichkeiten nach einem Jahr	331.248,73	312.534,61	18.714,12	-5,65%
Aktueller Anteil Verbindlichkeiten innerhalb eines Jahres	26.741,42	18.724,12	8.017,30	-29,98%
Handelsschulden	40.545,85	57.640,88	-17.095,03	42,16%
Sonstige Verbindlichkeiten	479.688,96	405.420,25	74.268,71	-15,48%
Abgrenzungskonten	16.088,71	24.196,48	-8.107,77	50,39%
Summe Passiva	1.652.489,88	1.416.724,83	235.765,05	-14,27%

(Euro)

5.3.2. Gewinn- und Verlustrechnung

Tabelle 2 – Gewinn- und Verlustrechnung

Aufwendungen	2010	2011	2010-2011	
Dienstleistungen und andere Lieferungen	270.674,05	321.130,97	50.456,92	18,64%
Vergütung, Sozialversicherungskosten und Renten	1.915.409,35	1.998.724,95	83.315,60	4,35%
Abschreibungen	36.394,11	-1.189,42	-37.583,53	-103,27%
Sonstige Aufwendungen	860.772,54	974.829,54	114.057,00	13,25%
Finanzaufwendungen	15.304,76	14.712,17	-592,59	-3,87%
Außerordentliche Aufwendungen	1.246,64	10.856,26	9.609,62	770,84%
Erträge	2010	2011	2010-2011	
Umsatz	-3.053.249,64	-3.168.890,01	-115.640,37	3,79%
* deren Funktionsdotation	2.993.000,00	3.023.000,00	30.000,00	1,00%
Sonstige Erträge	-430,92	-23.069,19	-22.638,27	5253,47%
Finanzerträge	-1.149,81	-3.637,55	-2.487,74	216,36%
Außerordentliche Erträge	-526,81	0,00	526,81	-100,00%
Buchhalterisches Ergebnis	2010	2011	2010-2011	
Ergebnis	-44.444,27	-123.467,72	-79.023,45	-177,80%

(Euro)

5.3.3. Rechnung der Haushaltsausführung

Tableau 3 – Rechnung der Haushaltsausführung

Einnahmen	Vorgesehene Einnahmen		Erhaltene Einnahmen	
EI01 Einnahmen	3.166.965,98		3.185.896,84	
Total	3.166.965,98		3.185.896,84	
Ausgaben	VE	Mittelbindungen	AE	Rechnungen
Verwaltungsprogramm	810.762,41	783.765,22	810.762,41	783.765,22
Tätigkeitsprogramm	2.548.680,11	2.550.671,72	2.548.680,11	2.550.671,72
Total	3.359.442,52	3.334.436,94	3.359.442,52	3.334.436,94¹³

(Euro)

5.3.3.1. Einnahmen

In 2011 beliefen sie sich auf 3.185.896,84 Euro, gegenüber 2010 eine Zunahme um 3,70%.

¹³ Dieser Betrag trägt die Ausgaben für die Kapitaltilgung der Anleihe und des finanziellen Leasings in Höhe von 17.834,25 Euro nicht Rechnung.

Dotation der Aufsichtsbehörden

Tabelle 4 – Dotation der Aufsichtsbehörden

Aufsichtsbehörden	2010	2011	2010-2011	
Funktionsdotation	2.993.000,00	3.023.000,00	30.000,00	1,00%
Kapitaldotation	20.000,00	20.000,00	0,00	0,00%
Total	3.013.000,00	3.043.000,00	30.000,00	1,00%
Landwirtschaftsbildung	0,00	44.450,85	44.450,85	100,00%
Zusätzliche Ausrüstungsdotation	0,00	24.000,00	24.000,00	100,00%
Total	3.013.000,00	3.111.450,85	98.450,85	3,27%

(Euro)

Die Funktionsdotation in Höhe von 3.023.000 Euro ist die Haupteinnahme des Instituts (eine Zunahme um 1,00% im Vergleich zum Vorjahr). Daneben gibt es eine Kapitaldotation von 20.000 Euro zwecks Finanzierung der Ausgaben einer Anleihe von 400.000 Euro für den Ankauf und die Renovierung des Verwaltungsgebäudes des Instituts.

Darüber hinaus erhielt das Institut zwei zusätzlichen Dotationen bzw. für Landwirtschaftsbildung (übertragene Befugnis seit 2011) in Höhe von 44.450,85 Euro und Ausrüstung in Höhe von 24.000 Euro.

Sonstige Einnahmen

Die anderen Einnahmen beziehen sich auf den Verkauf von pädagogischen Modulen und auf EU-Einnahmen.

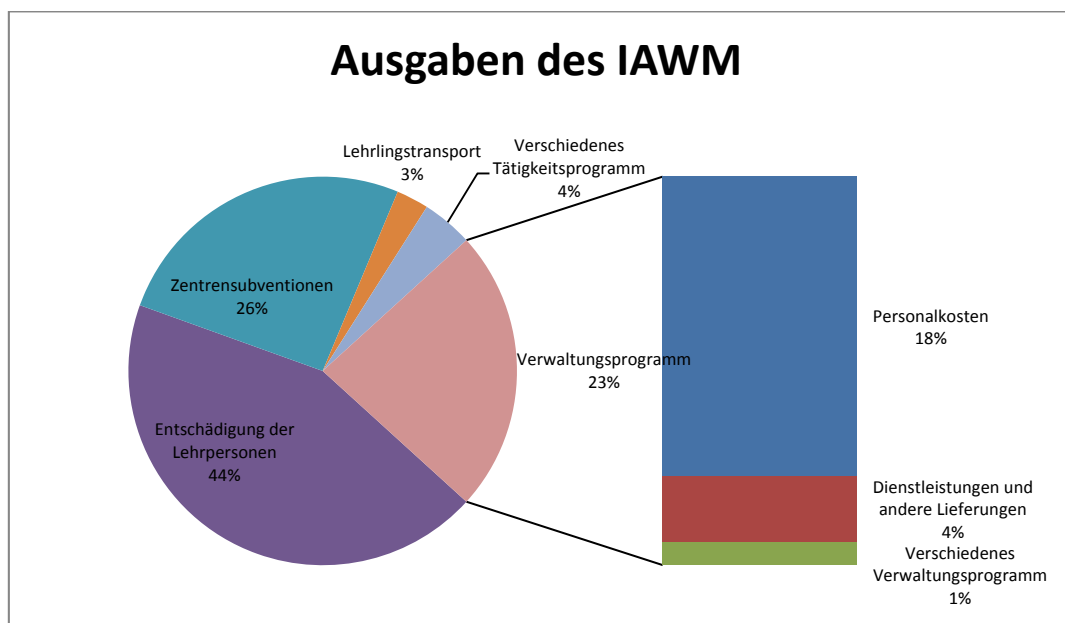
5.3.3.2. Ausgaben

In 2011 beliefen die Haushaltsausgaben sich auf 3.334.436,94 Euro, gegenüber 2010 eine Steigerung um 7,95%.

Die neue Haushaltsstruktur unterscheidet zwischen Ausgaben zu Lasten des Verwaltungsprogramms und Ausgaben zu Lasten des Tätigkeitsprogramms. Die wichtigsten laufenden Ausgaben (94,36%) umfassen:

- Verwaltungsprogramm (23,51% der Ausgaben) :
 - Personalkosten des IAWM, 604.305,88 Euro (77,10% des Verwaltungsprogramms), eine Steigerung um 13,93%¹⁴ ;
 - Dienstleistungen und andere Lieferungen, 133.039,96 Euro (16,97% des Verwaltungsprogramms), eine Zunahme um 2,45% ;
- Tätigkeitsprogramm (76,49% der Ausgaben) :
 - Lehrpersonal der Zentren, 1.458.557,83 Euro (57,18% des Tätigkeitsprogramms), eine Steigerung um 4,00% ;
 - Zentrensubventionen, 860.826,73 Euro (33,75% des Tätigkeitsprogramms), eine Zunahme um 4,68% ;
 - Lehrlingstransport, 89.728,84 Euro (3,52% des Tätigkeitsprogramms), eine Steigerung um 4,56%.

¹⁴ IAWM beschäftigte in 2011 10,7 VZ, gegenüber 9,5 in 2010



Das oben stehende Schaubild zeigt, dass die laufenden Ausgaben des IAWM sich hauptsächlich zusammensetzen aus (1) den Subventionen für die Zahlung der Löhne der Lehrpersonen der Zentren und (2) den Subventionen an die zwei Ausbildungszentren der Deutschsprachigen Gemeinschaft, d.h. 43,74 % bzw. 25,82 % der gesamten laufenden Ausgaben.

Weil das Ausbildungsjahr mit dem Schuljahr (September–Juni) zusammenfällt und nicht mit dem Haushaltsjahr, wurde die Auswirkung der Anzahl von organisierten Lehrstunden auf das Haushaltsjahr auf der Grundlage eines gewichteten¹⁵ Durchschnittswerts Neuberechnet. Aus der Neuberechnung ergibt sich für das Haushaltsjahr 2011 eine geschätzte Entwicklung von -2,72%.

Tabelle 6 – Anzahl von Lehrstunden pro Schuljahr

Anzahl von Lehrstunden pro Schuljahr	2009	2010	2011
Schuljahr	2009-2010	2010-2011	2011-2012
Anzahl von Lehrstunden	28.199	27.141	26.841
Lehrstunden fürs Haushaltsjahr	26.714,6	27.775,8	27.021,0
Jährliche Entwicklung	5,30%	3,97%	-2,72%

(#)

¹⁵ Das Haushaltsjahr t umfasst 6 Monate des Schuljahres t-1 – t (Januar-Juni) und 4 Monate des Schuljahres t – t+1 (September-Dezember).

BERICHT ÜBER DIE ZERTIFIZIERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2011

Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in KMU

Gemäß Artikel 41 und 46 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft berichtet der Rechnungshof im Rahmen seiner Zertifizierungsaufgabe der allgemeinen Rechnungslegung 2011 über den Jahresabschluss 2011 des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in KMU (IAWM). Diese Zertifizierung wird dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Regierung und der betroffenen Einrichtung vorgelegt.

Der Rechnungshof hat die Kontrolle des Jahresabschlusses 2011 der o.e. Einrichtung durchgeführt. Die nachstehende Tabelle enthält die wichtigsten Angaben dieses Jahresabschlusses:

		Betrag in Euro
Allgemeine Buchhaltung	Bilanztotal	1.416.724,83
	Buchhalterisches Ergebnis	-123.467,72
Haushaltsbuchhaltung	Gesamteinnahmen	3.185.896,84
	Gesamtausgaben (Mittelbindungen)	3.352.271,19
	Gesamtausgaben (festgestellte Rechte)	3.352.271,19
Haushaltsergebnis		-166.374,35
Nettofinanzierungssaldo		-148.540,10

Der Jahresabschluss ist am 31. Mai 2012 per Brief des Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft dem Rechnungshof übermittelt worden.

Verantwortung des Verwaltungsgremiums

Das Verwaltungsgremium erstellt unter seiner Verantwortung den Jahresabschluss. Das Verwaltungsgremium beachtet die von der Regierung für das interne Kontrollsystem festgelegten Mindestvorschriften, das darauf abzielt eine möglichst große Sicherheit und Risikobeherrschung zu erreichen hinsichtlich der Vorbeugung und der Feststellung von Fehlern und Übertretungen, der Verlässlichkeit und der Vollständigkeit der Buchungsangaben, der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Wirksamkeit der Einrichtungen sowie der Besitzumwahrung.

Aufgabe und Kontrollmodalitäten des Rechnungshofes

Die Aufgabe des Rechnungshofes besteht darin, auf Grundlage seiner Prüfung, im Laufe des Monats Oktober, seine Bemerkungen zum Jahresabschluss und eine Zertifizierung der Konten mit abschließenden Feststellungen zu übermitteln.

Der Rechnungshof hat seine Prüfung unter Beachtung der geltenden Gesetze, Dekrete und Erlasse, sowie Kontrollnormen der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) durchgeführt. Gemäß diesen Grundsätzen ist der Rechnungshof gehalten seine Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichendes Ausmaß an Sicherheit erlangt wird, dass

- die Bestimmungen des Dekretes und der Erlasse hinsichtlich der Kontenführung und der Ausstellung des Jahresabschlusses eingehalten werden;
- der Jahresabschluss frei von wesentlichen falschen Angaben ist und den Vorschriften der Rechtmäßigkeit, Wahrhaftigkeit und Zuverlässigkeit entspricht;
- die Buchhaltung regelmäßig durchgeführt ist;
- die getätigten Verrichtungen gesetzmäßig und regelmäßig durchgeführt werden.

Schlussfolgerungen des Rechnungshofes

Nach Ansicht des Rechnungshofes sind die sich aus seiner Prüfung ergebenden Nachweise ausreichend und angemessen um mit hinreichender Sicherheit festzustellen dass die allgemeine Rechnungslegung rechtmäßig, wahrhaftig und zuverlässig ist.

Er teilt Ihnen aber die folgenden Feststellungen mit die die Zertifizierung nicht in Frage stellen.

Die Verpflichtungsermächtigungen werden pro Programm genehmigt und können nur auf die Zuweisungen desselben Programms neuverteilt werden. Im Rahmen seines Aktivitätsprogramms hat das Institut Mittelbindungen in Höhe von 2.550.671,72 Euro gebucht, d.h. eine Überschreitung der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1.991,61 Euro.

Der Kontenplan und die Bewertungsvorschriften des Instituts sind nicht strikt mit dem seit dem 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Regierungserlass vom 15. Juni 2011 im Einklang. Auf die vor dem 1. Januar 2011 angeschafften Vermögensgegenstände wurden noch immer die alten linearen Abschreibungsvorschriften angewandt. Auf die Neuanschaffungen 2011 wurden die im Regierungserlass vom 15. Juni 2011 vorgesehenen Abschreibungsvorschriften angewandt.

Brüssel, den 31. Oktober 2012

Im Auftrag:

Der Rechnungshof:

Jozef Van Ingelgem
Hauptkanzler

Jozef Beckers
Ratsmitglied

5.4. Dienststelle für Personen mit Behinderung

Die Dienststelle für Personen mit Behinderung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurde durch das Dekret vom 19. Juni 1990 eingerichtet. Anfangs wurden die Aufgaben des in 1963 eingerichteten Nationalfonds Marron übernommen um die Eingliederung der behinderten Personen sicherzustellen. Daraufhin hat die Dienststelle am 1. Januar 1992 die Aufgaben des in 1967 eingerichteten Fonds 81 übernommen, zur Sicherstellung der medizinischen, sozialen und pädagogischen Hilfe in den Tagesstätten und Wohnheimen.

Gemäß Artikel 1 dieses Dekretes ist die Dienststelle für Personen mit Behinderung eine Einrichtung öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Gemäß Artikel 41 des Dekretes vom 25. Mai 2009 ist der Rechnungshof beauftragt seine Bemerkungen zur Rechnungslegung sowie die Zertifizierung der Konten dem Parlament zu übermitteln.

Das Bilanztotal beläuft sich auf 1.398.389,01 Euro. Die Ergebnisrechnung schließt mit einem Verlust von 493.557,02 Euro ab. In der Rechnung der Haushaltsausführung belaufen sich die Einnahmen auf 9.229.883,41 Euro und die Ausgaben auf 9.637.616,01 Euro. Daraus ergibt sich ein Haushaltsdefizit von 407.732,60 Euro (Norm des hohen Finanzrates).

5.4.1. Bilanz

Tabelle 1 – Bilanz der DPB

Aktiva	2010	2011	2010-2011	
Anlagevermögen	276.363,52	260.183,79	-16.179,73	-5,85%
Gelände und Gebäude	92.337,47	24.932,14	-67.405,33	-73,00%
- Abschreibungen	-78.229,12	-12.543,55	65.685,57	-83,97%
Einrichtungsgegenstände und Fahrzeuge	894.587,48	889.640,17	-4.947,31	-0,55%
- Abschreibungen	-650.102,19	-652.308,06	-2.205,87	0,34%
Anlage im Bau und Anzahlungen	78.514,23	80.088,71	1.574,48	2,01%
- Abschreibungen	-60.744,35	-69.625,62	-8.881,27	14,62%
Umlaufvermögen	1.324.079,00	1.138.205,22	-185.873,78	-14,04%
Forderungen innerhalb eines Jahres	102.761,63	69.691,49	-33.070,14	-32,18%
Flüssige Mittel	1.221.317,37	1.064.514,01	-156.803,36	-12,84%
Abgrenzungskonten	0,00	3.999,72	3.999,72	
Summe Aktiva	1.600.442,52	1.398.389,01	-202.053,51	-12,62%
Passiva	2010	2011	2010-2011	
Kapitalrücklagen	1.044.010,09	617.512,56	-426.497,53	-40,85%
Reinvermögen	1.317.835,74	1.317.835,74	0,00	0,00%
Stiftung „Miteinander Unterwegs“	56.788,97	66.969,42	10.180,45	17,93%
Rückstellungen	326.615,48	399.674,25	73.058,77	22,37%
Übertragenes Ergebnis	-933.593,62	-1.427.150,64	-493.557,02	-52,87%
Kapitalsubventionen	276.363,52	260.183,79	-16.179,73	-5,85%
Verbindlichkeiten	556.432,43	780.876,45	224.444,02	40,34%
Verbindlichkeiten innerhalb eines Jahres	505.448,26	730.729,20	225.280,94	44,57%
Urlaubsgeld	39.653,21	39.238,41	-414,80	-1,05%
Europäische Projekte	11.330,96	10.908,84	-422,12	-3,73%
Abgrenzungskonten	0,00	0,00	0,00	
Summe Passiva	1.600.442,52	1.398.389,01	-202.053,51	-12,62%

(Euro)

5.4.2. Gewinn- und Verlustrechnung

Tabelle 2 – Gewinn- und Verlustrechnung

Aufwendungen	2010	2011	2010-2011	
Dienstleistungen und andere Lieferungen	252.657,69	311.309,13	58.651,44	23,21%
Vergütung, Sozialversicherungskosten und Renten	1.044.622,75	1.050.540,25	5.917,50	0,57%
Abschreibungen	99.566,09	89.641,96	-9.924,13	-9,97%
Sozialleistung	7.926.421,22	8.204.743,72	278.322,50	3,51%
Finanzaufwendungen	107,26	145,88	38,62	36,01%
Rückstellungen	-102.029,47	73.058,77	175.088,24	-171,61%
Erträge	2010	2011	2010-2011	
Dotationen	8.301.044,46	8.233.059,91	-67.984,55	-0,82%
* Funktionsdotation	7.872.500,00	7.857.000,00	-15.500,00	-0,20%
* Kapitaldotation	350.000,00	300.000,00	-50.000,00	-14,29%
* BVA	78.544,46	76.059,91	-2.484,55	-3,16%
Subsidien EU	300.720,76	274.557,13	-26.163,63	-8,70%
Kooperationsabkommen (AWIPH)	66.754,80	210.407,32	143.652,52	215,19%
Rückzahlungen	582.122,65	495.301,07	-86.821,58	14,91%
Finanzerträge	8.844,28	5.109,57	-3.734,71	-42,23%
Sponsoring/Spenden (Stiftung „Miteinander Unterwegs“)	3.780,06	10.998,41	7.218,35	190,96%
Sonstige Erträge	4.786,91	450,00	-4.336,91	-90,60%
Ergebnis	46.708,38	-499.556,30	-546.264,68	-1.169,52%

(Euro)

5.4.3. Rechnung der Haushaltsausführung

Tabelle 3 – Rechnung der Haushaltsausführung

Einnahmen	Vorgesehene Einnahmen	Erhaltene Einnahmen		
Einnahmen Dienststelle	9.240.996,76	9.218.796,14		
Einnahmen Stiftung	1.900,00	11.087,27		
Total	7.687.000	9.229.883,41		
Ausgaben	VE	Mittelbindungen	AE	Rechnungen
DPB			9.651.255,19	9.636.709,19
10.00 Verwaltungsprogramm			1.337.961,14	1.304.176,00
10.01 Soziale Hilfe			5.495.521,65	5.609.600,83
10.02 Berufliche Integration			2.817.772,40	2.722.932,36
Stiftung „Miteinander Unterwegs“			12.642,57	906,82
Total			9.663.897,76	9.637.616,01

(Euro)

5.4.3.1. Einnahmen

2011 beliefen die Einnahmen der Dienststelle sich auf 9.229.883,41 Euro, im Vergleich zum Vorjahr eine Minderung um 0,49%. Die Dienststelle erhielt 94,67% der Einnahmen aus Fonds der öffentlichen Behörden, wovon 89,40% aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Dotation der Aufsichtsbehörden

Tabelle 4 – Dotation der Aufsichtsbehörden

Aufsichtsbehörden	2010	2011	2010-2011	
Funktionsdotation	7.779.000,00	7.857.000,00	78.000,00	1,00%
Krisendotation	93.500,00	0,00	-93.500,00	-100,00%
Kapitaldotation	350.000,00	300.000,00	-50.000,00	-14,29%
Total	8.222.000,00	8.157.000,00	-65.000,00	-0,79%
BVA	78.544,46	76.059,91	-2.484,55	-3,16%
Total	4.137.652,20	4.213.212,20	75.560,00	1,83%

(Euro)

Die Funktionsdotation beläuft sich in 2011 auf 7.857.000,00 Euro, eine Zunahme um 1,00% im Vergleich zum Jahr 2010.

Die Krisendotation dahingegen die der Dienststelle 2010 zur Förderung der Beschäftigung in den beschützenden Werkstätten zur Verfügung gestellt wurde, ist 2011 nicht mehr gewährt worden.

Einnahmen vonseiten der Wallonischen Region für die Eingliederung von Personen mit einer Behinderung (AWIPH)

Tabelle 5 – Abrechnung AWIPH

AWIPH	2010	2011	2010-2011	
Kooperationsabkommen	66.754,80	210.407,32	143.652,52	215,19
Total	66.754,80	210.407,32	143.652,52	215,19%

(Euro)

Jedes Jahr stellen die deutschsprachige und die wallonische Einrichtung eine Abrechnung auf bezüglich der Dienstleistungen die sie für einander getätigt haben. Im Haushaltsjahr 2011 wird zugunsten der Dienststelle ein Betrag in Höhe von 210.407,32 Euro (Abrechnung 2009) überwiesen.

Weil die endgültige Abrechnung nicht einfach am Ende des Jahres das dem Jahr der Dienstleistungen folgt, aufgestellt werden kann, wird die Einnahme im Haushaltsjahr t+2 verbucht.

ESF-Einnahmen die über die Deutschsprachige Gemeinschaft transitieren

Tabelle 6 – ESF-Einnahmen

	2010	2011	2010-2011	
ESF	300.720,76	274.557,13	-26.163,63	-8,70%
Total	300.720,76	274.557,13	-26.163,63	-8,70%

(Euro)

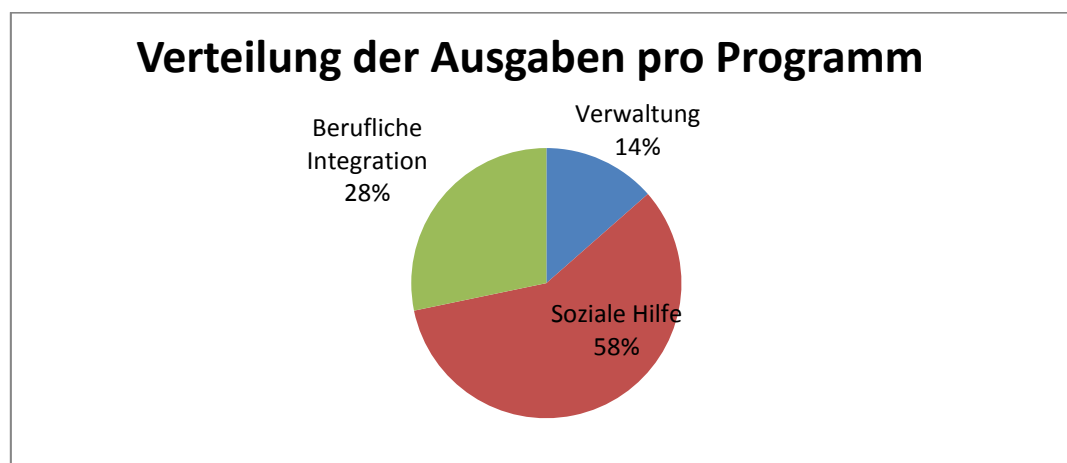
Die EU-Beihilfen im Rahmen der Europäischen Strukturfonds beziehen sich auf das Projekt Start Service.

5.4.3.2. Ausgaben

2011 beliefen die Ausgaben der Dienststelle sich auf 9.637.616,01 Euro, im Vergleich zum Vorjahr eine Senkung um 0,27%.

2010 wurde die Haushaltsstruktur der Dienststelle neugestaltet. Es wurden zwei Organisationsabteilungen geschaffen, so dass die Tätigkeiten der Stiftung « Miteinander Unterwegs » von den Tätigkeiten der Dienststelle getrennt werden konnten. Innerhalb der Organisationsabteilung « Dienststelle für Personen mit Behinderung » gibt es drei Tätigkeitsprogramme:

- das “Verwaltungsprogramm” umfasst alle Verwaltungsausgaben der Dienststelle;
- das “Tätigkeitsprogramm Soziale Hilfe” umfasst alle Beihilfen zugunsten von Privatpersonen und pschyo-medizinischen-sozialen Einrichtungen;
- das “Tätigkeitsprogramm Berufliche Integration” umfasst alle Beihilfen für berufliche Eingliederung der Personen mit Behinderung. Dieses Programm beinhaltet auch das durch die europäischen Strukturfonds subventionierte Projekt “Start Service”.



Zwischen 80% und 85% der Ausgaben sind an den Gesundheitsangelindex und an die jährlichen und zweijährlichen Gehaltserhöhungen gekoppelt.

Zuschüsse an Drittpersonen

Zuschüsse an die pschyo-medizinisch-sozialen Einrichtungen

Die untenstehende Tabelle zeigt die Ausgabenentwicklung für jeden Zuschuss an Drittpersonen.

Tabelle 9 – Funktionszuschüsse an Einrichtungen und Dienste für Personen mit Behinderung

Zuschüsse Einrichtungen	2010	2011	2010-2011	
Tagesstätte	2.250.515,42	2.142.453,41	-108.062,01	-4,80%
Wohnheime	1.188.684,22	1.540.367,64	351.683,42	29,59%
Wohnressourcen	451.726,90	481.294,70	29.567,80	6,55%
Konvention Wohnen ¹⁶	367.582,56	395.936,50	28.353,94	7,71%
Konvention Frühhilfer ¹⁷	296.634,06	330.690,77	34.056,71	11,48%
Unterbringung im Ausland	109.408,71	131.137,95	21.729,24	19,86%
Sonstige ¹⁸	149.143,07	156.810,66	7.667,59	5,14%
Kapitalsubventionen	85.534,02	88.960,73	3.426,71	4,01%
Zuschüsse an Familien	351.531,99	341.948,47	-9.583,52	-2,73%
Soziale Hilfe	5.250.760,95	5.609.600,83	358.839,88	6,83%
Beschützende Werkstatt	2.087.775,35	2.058.277,43	-29.497,92	-1,41%
Lohnzuschüsse für Unternehmer (AIB & BIB)	451.581,30	371.070,63	-80.510,67	-17,83%
Berufsbildungszentren im Ausland	57.302,32	81.525,66	24.223,34	42,27%
Divers ¹⁹	43.009,18	50.786,40	7.777,22	18,08%
Subventions en capital	27.807,25	23.100,00	-4.707,25	-16,93%
Subventions aux ménages	139.015,88	138.172,24	-843,64	-0,61%
Berufliche Integration	2.806.491,28	2.722.932,36	-83.558,92	-2,98%
Total	8.057.252,23	8.332.533,19	275.280,96	3,42%

(Euro)

2011 beliefen die Ausgaben an die psycho-medizinisch-sozialen Einrichtungen für Personen mit Behinderung sich auf zirka 5.267.652,36 Euro, eine Erhöhung um 7,52 % im Vergleich zum Vorjahr.

Auf Grund einer jährlichen Konvention wird die GoE Begleitzentrum Griesdeck Elsenborn insbesondere mit der Unterbringung von behinderten Kindern (Wohnen) und mit der Frühhilfe für behinderte Kleinkinder beauftragt. In den Konventionen handelt es sich um Beträge in Höhe von 408.268,62 Euro bzw. 328.070,94 Euro. Davon wurde 2011 90 % in monatlichen Vorschüssen (Zwölfteilen) ausgezahlt. Der Saldo erfolgt in 2012 auf Grund von Belegen.

Zuschüsse an beschützende Werkstätten

Die Summe der im Jahr 2011 gewährten Zuschüsse belief sich auf 2.058.277,43 Euro, im Vergleich zum Vorjahr eine Minderung um 1,41%.

Die den Werkstätten für die teilweise Finanzierung des GDMME gewährten Zuschüsse variieren je nach Behindertengrad der Arbeitnehmer.

¹⁶ 2010 wurden nur 90% der Vorschüsse 2010 verbucht. Der Saldo 2010 wurde in 2011 ausgezahlt samt Vorschüssen 2011 zu 90 %.

¹⁷ idem.

¹⁸ TEC-Rufbus Projekt, Snoezelen, Come back, Theater, Reittherapie, Betriebskosten Nationallotterie, Weiterbildung des Personals der Einrichtungen und Dienste

¹⁹ Naturschutz, AP Begleitung

Die an die Indexzahl gekoppelten Gehaltserhöhungen werden integral durch den Zuschuss finanziert, während die in CCT verhandelten Gehaltserhöhungen Gegenstand einer Verhandlung zwischen dem beschützenden Werkstätte und der Dienststelle sind.

Im Jahr 2010 erhielt die Dienststelle einen krisenbedingten Sonderzuschuss in Höhe von 93.500Euro. Dieser Sonderzuschuss hat eine Erhöhung der Unterhaltszuschüsse der beschützenden Werkstätten ermöglicht und somit die Aufrechterhaltung deren Beschäftigung. Die beschützenden Werkstätten haben ihrerseits Anstrengungen gemacht auf Ebene der Marge und des Kostpreises. Dieser Sonderzuschuss ist in 2011 nicht mehr gewährt worden. Demzufolge sind die hiermit verbundenen Ausgaben auf das Niveau von 2009 zurückgefallen (etwa 65.000 Euro).

Zuschüsse an Familien

Die Summe der den Familien im Jahr 2011 gewährten Zuschüsse belief sich auf 480.120,71 Euro. Das bedeutet im Vergleich zum Jahr 2010 eine Verringerung um 2,13%. Die Summe von 480.120,71 Euro verteilt sich wie folgt: 341.948,47 Euro für das Programm « Soziale Hilfe » und 138.172,24 Euro für das Programm « Berufliche Integration ».

Personalkosten

Die Personalkosten beliefen sich in 2011 auf 1.050.021,05 Euro, im Vergleich zum Jahr 2010 eine Steigerung um 3,40%. Diese Steigerung entspricht den Gehaltsentwicklungen auf Grund der Indexzahl.

BERICHT ÜBER DIE ZERTIFIZIERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2011

Dienststelle für Personen mit Behinderung

Gemäß Artikel 41 und 46 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft berichtet der Rechnungshof im Rahmen seiner Zertifizierungsaufgabe der allgemeinen Rechnungslegung 2011 über den Jahresabschluss 2011 der Dienststelle für Personen mit Behinderung (DPB). Diese Zertifizierung wird dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Regierung und der betroffenen Einrichtung vorgelegt.

Der Rechnungshof hat die Kontrolle des Jahresabschlusses 2011 der o. e. Einrichtung durchgeführt. Die nachstehende Tabelle enthält die wichtigsten Angaben dieses Jahresabschlusses:

		Betrag in Euro
Allgemeine Buchhaltung	Bilanztotal	1.398.389,01
	Buchhalterisches Ergebnis	-493.557,02
Haushaltsbuchhaltung	Gesamteinnahmen	9.229.883,41
	Gesamtausgaben (Mittelbindungen)	N/A
	Gesamtausgaben (festgestellte Rechte)	9.637.616,01
Haushaltsergebnis		-407.732,60
Nettofinanzierungssaldo		-407.732,60

Der Jahresabschluss ist am 31. Mai 2012 per Brief des Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft dem Rechnungshof übermittelt worden.

Verantwortung des Verwaltungsgremiums

Das Verwaltungsgremium erstellt unter seiner Verantwortung den Jahresabschluss. Das Verwaltungsgremium beachtet die von der Regierung für das interne Kontrollsystem festgelegten Mindestvorschriften, das darauf abzielt eine möglichst große Sicherheit und Risikobeherrschung zu erreichen hinsichtlich der Vorbeugung und der Feststellung von Fehlern und Übertretungen, der Verlässlichkeit und der Vollständigkeit der Buchungsangaben, der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Wirksamkeit der Verrichtungen sowie der Besitztumswahrung.

Aufgabe und Kontrollmodalitäten des Rechnungshofes

Die Aufgabe des Rechnungshofes besteht darin, auf Grundlage seiner Prüfung, im Laufe des Monats Oktober, seine Bemerkungen zum Jahresabschluss und eine Zertifizierung der Konten mit abschließenden Feststellungen zu übermitteln.

Der Rechnungshof hat seine Prüfung unter Beachtung der geltenden Gesetze, Dekrete und Erlasse sowie Kontrollnormen der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) durchgeführt. Gemäß diesen Grundsätzen ist der Rechnungshof gehalten seine Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichendes Ausmaß an Sicherheit erlangt wird, dass

- die Bestimmungen des Dekretes und der Erlasse hinsichtlich der Kontenführung und der Ausstellung des Jahresabschlusses eingehalten werden;
- der Jahresabschluss frei von wesentlichen falschen Angaben ist und den Vorschriften der Rechtmäßigkeit, Wahrhaftigkeit und Zuverlässigkeit entspricht;
- die Buchhaltung regelmäßig durchgeführt ist;
- die getätigten Verrichtungen gesetzmäßig und regelmäßig durchgeführt werden.

Schlussfolgerungen des Rechnungshofes

Nach Ansicht des Rechnungshofes sind die sich aus seiner Prüfung ergebenden Nachweise ausreichend und angemessen um mit hinreichender Sicherheit festzustellen dass die allgemeine Rechnungslegung rechtmäßig, wahrhaftig und zuverlässig ist.

Er teilt Ihnen aber die folgenden Feststellungen mit die die Zertifizierung nicht in Frage stellen.

Den Bestimmungen des Artikels 14 DHO zuwider waren die Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme nicht im von der Dienststelle vorgelegten Haushaltsausführungsrechnung aufgeführt.

Der Kontenplan und die Bewertungsvorschriften der Dienststelle sind nicht strikt mit dem seit dem 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Regierungserlass vom 15. Juni 2011 im Einklang. Auf die vor dem 1. Januar 2011 angeschafften Vermögensgegenstände wurden noch immer die alten linearen Abschreibungsvorschriften angewandt. Auf die Neuanschaffungen 2011 wurden die im Regierungserlass vom 15. Juni 2011 vorgesehenen Abschreibungsvorschriften angewandt.

Brüssel, den 31. Oktober 2012

Im Auftrag:

Der Rechnungshof:

Jozef Van Ingelgem
Hauptkanzler

Jozef Beckers
Ratsmitglied

5.5. Autonome Hochschule in der DG

Die Autonome Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurde auf der Grundlage des Gründungsabkommens vom 21. April 2005 geschaffen. Das Gründungsabkommen wurde von den Trägern des Hochschulwesens kurzen Lehrtyps in der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterzeichnet. Als Träger des Gemeinschaftsunterrichtswesens unterzeichnete die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Pädagogische Hochschule der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Als Träger des freien subventionierten Unterrichtswesens unterzeichneten die Vertreter der VoE Bischöfliche Schule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der VoE Krankenpflegehochschule am Sankt Nikolaus Hospital Eupen.

Das Sonderdekret zur Schaffung einer Autonomen Hochschule vom 21. Februar 2005 hat dieses Abkommen festgelegt. Die Organisationsmodalitäten der Autonomen Hochschule wurden durch das Dekret zur Schaffung einer Autonomen Hochschule vom 27. Juni 2005 festgelegt.

Gemäß Artikel 5 des Dekretes vom 21. Februar ist die Autonome Hochschule eine Einrichtung öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Gemäß Artikel 41 des Dekretes vom 25. Mai 2009 ist der Rechnungshof beauftragt seine Bemerkungen zur Rechnungslegung sowie die Zertifizierung der Konten dem Parlament zu übermitteln.

Das Bilanztotal beläuft sich auf 401.876,24 Euro. Die Ergebnisrechnung schließt mit einem Gewinn von 37.044,60 Euro ab. In der Rechnung der Haushaltsausführung belaufen sich die Einnahmen auf 587.688,00 Euro und die Ausgaben auf 563.887,77 Euro. Daraus ergibt sich ein Haushaltsüberschuss von 23.800,23 Euro (Norm des hohen Finanzrates).

5.5.1. Bilanz

Tabelle 1 – Bilanz der autonomen Hochschule

Aktiva	2010	2011	2010-2011	
Anlagevermögen	63.827,43	82.079,94	18.252,51	28,60%
Immaterielle Anlagen	1.136,19	1.136,19	0,00	0,00%
- Abschreibungen	-1.136,19	-1.136,19	0,00	0,00%
Einrichtungsgegenstände und Fahrzeuge	183.353,50	230.482,95	47.129,45	25,70%
- Abschreibungen	119.526,07	148.403,01	28.876,94	24,16%
Umlaufvermögen	287.425,53	319.796,30	32.370,77	11,26
Forderungen innerhalb eines Jahres	161.672,02	173.631,42	11.959,40	7,40%
Flüssige Mittel	125.753,51	146.164,88	20.411,37	16,23
Summe Aktiva	351.252,96	401.876,24	50.623,28	14,41%
Passiva	2010	2011	2010-2011	
Kapitalrücklagen	211.884,94	248.036,89	36.151,95	17,06%
Reservfonds	206.528,93	243.573,53	37.044,60	17,94%
Investitionszuschüsse	5.356,01	4.463,36	-892,65	16,67%
Verbindlichkeiten	139.368,02	153.839,35	14.471,33	10,38%
Handelsschulden	123.468,02	89.113,67	34.354,35	27,82%
Steuern, Vergütung und Sozialversicherung	0,00	6.866,08	6.866,08	100,00%
Sonstige Verbindlichkeiten	15.900,00	57.859,60	41.959,60	263,90%
Summe Passiva	351.252,96	401.876,24	50.623,28	14,41%

(Euro)

5.5.2. Gewinn- und Verlustrechnung

Tabelle 2 – Gewinn- und Verlustrechnung

Aufwendungen	2010	2011	2010-2011	
Handelswaren, Roh- und Hilfsstoffe	29.024,05	19.099,16	-9.924,89	-34,20%
Dienstleistungen und andere Lieferungen	456.568,13	363.202,34	-93.365,79	-20,45%
Vergütung, Sozialversicherungskosten und Renten	126.958,22	138.537,30	11.579,08	9,12%
Abschreibungen	20.572,92	28.876,94	8.304,02	40,36%
Finanzaufwendungen	196,77	291,93	95,16	48,36%
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	1.528,38	1.528,38	
Erträge	2010	2011	2010-2011	
Umsatz	6.824,75	6.510,33	-314,42	-4,61%
Sonstige operative Erträge	747.028,49	579.932,70	-167.095,79	-22,37%
Finanzerträge	1.460,16	2.137,62	677,46	46,40%
Außerordentliche Erträge	12.836,91	0,00	-12.836,91	-100,00%
Ergebnis	134.830,22	37.044,60	-97.785,62	-72,53%

(Euro)

5.5.3. Rechnung der Haushaltsausführung

Tabelle 3 – Rechnung der Haushaltsausführung

Einnahmen	Vorgesehene Einnahmen		Erhaltene Einnahmen	
Einnahmen	705.000		587.688,00	
Total	705.000		587.688,00	
Ausgaben	VE	Mittelbindungen	AE	Rechnungen
10 Allgemein	524.000	453.631,64	524.000	453.631,64
20 Autonome Hochschule	0	0,00	0	0,00
30 Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften	48.000	45.582,67	48.000	45.582,67
40 Bildungswissenschaften	66.000	64.673,46	66.000	64.673,46
Total	638.000	563.887,77	638.000	563.887,77

(Euro)

5.5.3.1. Einnahmen

Die Einnahmen 2011 belaufen sich auf 587.688,00 Euro (gegenüber dem Jahr 2010 eine Minderung um 179.568,66 Euro). Der Rechnungshof weist darauf hin, dass infolge Korrekturbuchungen von Verrichtungen des Jahres 2010 (doppelt verbuchte Einnahmen und Eintragung von Einnahmen für Drittpersonen) der Einnahmenbetrag 2011 um 47.582,41 Euro gemindert wurde. Diese Korrekturbuchungen außer Betracht gelassen, hätten die Einnahmen 2011 sich auf 635.270,41 Euro belaufen, eine Minderung um 17,20% im Vergleich zum Vorjahr.

Übrigens sind die Einnahmen für Drittpersonen, die auf den budgetären Nettofinanzierungssaldo keine Auswirkung haben, nicht in der

Haushaltsausführungsrechnung erwähnt. Sie belaufen sich auf 38.508 Euro und beziehen sich auf die von der Agentur für europäische Programme für die Programme Erasmus und Leonardo 2011 getätigten Vorschüsse.

Dotation der institutionellen Behörden

Tabelle 4 – Dotation der institutionellen Behörden

Aufsichtsbehörden	Kredit	Erh. Allg. EN	%-Anteil
Subsidien	291.000	295.688,52	101,61%
- davon von der Gemeinschaft		292.374,12	
- davon von der EU		3.314,40	
Mittel für Pädagogische Zwecke	7.000	6.640,07	94,86%
Total	298.000	302.328,59	101,45%

(Euro)

Die Dotationseinnahmen beliefen sich in 2011 auf 302.328,59 Euro.

Gebühren

Die Einschreibungsgebühren in striktem Sinne in Höhe von 100 Euro und die Studiengebühren in Höhe von Maximum 370 Euro belaufen sich in 2011 auf 83.737,72 Euro.

Für die Schüler des Vorbereitungsjahres im Studienbereich Krankenpflege und des ergänzenden berufsbildenden Sekundarunterrichts werden die Einschreibungsgebühren in Höhe von 100 Euro nicht eingetrieben.

Vom vorerwähnten Einnahmenbetrag müssen die Einschreibgebühren für das Schuljahr 2010-2011 in striktem Sinne (16.700 Euro) an das Zentralschatzamt überwiesen werden.

5.5.3.2. Ausgaben

Die Ausgaben 2011 belaufen sich auf 563.887,77 Euro (gegenüber dem Jahr 2010 eine Minderung um 77.727,13 Euro). Der Rechnungshof weist darauf hin, dass infolge Korrekturbuchungen von Verrichtungen des Jahres 2010 (doppelt verbuchte Ausgaben und Eintragung von Ausgaben für Drittpersonen) der Ausgabenbetrag 2011 um 14.061,81 Euro gemindert wurde. Diese Korrekturbuchungen außer Betracht gelassen, hätten die Ausgaben 2011 sich auf 577.949,58 Euro belaufen, eine Minderung um 9,92% im Vergleich zum Vorjahr.

Übrigens sind die Ausgaben für Drittpersonen, die auf den budgetären Nettofinanzierungssaldo keine Auswirkung haben, nicht in der Haushaltsausführungsrechnung erwähnt. Sie belaufen sich auf 32.128,40 Euro und beziehen sich hauptsächlich auf die Rückerstattung von Vorschüssen in Höhe von 25.770 Euro an die Agentur für europäische Bildungsprogramme.

Gastdozenten

In Anwendung von Artikel 6.7 §2 des Dekretes vom 27. Juni 2005 kann die Hochschule das ihr zur Verfügung gestellte Stundenkapital für die Einstellung von Gastdozenten und die Organisation von Weiterbildung und Forschung anwenden. Die Gastdozenten werden direkt von der Hochschule bezahlt. Im Jahr 2011 gingen Ausgaben in Höhe von 90.112,21 Euro zu Lasten der Rechnung « Honorare ».

Personalkosten

Diese Kosten in Höhe von 132.636,51 Euro beziehen sich die Ausgaben für vertraglich eingestellte Arbeiter, gegenüber dem Jahr 2010 eine Steigerung um 4,5%.

Die Personalkosten für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals gehen direkt zu Lasten der Haushaltskredite des Ministeriums.

BERICHT ÜBER DIE ZERTIFIZIERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2011

Autonome Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Gemäß Artikel 41 und 46 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft berichtet der Rechnungshof im Rahmen seiner Zertifizierungsaufgabe der allgemeinen Rechnungslegung 2011 über den Jahresabschluss 2011 der Autonomen Hochschule (AHS). Diese Zertifizierung wird dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Regierung und der betroffenen Einrichtung vorgelegt.

Der Rechnungshof hat die Kontrolle des Jahresabschlusses 2011 der o.e. Einrichtung durchgeführt. Die nachstehende Tabelle enthält die wichtigsten Angaben dieses Jahresabschlusses:

		Betrag in Euro
Allgemeine Buchhaltung	Bilanztotal	401.876,24
	Buchhalterisches Ergebnis	37.044,60
Haushaltsbuchhaltung	Gesamteinnahmen	587.688,00
	Gesamtausgaben (Mittelbindungen)	563.887,77
	Gesamtausgaben (festgestellte Rechte)	563.887,77
Haushaltsergebnis		23.800,23
Nettofinanzierungssaldo		23.800,23

Der Jahresabschluss ist am 31. Mai 2012 per Brief des Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft dem Rechnungshof übermittelt worden.

Verantwortung des Verwaltungsgremiums

Das Verwaltungsgremium erstellt unter seiner Verantwortung den Jahresabschluss. Das Verwaltungsgremium beachtet die von der Regierung für das interne Kontrollsystem festgelegten Mindestvorschriften, das darauf abzielt eine möglichst große Sicherheit und Risikobeherrschung zu erreichen hinsichtlich der Vorbeugung und der Feststellung von Fehlern und Übertretungen, der Verlässlichkeit und der Vollständigkeit der Buchungsangaben, der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Wirksamkeit der Einrichtungen sowie der Besitzumwahrung.

Aufgabe und Kontrollmodalitäten des Rechnungshofes

Die Aufgabe des Rechnungshofes besteht darin, auf Grundlage seiner Prüfung, im Laufe des Monats Oktober, seine Bemerkungen zum Jahresabschluss und eine Zertifizierung der Konten mit abschließenden Feststellungen zu übermitteln.

Der Rechnungshof hat seine Prüfung unter Beachtung der geltenden Gesetze, Dekrete und Erlasse, sowie Kontrollnormen der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) durchgeführt. Gemäß diesen Grundsätzen ist der Rechnungshof gehalten seine Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichendes Ausmaß an Sicherheit erlangt wird, dass

- die Bestimmungen des Dekretes und der Erlasse hinsichtlich der Kontenführung und der Ausstellung des Jahresabschlusses eingehalten werden;
- der Jahresabschluss frei von wesentlichen falschen Angaben ist und den Vorschriften der Rechtmäßigkeit, Wahrhaftigkeit und Zuverlässigkeit entspricht;
- die Buchhaltung regelmäßig durchgeführt ist;
- die getätigten Verrichtungen gesetzmäßig und regelmäßig durchgeführt werden.

Schlussfolgerungen des Rechnungshofes

Nach Ansicht des Rechnungshofes sind die sich aus seiner Prüfung ergebenden Nachweise ausreichend und angemessen um mit hinreichender Sicherheit festzustellen dass die allgemeine Rechnungslegung rechtmäßig, wahrhaftig und zuverlässig ist.

Er teilt Ihnen aber die folgenden Feststellungen mit die die Zertifizierung nicht in Frage stellen.

Korrekturbuchungen von Verrichtungen des Jahres 2010 sind in 2011 gebucht worden. Außer dieser Korrekturen hätte das Haushaltsergebnis auf 57.320,83 Euro belaufen.

Brüssel, den 31. Oktober 2012

Im Auftrag:

Der Rechnungshof:

Jozef Van Ingelgem
Hauptkanzler

Jozef Beckers
Ratsmitglied

6. KAPITEL 5 : ANLAGE

6.1. Modalitäten der Kontrolle des Rechnungshofes

6.1.1. Einführung

Das Dekret vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und sein Ausführungserlass vom 15. Juni 2011 haben die Bestimmungen bezüglich des Haushaltes und der Buchhaltung für die Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgelegt. Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft erstellt jedes Jahr unter ihrer Verantwortung die Rechnungslegung der Gesamtheit der Einrichtungen. Der Rechnungshof seinerseits übt die Kontrolle des Haushaltes und der Buchhaltung dieser Einrichtungen aus und schließt die Prüfung der Rechnungslegung mit der Zertifizierung der Konten ab. Das Dekret sieht vor, dass der Rechnungshof im Rahmen dieser Zertifizierungsarbeiten seine Modalitäten der Kontrolle in einem Kontrollbericht beschreibt.

6.1.2. Zielsetzungen der Zertifizierung

Die gemäß Artikel 46 des Dekrets vom 25. Mai 2009 vom Rechnungshof durchzuführende Zertifizierung der Konten beinhaltet seine abschließenden Feststellungen bezüglich

- (1) der Einhaltung der Bestimmungen dieses Dekrets und seiner Ausführungserlasse hinsichtlich der Kontenführung und der Aufstellung der Rechnungslegung,
- (2) der Rechtmäßigkeit, Wahrhaftigkeit und Zuverlässigkeit der Rechnungslegung was das Vermögen, die Finanzsituation und das Ergebnis der Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft betrifft,
- (3) der ordnungsgemäßen Funktionsweise des Buchführungssystems und der Einhaltung der vorgesehenen Abläufe innerhalb der Buchführungsdienste sowie
- (4) der Gesetzmäßigkeit und Regelmäßigkeit der getätigten Verrichtungen.

6.1.3. Vorgehensweise bei der Zertifizierung

Der Rechnungshof hat seine Prüfung unter Beachtung der geltenden Gesetze, Dekrete und Erlasse, sowie Kontrollnormen der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) durchgeführt. Gemäß diesen Grundsätzen ist der Rechnungshof gehalten seine Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichendes Ausmaß an Sicherheit erlangt wird, dass

- die Bestimmungen des Dekretes und der Erlasse hinsichtlich der Kontenführung und der Ausstellung des Jahresabschlusses eingehalten werden;
- der Jahresabschluss frei von wesentlichen falschen Angaben ist und den Vorschriften der Rechtmäßigkeit, Wahrhaftigkeit und Zuverlässigkeit entspricht;
- die Buchhaltung regelmäßig durchgeführt ist;
- die getätigten Verrichtungen gesetzmäßig und regelmäßig durchgeführt werden.

In Erwartung einer definitiven Fassung des Buchhaltungssystems hat der Rechnungshof die Kontrolle der ordnungsgemäßen Funktionsweise des Buchführungssystems SAP lediglich auf die Prüfung der gleichzeitigen Eintragung der Verrichtungen in die Buchungsbücher der Haushaltsbuchhaltung und der Finanzbuchhaltung sowie die Kohärenz zwischen Input und Output begrenzt.

6.1.4. Interne Kontrolle

Im Kontext der Zertifizierungsarbeiten bewertet der Rechnungshof die Entwicklung und die Anwendung des in den Artikeln 44 und 45 des Dekrets vom 25. Mai 2009 aufgeführten

internen Kontrollsystems und wird er in den kommenden Jahren über die in diesem Bereich gemachten Fortschritte berichten.

6.1.5. Wesentlichkeitsschwelle

Der Rechnungshof hat die Obergrenze der zulässigen Fehler- oder Unregelmäßigkeitsquote (Wesentlichkeitsschwelle) auf 2 % festgelegt. Diese Wesentlichkeitsschwelle ist aber je nach den Umständen angepasst worden. Was die Finanzkonten angeht, sind auf diese Weise Fehler oder Unregelmäßigkeit nicht erlaubt.

6.1.6. Geprüfte Einrichtungen

6.1.6.1. Dienste der Hauptverwaltung und Dienste der Regierung

Für die Einnahmen hat der Rechnungshof die wichtigsten Einnahmequellen der Deutschsprachigen Gemeinschaft geprüft, d.h. die jährlich seitens des Föderalstaates und der Wallonischen Region gewährten Dotationen. Diese Dotationen machen in 2011 96,84 % der Gesamteinnahmen aus.

Für die Prüfung der Ausgaben sind diejenigen Bereiche bezeichnet worden, welche relativ hohe Beträge und/oder ein hohes Risiko für Fehler oder Mängel aufweisen. Die Bereiche die diesen Kriterien nicht entsprechen, werden aber auf einer mehrjährigen Basis kontrolliert. Die Kontrolle der Gehaltskosten im Unterrichtswesen, die an sich über 40 % der Gesamthaushaltsausgaben der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausmachen, ist Gegenstand einer besonderen Prüfung gewesen.

6.1.6.2. Dienste mit getrennter Geschäftsführung

Die Kontrolle der Jahresabschlüsse der Dienste mit getrennter Geschäftsführung ist vorgenommen worden unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die DGG nicht über eine eigene Rechtspersönlichkeit verfügen sondern einen integrierten Teil der Hauptverwaltung darstellen. Deshalb sind für die DGG einige Kontrollelemente wie die Wesentlichkeitsschwelle etwas höher bestimmt worden als für echte autonome Einrichtungen.

Für die Gesetzmäßigkeit und Regelmäßigkeit hat der Rechnungshof eine Stichprobenprüfung durchgeführt.

6.1.6.3. Einrichtungen öffentlichen Interesses

Für das BRF, das IAWM, das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die DPB und die Autonome Hochschule ist die Kontrolle gemäss den single Audit Prinzipien gemeinsam mit dem Betriebsrevisor, der mit einer prüferischen Durchsicht beauftragt wird, ausgeführt worden. Stichprobenprüfungen haben die Zertifizierungsarbeiten was die Gesetzmäßigkeit und Regelmäßigkeit der Verrichtungen angeht, ergänzt.

6.1.7. Mitteilung der Prüfungsbefunde und der Zertifizierung

Bis der Rechnungshof den Kontrollbericht mit der Zertifizierung zur allgemeinen Rechnungslegung in Anwendung von Artikel 41 DHO dem Parlament übermittelt hat, können Korrekturbuchungen durch die Rechnungspflichtigen der verschiedenen Einrichtungen infolge der Kontroll- und Zertifizierungsarbeiten des Rechnungshofes vorgenommen werden. Deshalb hat der Rechnungshof im Laufe seiner Zertifizierungsarbeiten seine Prüfungsbefunde der Einrichtungen zukommen lassen. Für jede Einrichtung sind die Prüfungsbefunde bei einer kontradiktorischen Versammlung separat kommentiert und erörtert worden.

Gegebenenfalls haben danach die Einrichtungen eine korrigierte Abschlussfassung des Jahresabschlusses über die Regierung dem Rechnungshof vorgelegt.



ANSCHRIFT

Rechnungshof
Rue de la Régence 2
B-1000 Brüssel

TEL.

+32 2 551 81 11

FAX

+32 2 551 86 22

www.rechnungshof.be